

Vorwärts

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: halbjährlich 1,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Belegungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Interlions-Gebühr
 Beträgt für die festgelegte Kolonnenbreite oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichterstattungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf. (zweifache 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlafstellenangeboten das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Interlions für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 13. Mai 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Lage in Spanien.

Aus Madrid wird uns geschrieben:
 Jede Regierungsmaßnahme der zerfallenden spanischen Monarchie ist ein Schritt zur Herbeiführung der Republik. Es ist also entschieden, Ministerpräsident Canalejas hat jene militärische Expedition begonnen, die er schon seit einem Jahre als Ablenkung für die immer größer werdenden inneren Schwierigkeiten herbeizuführen sucht. Die Höhen von Ceuta und Tetuan sind von einer Abteilung Expeditionstruppen besetzt. Die Kreuzer „Princesa des Asturias“ und „Rio de la Plata“ sind auf telegraphischem Befehl nach Ceuta gegangen, und Transportdampfer halten sich in Cadix bereit, um noch mehr Truppen im gegebenen Moment nach Afrika zu schaffen. Canalejas hat angekündigt, daß Spanien marschieren werde. Marschieren wohin? In die Sandwüsten, um dürre Länder zu erobern, während es in Spanien an Arbeitskräften fehlt und man verucht, der Auswanderung eines Volkes Einhalt zu gebieten, das am Hungertuche nagt und vom Alerus ausgepreßt wird.
 Wenn Canalejas alles aufs Spiel setzt bei einem Abenteuer, das die letzte Rettung einer verzweifelten Politik ist, so geschieht das, weil er sieht, daß er seine Versprechungen nicht halten kann. Auf der einen Seite ist er eingeschmirt durch die Fesseln der Klerikalen und der militärischen Kamavilla, und auf der anderen Seite sieht er sich den Vorwürfen eines Volkes ausgesetzt, das nach einer langjährigen Gleichgültigkeit endlich seine Stumpfheit abwirft.
 Der Boden ist also günstig für eine starke nationale und demokratische Bewegung, und die republikanisch-sozialistische Koalition, die sich zu dem ausgesprochenen Zwecke gebildet hat, die Republik herbeizuführen, hat davon zu profitieren gewußt.

Die Geschichte wiederholt sich und das, was sich jetzt hier abspielt, ist genau dasselbe, was den Ereignissen vorherging, die zur Republik in Portugal führten. Seit mehr als sechs Monaten haben die republikanischen und sozialistischen Führer ihre freiheitlichen Ideen in alle Winkel Spaniens getragen und überall begeisterte Zustimmung gefunden. Denn wenn der Spanier bis jetzt kein Interesse an der Politik hatte, so war es, weil die politische Atmosphäre derart verpestet war, daß er überhaupt nicht klar sehen konnte. Das republikanische Ideal, das sich an die Stelle einer mittelalterlichen monarchischen Regierung setzen wird, wird eine Umwälzung verursachen, der das spanische Volk auch seine wirtschaftliche Besserstellung danken wird. Einer der ersten Erfolge dieser intensiven Propaganda ist gewesen, daß die Festung des „Caciquismo“ (eine Art politischer Clique, die ebenso raffiniert und mächtig organisiert ist, wie die „Political Bosses“ in Amerika), die einem halben Duzend Machthaber gestattete, über die politische Macht von ganz Spanien zu verfügen, gefallen ist. Diese „Caciquismo“, unter deren Banner sich die Klerikalen und Reaktionsäre scharten, war die mächtigste Stütze der Monarchie und der Reaktion.

Indem die Führer der Koalition dem Volke die Augen öffneten und ihm neue Ausblicke zeigten, haben sie ihre Reihen mit Tausenden von neuen und begeistertesten Rekruten gefüllt. Besonders auf dem Lande, wo die Monarchie am meisten Elend und Unterdrückung gefügt hat, ist der Ruf der Freiheit am begeistertesten aufgenommen worden. Und wie in Portugal, so ist auch hier die Aktion außer halb des Parlaments von größter Wichtigkeit, denn um den Erfolg der Revolution sicherzustellen, muß man die Masse der Bevölkerung hinter sich haben. Und nach dieser Richtung hat der Feldzug der republikanisch-sozialistischen Koalition unerwartete Erfolge gezeitigt. Die Gemüter sind derart erhitzt, daß selbst in dem friedlichen und harmlosen Andalusien vor kaum einigen Wochen ein ganzes Dorf revoltiert und die Republik ausgerufen hat. Der Vorgang ist bezeichnend für die gegenwärtige Denkweise des spanischen Volkes.

Die Finanzen, selbst wenn man die Ausgabe, die das neueste marokkanische Abenteuer verursachen wird, nicht berücksichtigt, sind, wie ein konservativer Abgeordneter sagte, in einem Zustande schlimmster Fäulnis. Wie kann Canalejas unter solchen Umständen an Sozialpolitik denken? Im Gegensatz hierzu muß die republikanisch-sozialistische Koalition mit ihrem klaren und modernen Programm, das sie mit Eifer und Hartnäckigkeit verfolgt, durch die Macht der Tatsachen das ganze spanische Volk mit sich reißen. Ihre intensive Bearbeitung der Massen hat ihr die notwendige Atmosphäre für den Triumph ihrer Ideen beschafft. Unter Genosse Pablo Iglesias hat sie von Sevilla nach Bilbao und von Barcelona nach El Ferrol getragen. Dieses Programm, das dem Manifest vom 23. April zugrunde gelegen hat, erklärt, daß die Koalition sich jedem Kriege und besonders dem marokkanischen Abenteuer widersetzt, da es der allgemeinen Volksmeinung widerspricht. Das republikanisch-kommunistische Programm ist für die Abschaffung der Rölle als die notwendigsten Lebensmittel; für die allgemeine militärische Dienstpflicht; für die Abschaffung der Militärjustiz gegen Zivilpersonen und für Revision der Prozesse gegen die Opfer der Revolution von Barcelona.

Die Koalition hat ein Manifest an das Volk gerichtet, um die parlamentarische Aktion mit ihrer Propaganda außerhalb der Cortes zu verbinden. Die Monarchisten ahnen, daß

es sich um die letzten Zukunfts ihrer Herrschaft handelt. Die Mauristen haben, das ging aus der letzten Ferrerdebatte in den Cortes hervor, alle Autorität, die sie besaßen, verloren und Zersplitterung herrscht in ihren Reihen. Ihre Gruppe und die der sogenannten Liberalen-Monarchisten bilden im Parlament nur eine trügerische Macht, die wahre Mehrheit des Volkes ist gegen sie.

Die Regierung versucht, von der heurnruhigenden Situation im Inneren durch eine großsprecherische Gewaltpolitik abzulenken. Sie verucht ihre Herrschaft zu verlängern, aber mit jedem Schritt, den sie tut, nähert sie sich dem Graben, in den sie bald fallen wird.

Die Entrechtung beschlossen.

In Fortführung der Debatte über die Krankenassenorganisation trat zunächst der nationalliberale Herr Heine mit großer Wärme für alle die fauberen Pläne des Entrechtungsblocks ein. Er suchte sogar in der Art und Weise der Begründung sich der konservativen Bundesgenossen würdig zu erweisen. Denn gleich zu Beginn seiner Rede entfesselte er einen Entrüstungssturm bei der Sozialdemokratie, als er die Behauptung in die Welt hinein schleuderte, die sozialdemokratische Partei habe auf ihrem Parteitag 1892 beschlossen, die Krankenassen ihren Parteizwecken dienstbar zu machen. Dann aber erklärte auch dieser nationalliberale Richter, er habe nicht nötig, Beweise für die Ausnutzung der Kasien zu sozialdemokratischen Parteizwecken zu erbringen.

Dem nationalliberalen folgte ein christlichsozialer Scharfmacher, der Stöderling Behrens. Er brachte es fertig, die Verleumdung der Selbstverwaltung der Arbeiter in den Kasien damit zu beschönigen, daß er grinsend einwarf, wenn wirklich volle Harmonie zwischen den Arbeitervertretern und den Unternehmervertretern in den Krankenassenverwaltungen herrsche, dann hätten ja die Arbeiter nichts von der Scheidung beider Klassen bei den Abstimmungen zu fürchten.

Genosse Schmidt, Berlin rechnete mit den arbeiterfeindlichen Arbeitervertretern der bürgerlichen Parteien, sowohl mit Herrn Weder-Krisberg vom Zentrum, der am Tage vorher gesprochen hatte, wie mit Herrn Behrens gründlich ab. Großen Eindruck machte es, als er die Reden des Herrn Weder und anderer seiner Zentrumskollegen auf den christlichen Gewerkschaftslogenreden aus früherer Zeit verlas, denn da hatten diese christlichen Arbeiter sich mit aller Schärfe gegen die geplante Entrechtung der Arbeiter ausgesprochen. Weder besonders hatte gesagt, so leicht werde es der Regierung nicht gelingen, die Entrechtung durchzuführen, und jetzt haben die Chamäleonstaturen der Regierung die Entrechtung noch leichter gemacht, als sie selbst es sich ausgedacht hatte! Schmidt betonte noch, daß es dem Wesen der Selbstverwaltung widerstreite, wenn die Kasienverwaltung Leuten in die Hände gespielt würde, die nicht mit den Interessen der Arbeiter verknüpft und deshalb nicht mit dem Herzen bei der Sache seien. Er schloß seine wirkungsvolle Rede mit einem Hinweis auf die englische Versicherungsvorlage, in der die volle Selbstverwaltung den Arbeitern übertragen werde. Daran sollten sich die bürgerlichen Parteien, insbesondere die Liberalen, ein Muster nehmen.

Der Pole Kulerski, der nunmehr zum Wort kam, erklärte sich namens seiner Partei durchweg gegen die Entrechtung, da die Polen, worauf Schmidt schon hingewiesen hatte, bereits jetzt zu spüren bekommen haben, daß die Kasieneinrichtungen zu fatalistischen Zwecken von der Regierung gegen sie ausgenutzt werden.

Einen sehr unangenehmen Eindruck hinterließ dann die Rede des freisinnigen Abg. Cuno. Er hatte namens seiner Partei zu erklären, daß sie gleichfalls gegen die Entrechtungsparagrafen stimmen werde; nur für die Festsetzung des Beamtenreglements wollen die Freisinnigen die Scheidung nach Unternehmervertretern und Arbeitervertretern zulassen. Der Herr Bürgermeister von Pagen konnte sich aber nicht verkneifen seiner Abneigung gegen die Sozialdemokratie in einer so aggressiven Rede Ausdruck zu geben, daß er beständig lebhaft Zustimmung auf der Rechten erntete.

Genosse Heine beleuchtete dann von juristischen Gesichtspunkten aus das Beweismaterial der Gegner, oder vielmehr zunächst ihren Vorwand, daß sie eigentlich kein Beweismaterial bräuchten. Unter lebhafter Zustimmung der Sozialdemokraten erklärte er, in diesem ganzen Gerede der Regierungsvertreter wie der Scharfmacher aus dem Hause liege ja das Eingeständnis verborgen, daß ihr eigentlicher Zweck die Verechtigung der Sozialdemokraten aus den Kasienverwaltungen sei und bei diesem Kampf um die Macht könnten sie sich natürlich die Gründe sparen. Von dem wenigen Beweismaterial, mit dem die Gegner überhaupt herausgerückt waren, konnte Heine einiges sofort widerlegen; so vor allem die Ausschlagung des Falles Gröfzer in Freiberg durch den Grafen Westarp. Heine konnte auf Grund seiner Erfahrung als Verteidiger des Kasienvorstandes in diesem Prozeß nachweisen, daß auch nicht der Schatten eines Mißbrauchs der Kasie zu sozialdemokratischen Parteizwecken sich aus jenen Vorgängen herauskonstruieren lasse. Aus der Erfahrung, die wir mit dem Vereinsgesetz gesammelt haben, zog er den Schluß, daß wir auch jetzt nichts geben könnten auf die Verprechung einer lokalen Anwendung der Rauschmittelbestimmungen der Versicherungsgefesze. Zum Schluß warnte er die Gegner, daß es von ihren Entschlüssen abhängt, ob der Riß, der die Arbeiter von den übrigen Gesellschaftsklassen scheidet, noch mehr vertieft werden solle.

Diese Warnung fruchtete natürlich ebensowenig, wie alle vorausgegangenen. Als es zur Abstimmung kam, wurden alle sozialdemokratischen Entwürfe abgelehnt und die Kommissionsbeschlüsse angenommen mit einer Zwei-

drittelmehrheit. Mit den Sozialdemokraten stimmten nur noch die Freisinnigen und Polen gegen die Arbeiterentrechtung. Der Block von Westarp bis Cuno hielt fest zusammen. Seine Untaten werden hoffentlich sich in die Erinnerung der deutschen Arbeiter unvergänglich eingraben.

Die Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl.

Unter sehr starker Beteiligung hat heute in Stuttgart die Wahl des Oberbürgermeisters stattgefunden. 85,4 Prozent der Wahlberechtigten erschienen an der Urne. Gewählt wurde der nationalliberale Lautenschlager mit 13 154 Stimmen. Genosse Dr. Lindemann erhielt 12 236 und der Kandidat der Volkspartei, Koch, 3365 Stimmen. Für Lautenschlager haben also nicht nur Zentrum, Konservative und Nationalliberale in halber Eintracht gestimmt, sondern auch der größte Teil der „demokratischen“ Wähler. Es ist ein Sieg der einigen reaktionären Masse, zu der sich das Bürgertum immer wieder dann zusammenschließt, wenn es einen wichtigeren Kampf gegen die Arbeiterklasse gibt. Auch diese Wahl zeigt wieder schlagend, wie stark dieser Drang ist und wie rasch das Bürgertum, selbst wenn die Parteiführer noch hadern, alle seine Parteiunterschiede vergißt und zu vergeblichen bereit ist, wenn es gilt, der Sozialdemokratie entgegenzutreten. Wir bedauern diese Tatsache keinen Augenblick, die über die Rauheit des Klassenkampfes die nötige Klarheit schafft. Wir dürfen uns freuen, daß es unseren Stuttgarter Genossen gelungen ist, aus eigener Kraft eine so ansehnliche Stimmengahl aufzubringen. Stuttgart ist heute schon nahe der sozialdemokratischen Majorität. Wenn das nächstmal das Bürgermeisteramt zu besetzen sein wird, dann wird den bürgerlichen Parteien auch kein Zusammenschluß mehr nützen, und der rote Bürgermeister wird sich im Gemeinderat und Bürgerausschuß auf eine sozialdemokratische Majorität stützen können.

Die Sozialdemokratie hat den Wahlkampf um den Oberbürgermeisterposten am Donnerstag mit einer Rundgebung der Stuttgarter Wählerschaft im Zirkusgebäude abgeschlossen.

Seit Donnerstagsabend nahm der Wahlkampf in Stuttgart fast amerikanische Formen an. Ein Plakat jagt das andere. Der volksparteiliche Führer Konrad Haußmann desabonnierte am Donnerstag in einer öffentlichen Erklärung dem volksparteilichen fraktionsvorsitzenden Liesching und behauptete, Liesching habe sich ohne jede Fühlungnahme mit seinen Parteifreunden für die Unterstützung der nationalliberalen Kandidatur ausgesprochen. In einem Aufruf erklärt auch die Volkspartei, daß sie nicht daran denke, die Kandidatur Koch zuzuziehen.

Die Stärke der Parteien war bei der letzten Bürgerausschuhwahl im Dezember 1910 (die abgegebenen Stimmen in Wähler ungerechnet, jeder Wähler hatte 14 Stimmen) wie folgt:

Sozialdemokratie	10 216 Wähler
Nationalliberale	6 565
Volkspartei	4 131
Konservative	1 804
Zentrum	1 877

Den 10 216 sozialdemokratischen Wählern standen also 13 097 bürgerliche Wähler gegenüber. Seitdem ist die Zahl der Wahlberechtigten gestiegen, von 31 951 auf 33 565, also um 1614.

Evangelisch-liberale Jugendarbeit.

Anfang dieser Woche fand in Berlin ein dreitägiger Instruktionstour für moderne evangelische Jugendarbeit statt, der vom Bund deutscher Jugendvereine veranstaltet war. Dieser Bund ist die Organisation einer erst seit wenigen Jahren bestehenden Bewegung der liberalen evangelischen Theologen, die sich von den Jünglingsvereinen alten Schlages getrennt haben und ihre eigenen Wege gehen.

Aus den dreitägigen Verhandlungen wollen wir einiges auch für unsere Jugendfunktionäre Interessantes herausgreifen. Am ersten Tage sprach Pfarrer Lic. Dr. Hollmann-Nikolassee-Berlin über: „Religiöse Einwirkung im Jugendverein“. Redner führte unter anderem folgendes aus: Zwischen kirchlicher und religiöser Einwirkung ist scharf zu unterscheiden. Die kirchliche Einwirkung ist auch in Jugendvereinen, die von der Kirche unterhalten werden oder mit ihr zusammenhängen, gerade im Interesse der Kirche tunklichst zu vermeiden. Da durch weite Kreise des Volkes, namentlich der Arbeiterschaft, ein großes Mißtrauen gegen die Kirche vorhanden ist, darf die Jugend nicht glauben, sie solle für die Kirche eingezogen werden. Trotzdem ist aber religiöse Einwirkung im Jugendverein bei richtiger Zielbestimmung der Jugendarbeit notwendig, nur müssen wir die kirchlichen Formen der religiösen Einwirkung aufs strengste vermeiden. Der Sache nach muß diese Einwirkung in einem ebenso dem Evangelium wie dem jugendlichen Sinn gemäßen freien und christlichen Geiste erfolgen, ohne pietistisch-methodische Belehrungsversuche oder unevangelische Kulte, in Fühlung mit dem Fortschritt der theologischen Wissenschaft wie der Wissenschaft überhaupt. Vor allem notwendig ist die Pflege der idealistischen Weltanschauung und die Hervorhebung der sozialen Seite des Evangeliums. Auf diese Weise bekämpfen wir auch am besten die Sozialdemokratie, die wir nicht als Partei, sondern als materialistische Weltanschauung bekämpfen. Wir treiben Jugendarbeit ohne jede Nebenabsicht, Jugendarbeit um der Jugend willen, denn wir wollen freie, selbstbewußte Persönlichkeiten erziehen. Vor allem war dieses Referat insofern interessant, als man bisher in

weiten Kreisen der Ansicht war, der Bund deutscher Jugendvereine würde jede religiöse Tätigkeit aus seiner Arbeit ausschalten, steht ja doch auch in seinen Statuten der Satz: „Der Bund dient keiner politischen und kirchlichen Partei.“ Nach dem Referat Hollmanns, dem wenigstens in dieser Beziehung niemand entgegentrat, kann man mit dieser Ansicht gründlich aufräumen, denn in dem Vortrage und in den vorgelegten Heften heißt es ausdrücklich: „Religiöse Einwirkung ist notwendig.“

Als zweiter Redner sprach Herr Dr. Zuchellen-
Erziehung im Jugendverein“. Er meinte, es sei die größte Gefahr, diese Dinge für Jugendvereine einfach zu umgehen. Er begründete in einzelnen die Ansicht, daß man diese Frage nicht aus dem Gebiet der Jugendarbeit streichen könne. Nicht mit religiösen Gründen solle man hierbei der Jugend kommen, sondern mit Verstandgründen, und dann fände die Jugend Verständnis dafür; deshalb verurteile er entschieden die evangelische Organisation des „Weissen Kreuzes“, in der die jugendlichen Mitglieder sich verpflichten müssen, sexuell abstinenz zu leben. Dann trat der Redner mit aller Wärme für die gemeinsame Erziehung der beiden Geschlechter im Jugendverein ein, denn diese lämen doch zusammen, und wenn schon, dann sei es doch besser im Jugendverein, als nur auf dem Tanzboden und bei anderen zweifelhaften Gelegenheiten. Bei gemeinsamen Spielen und Wanderungen würden sich Mädels und Jungen aneinander gewöhnen und sich als Kameraden näher kommen. Er habe mit der gemeinsamen Erziehung in seinen Jugendvereinen nur die allerbesten Erfahrungen gemacht. Bei dieser Einrichtung schade auch das Tauschen nicht, denn er selbst habe stets mit seinem Jugendverein getanzt.

Nachmittags sprach Herr Walter F. Classen-Hamburg über: „Die staatsbürgerliche Erziehung im Jugendverein“. Er führte unter anderem folgendes aus: In der Psychologie unserer Großstadtkinder kann man sehr gut zwei Arten unterscheiden, nämlich die Jugendlichen zwischen 14 und 17 und die zwischen 17 und 20 Jahren. In der ersten Gruppe müssen wir vor allem, da der Bestand noch nicht sehr entwickelt, auf die Stärkung des Willens, der Energie und des Charakters dringen und erst bei der zweiten Gruppe, also nach dem 17. Jahre wird es möglich sein, mit Erfolg staatsbürgerlichen Unterricht zu erteilen. Staatsbürgerlich Denken heißt vor allem, Geschichte treiben. Das Ziel hierbei ist, Selbstbewußtsein und Verantwortlichkeitsgefühl zu wecken und vor allem Achtung für die innere Freiheit des einzelnen Bürgers, Fähigkeit zur stillen Freiheit und Gemeinschaftsinn zu verbreiten.

Dies ist im großen und ganzen Classens Anschauung über den staatsbürgerlichen Unterricht, und es zeigte sich hier wiederum recht klar, daß ein objektiver staatsbürgerlicher Unterricht überhaupt nicht möglich ist, denn was Herr Classen im einzelnen vertrat, waren recht unklare liberale Ideen. Was verstehen überhaupt nicht, wie ein Mann staatsbürgerlich erziehen will, der sich selbst noch nicht einmal zu einer klaren Stellung innerhalb des Staates — nach Plato die erste Pflicht des Staatsbürgers — durchgerungen hat, denn auf eine Anfrage erklärte Classen, er wisse momentan nicht, zu welcher Partei er sich rechne, er habe dazu keine Zeit. So gibt sich Herr Classen das wichtigste Mittel eines jeden Erziehers, das persönliche Beispiel, völlig aus der Hand.

In der anschließenden Diskussion erklärte denn auch Herr Zuchellen rundweg, eine objektive Belehrung über staatsbürgerliche Gesinnung gäbe es nicht und nannte Classens Anschauung mit Recht liberal. Dann nahm ein Jugendlicher das Wort, bezeichnete sich als Mitglied Classens und teilte zum allgemeinen Erstaunen mit, er wäre organisierter Sozialdemokrat und doch gleichzeitig Mitglied des Classenschen kirchlichen Vereins. Er ist selbstverständlich alles andere als ein Sozialdemokrat, sonst wäre er eben nicht in einem bürgerlichen Jugendverein. Eine Anzahl Redner begrüßten dann die neue königlich preussische Jugendpflege — alle Redner waren sich darüber klar, daß diese nur der Angst vor der Sozialdemokratie entspreche —, während einige andere Herren ihr entgegentraten.

Am folgenden Tage sprach Herr Dr. v. der Charlottenburg über: „Der Lehrling und die Gewerbeordnung“ und Herr Petersen-Hamburg über: „Werkstatt und Jugendschutz“. Beide Referate waren recht interessant und bewiesen, daß nunmehr auch die bürgerliche Jugendbewegung langsam dazu übergeht — meist allerdings nur der Not gehorchend, nicht dem eignen Triebe, und oft nur dem Scheine nach — sich auch mit der sozialen Lage der Jugend zu beschäftigen. Nachmittags sprach Herr Pfarrer Weiden, der Delegierte der Zentralstelle für Volkswohlfahrt in der Jugendpflege über: „Jugendarbeit als Volkssache“ und entwickelte dabei das bekannte Programm der neuen staatlichen Jugendpflege: finanzielle und sonstige Unterstützung der bürgerlichen Jugendvereine, Zentralisierung und Zusammenfassung der gesamten Jugendpflege, Unterstützung durch die Fortbildungsschule usw., und fand dabei auch einige anerkennende Worte über die proletarische Jugendbewegung. Er sagte hierüber: Sollen wir uns nicht darüber freuen, daß die große Masse der Industriearbeiter die Erziehung ihrer Jugend selbst in die Hand genommen hat? Ist es nicht eine Erfüllung unserer Wünsche, wenn wir sehen, wie opferbereit die Arbeiterchaft hinter ihrer Jugend steht, wenn wir in die hellen und schönen Räume ihrer Jugendheim hineinkommen, und wenn wir diese Tausende treuherziger, lebensfroher junger Proletarier sehen? Aber nun kam der Pferdeschuh: hinter dem allen aber stehe die sozialdemokratische Partei „mit ihrem Klassenhaß und Materialismus“.

Am dritten Tage sprach zunächst Divisionspfarrer Koesel-Dienstadt über: „Jugendarbeit in der Stadt“, wobei er vor allem auf die Vereinsarbeit in den Jugendvereinen einging. Auch er ging auf die proletarische Jugendbewegung ein, und meinte, man müsse es verstehen, daß die Arbeiterchaft die Erziehung ihrer Jugend selbst in die Hand nehme, und man dürfe dies der Arbeiterchaft nicht übel nehmen, da auch sie recht erfolgreiche Erziehungsarbeit leistet. Gegenüber der sozialdemokratischen Jugendarbeit müsse man feststellen, daß die Religion nichts mit einem festen Staat oder gar einer Partei zu tun hat; das Christentum ist weder für einen Staat noch für eine Partei da. Mit einem Referat eines Herrn Lemke über „Jugendarbeit auf dem Lande“ fand dann der Kursus sein Ende.

Trotzdem diese Herren immer und immer wieder versicherten, sie trieben Jugendarbeit ohne jede Nebenabsicht, weil sie die Jugend lieb hätten, weil sie die Jugend zu freien Persönlichkeiten erziehen wollten usw., steht es doch für jeden denkenden Menschen fest, daß die Jugendarbeit dieser Herren mit der Absicht getrieben wird, die Jugend für eine neue liberale Kirche zu gewinnen, und ehrlicher wäre es von ihnen und ein offenes Stillsitzen gäbe es, wenn man dies auf jener Seite offen zugeben würde. Als der organisatorische Leiter der Bewegung, Herr Koesel, hieran erinnert wurde, meinte er, sie wollten die Jugend für eine „neue geistige Gemeinschaft“ gewinnen, aber was heißt denn das anders, wie eine neue „liberale“ Kirche. Auf jeden Fall haben wir auch dieser Seite der bürgerlichen Jugendbewegung unser Interesse zuzuwenden, wie überhaupt die Arbeiterchaft sich noch viel mehr wie bisher um die Jugendarbeit kümmern muß.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Mai 1911.

Der reaktionäre Zweckverband.

Das Dreiklassenhaus kann die beste Sache nicht beschließen, ohne sie zu reaktionären Streichen zu mißbrauchen. Kann es etwas Vernünftigeres geben, als benachbarte Gemeinden zu gemeinsamer Lösung gemeinsamer Aufgaben zusammenzufassen? Das Junkerparlament macht daraus eine Einschränkung der Selbstverwaltung und dergestalt bei dieser Gelegenheit wieder einmal die unermeßliche Nachhilfe des Staates zum Nachteil der Gemeinden, in deren Interesse man dieses Gesetz zu machen vorgibt. Diese lauterer Absichten sind schon in der Kommissionsberatung genügend klar geworden, aber in der gestrigen Beratung im Plenum kamen sie noch schärfer zum Ausdruck. Genosse Dieblich erklärte, daß der reaktionäre Charakter dieses Gesetzes die Zustimmung der sonst dazu sympathisch stehenden Sozialdemokraten unmöglich macht. Unsere Fraktion versuchte durch mehrere Anträge, das Gesetz den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Notwendigkeiten einer zeitgemäßen Kommunalpolitik entsprechend zu gestalten und die Genossen Liebnicht und Hoffmann begründeten diese Anträge in durchaus sachlicher und überzeugender Weise. Wie im Dreiklassenhaufe diese Anträge der Vertreter der Mehrheit des preussischen Volkes und insbesondere der Massen der städtischen Bevölkerung beurteilt werden, zeigte eine Äußerung des Oberpräsidenten des Abgeordnetenhauses, des Freiherrn Ottavio v. Redlich und Reulrich. Dieser Führer der Rechten defektierte einfach, wie schon tags zuvor den Arbeitsplan, diesmal die Order, „daß der sozialdemokratische Antrag abgelehnt wird, versteht sich ja von selbst!“ Natürlich folgten die Ritter und Hellen dieser Parole sowohl beim Wahlrecht zum Verbandsauschuss, wie beim Bestätigungszwang für den Verbandsvorsteher. Wie es übrigens mit dem Fortschritt und der Volkstreue der Freisinnigen bestellt ist, zeigte eine reizende Episode, die den liberalen Männern die dankbare Heiterkeit der Mehrheit einbrachte. Bei der Abstimmung über den Antrag unserer Genossen auf Einführung des gleichen und geheimen Wahlrechts zur Verbandsvertretung standen diese Herren zuerst mit auf, um sich aber, auf das Kommando eines ausgemerkten Fraktionsführers, schleunigst wieder niederzusetzen!

Auch die fortschrittlichen Verbesserungsanträge wurden durchweg abgelehnt, dafür bereicherte man das Gesetz unter dem Weifall des Polizeiministers mit der wunderbaren Bestimmung, daß die gewählten Mitglieder des Verbandsauschusses auch dem Disziplinarverfahren unterstellt werden. Zum Schluß lehnte man noch einen Antrag ab, die Offenheit der Verhandlungen des Verbandsauschusses im Gesetz zu bestimmen.

Sonnabend: Zweite Lesung des Groß-Berliner Zweckverbandesgesetzes.

Eine Reichstagsdebatte über Pfingsten.

Wie im Reichstage verlautet, hat der Reichskanzler den Wunsch geäußert, die elsah-lothringische Verfassungsvorlage nach Erledigung der Reichsversicherungsvorlage zur zweiten Beratung im Plenum zu stellen, da er den Wunsch hegt, diese Vorlage noch vor der Sommertagung verabschiedet zu sehen. Auf eine weitere Beratung der Vorlage in der Kommission legt die Regierung keinen Wert mehr. Die Regierung hält es, wie eine halbamtliche Korrespondenz meldet, nicht für angebracht, die endgültige Lösung der Frage bis zum Herbst zu verschieben, weil sie beabsichtigt, der Agitation in den Reichslanden durch eine möglichst schnelle Erledigung der Frage entgegenzutreten. Es soll daher versucht werden, die Reichsversicherungsvorlage bis zu Pfingsten zu erledigen und nach einer kurzen Pfingstpause die elsah-lothringische Verfassungsvorlage und den deutsch-schwedischen Handelsvertrag zu verabschieden.

Eine triviale Fälschung.

Unter den verschiedenen faulen Vorkäufen, mit denen in der gestrigen Reichstagsdebatte Graf Westarp die Sozialdemokratie bekämpfte, befand sich auch die Behauptung, im Jahre 1899 habe der „Vorwärts“ den Zusammenschluß der Krankenkassen mit den Worten begrüßt, durch diesen Zusammenschluß sei eine neue Waffe im Klassenkampf des Proletariats geschaffen.

Dieses Zitat des Herrn Grafen Westarp ist eine unerschämte Fälschung, die allerdings der Redner nicht selbst begeben, sondern sich nur aus der „Kreuz-Zeitung“ angeeignet hat.

Die Sache verhält sich folgendermaßen: Als am 27. und 28. Mai 1899 der erste allgemeine Krankenkassenkongress tagte, beschäftigte er sich auch mit den Ergebnissen des kurz vorher abgehaltenen Tuberkulosekongresses und betonte die Notwendigkeit, den Kampf gegen die furchtbare Seuche mit aller Energie aufzunehmen und die Krankenkassen in den Dienst dieses Kampfes zu stellen. Dieses Eintreten des Krankenkassenkongresses für die Forderungen der Tuberkulosebekämpfung gab einem Arzt Veranlassung, im „Vorwärts“ vom 30. Mai 1899 seiner Freude darüber Ausdruck zu geben, daß der Krankenkassenkongress sofort ans Werk gegangen sei, um die Gesetzgebung zur Anerkennung der Ergebnisse des Tuberkulosekongresses zu drängen. Der Artikel schloß mit den Worten:

„So gelang denn vor allem der große Wurf: es wurde einstimmig beschlossen, den Grundstein zu einer dauernden Organisation aller Krankenkassen Deutschlands zu legen, um so die bisher zerstreuten Kräfte zu sammeln zu gemeinsamer Arbeit, vor allem zu gemeinsamer Einwirkung auf die Gesetzgebung. Was wir von dieser Einwirkung erwarten, das haben wir bereits in unserem Begründungsartikel (zum Tuberkulosekongress, Die Ned.) ausgesprochen: Wir hoffen, daß sich durch sie die Krankenkassen zu einer neuen Waffe im Vorkampfe des Proletariats entwickeln werden.“

Deutlich ergibt sich aus diesem Wortlaut, was gemeint ist. Es wird der Zusammenschluß der Krankenkassen als ein Mittel begrüßt, die Regierung zu durchgreifenden gesetzgeberischen Maßnahmen gegen die Tuberkulose zu treiben. Um diesen Sinn nicht hervorheben zu lassen, hat der Fälscher nicht nur einfach den letzten Satz aus dem Zusammenhang herausgelöst, sondern obendrein seinem sauberen Zweck entsprechend das Wort „Vorkampfe“ in „Klassenkampf“ und ferner die Worte „entwickeln werden“ in „geschaffen“ umgewandelt. Und der ethisch-ästhetische Graf Westarp, der diese Fälschung in seiner Rede und Wagenpresse findet, eigne; sie sich sofort leichtfertig ohne jede Nachprüfung an. Recht charakteristisch für die von ihm mit so großem Lärm gepredigte höhere konservative Moral.

Freikonservative Kandidaten.

In der „Post“ wird die Kandidatenliste der Freikonservativen (Reichsliste) für die Reichstagswahlen 1912 veröffentlicht. Bis jetzt sind 28 Kandidaten aufgestellt, von denen nur 8 auf außerpreussische Bundesstaaten entfallen. Die jetzigen freikonservativen Abgeordneten kandidieren, soweit eine Anstellung schon erfolgt ist, sämtlich wieder.

(Einen besonders netten Witz ließen sich die Reichsparteiler im Kreise Ostprignitz, wo neben dem jetzigen Vertreter Gutsbeitzer L. Jäger der frühere nationalliberale Abgeordnete Lehmann-Jena kandidiert. In der offiziellen Kandidatenliste wird mitgeteilt, daß auch dieser Gegenkandidat des reichsparteilichen Wälscher seinen Beitritt zur Reichspartei in Aussicht gestellt habe. Es würden also in Ostprignitz zwei Reichsparteiler einander im Wahlkampf gegenübersehen.

Deutscher Handelstag.

In Heidelberg wurde gestern abend die Feier des fünfzigjährigen Jubiläums des Deutschen Handelstages mit einem Begrüßungsabend eröffnet. Es waren 180 deutsche und 11 ausländische Handelskammern vertreten. Der Vorsitzende des Badischen Handelstages, Kommerzienrat Engelhardt-Wannheim, hielt die Festrede.

Die Vollversammlung wurde darauf heute vormittag 9½ Uhr als 50jährige Jubiläumstagung im großen Saale der Stadthalle vor etwa 700 Teilnehmern vom Präsidenten Kaempf-Berlin mit einer kurzen Begrüßungsansprache eröffnet. Nach Konstituierung des Bureau brachte Präsident Kaempf das übliche Hoch auf den Kaiser, die Bundespräsidenten und die freien Städte aus. An den Kaiser wurde auch ein Jubiläumstelegramm abgelesen.

Nach Eintritt in den geschäftlichen Teil der Tagesordnung wurde zunächst der gedruckte vorliegende Jahresbericht debattiert und einstimmig genehmigt. Hierauf hielt der Syndikus der Braunschweiger Handelskammer und Vorsitzender des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Unterrichtswesen, Geheimrat Regierungsrat Dr. Stegemann, einen Vortrag über kaufmännisches Unterrichtswesen in Deutschland und seine Fortbildung. Nach kurzer Diskussion und nach Annahme einer zustimmenden Erklärung seitens der Versammlung nahm der Präsident der Leipziger Handelskammer Richard Schmidt das Wort zu einem Vortrage über die Schaffung eines internationalen Wechselrechts.

Darauf sprach Kommerzienrat Hell-Brandenburg über die Doppelbesteuerung durch die Stempelgesetze der einzelnen Bundesstaaten und schließlich der Vizepräsident der Berliner Handelskammer, Generalkonsul Franz v. Wendelssohn über die wirtschaftliche Bedeutung des deutschen Besizes an ausländischen Wertpapieren.

Die preussischen Universitäten und die politische Polizei.

Die sozialdemokratische Fraktion des Abgeordnetenhauses beabsichtigte, folgende Interpellation einzureichen:

1. Ist der königlichen Staatsregierung bekannt, a) daß die preussischen Universitäten vor der Aufnahme ausländischer, speziell russischer, Studierender bei der Polizeiverwaltung Auskunft über die politische Zuverlässigkeit der Angemeldeten einziehen? b) daß sich die Polizeiverwaltung bei ihren hierauf bezüglichen Ermittlungen an die ausländischen Polizeiverwaltungen, speziell die russische und deren in Deutschland weilende Geheimagenten wendet und deren unkontrollierbare Mitteilungen ihren Auskünften an die Universität zugrunde legt? c) daß die Polizeiverwaltung weiter mit diesen Ermittlungen untergeordnete Polizeibeamte und politische Geheimagenten betraut und deren Bericht, ohne Kontrolle und ohne genaue Substantiierung zu fordern, ebenfalls der Auskunft an die Universität zugrunde legt? d) daß dem betroffenen Studierenden das gegen ihn vorgebrachte Material nicht zur Gegenerklärung unterbreitet, sondern prinzipiell geheim gehalten wird? e) daß die Universitäten diejenigen ausländischen Studierenden, die von der Polizei als „politisch nicht zuverlässig“ bezeichnet werden, ohne das Material der Polizei zu prüfen, ja sogar ohne überhaupt Kenntnis davon zu erhalten, abzulehnen und vom Studium ausschließen? f) daß die Berliner Universitäten und Polizeiverwaltung die hiesigen russischen Studierenden zum Beitritt in einer unter dem Protektorat der hiesigen russischen Botschaft stehenden reaktionär-politischen und antisemitischen Studentenkörpers mit Namen „Russische Landsmannschaft“ zu nötigen suchen und die Weigerung zu diesem Beitritt als ein Anzeichen politischer Unzuverlässigkeit zu behandeln?

2. Ist der königlichen Staatsregierung bekannt, daß sich am 1. Mai d. J. der russische Student Demetrius Dubrowsky in Berlin erschossen hat, weil seine Aufnahme in die hiesige Universität entsprechend der zu 1. geschilderten Praxis wegen angeblicher politischer Unzuverlässigkeit abgelehnt worden ist?

3. Welche Maßregeln gedenkt die königliche Staatsregierung zu ergreifen, um den zu 1. bezeichneten Mißständen abzuhelfen?

Zur Einbringung einer Interpellation sind 30 Unterschriften nötig. Sintemalen unsere Genossen im Dreiklassenparlament nicht zahlreicher sind als die Finger der Hand, mußten sie sich wohl oder übel um Unterstützung an die fortschrittliche Volkspartei wenden. Wie uns mitgeteilt wird, hat diese sich nach mehrmaliger „gründlicher“ Ueberlegung bedauerlicherweise nicht dazu aufzufordern vermocht, der kgl. Staatsregierung den Schmerz einer Beihilfe zu dem „radikalen“ sozialdemokratischen Vorstoß zu bereiten.

Die Haltung der Freisinnigen hat über den Einzelfall hinaus die Bedeutung, zu zeigen, wie schwer es diese Herren unserer Partei machen, selbst in besonders geeigneten Fällen mit ihnen gemeinsam „positiv“ zu arbeiten.

Die „vaterländischen“ Arbeitervereine.

Unter der Bezeichnung: „Ausflug zur Förderung der Bestrebungen vaterländischer Arbeitervereine“ hat sich der Reichsverband eine weitere Filiale geschaffen, die der Zeitung des Generals v. Loebel unterstellt ist. Der genannte Ausflug hielt dieser Tage seine Hauptversammlung ab, in der berichtet wurde, daß die „nationalen“ Werkvereine in Berlin im vergangenen Jahre um je 1000 Mitglieder monatlich zugenommen haben. Deshalb sei die Sozialdemokratie in verschiedenen sehr großen Betrieben in Berlin bereits jetzt zur völligen Ohnmacht beurteilt. Die Sozialdemokratie könne heute in Berlin einen Generalaufstand überhaupt nicht mehr durchführen, weil ihr die „nationalen“ Arbeiter händelnd im Wege stehen.

Wer die Verhältnisse einigermaßen kennt, kann sich diese Art der Verleumdung nicht anders erklären, als daß die „nationalen“ Arbeiter dem Ausfluge mit dem langen Namen einen Vorschub aufzubringen haben. Die „nationalen“ Arbeitervereine sind stets auf Anwendungen von einflussreichen Männern angewiesen. Diese Anwendungen stehen um so reichlicher, je mehr Erfolg nachgewiesen oder dargeboten werden kann. Auf letzterem Gebiete haben die „nationalen“ Arbeiter mehr als einmal Proben ganz hervorragender Leistungsfähigkeit geliefert.

Ein kurioser Schwabenstreich.

Der Berliner Rechtsanwalt Dr. Schwabe, der sich bekanntlich in seiner konservativen Verehrung des Jaren gedungen gefühlt hat, das ehrengerichtliche Verfahren gegen den Genossen Karl Liebknecht zu beantragen, hat der „Kreuz-Zeitung“ eine Erklärung übermittelt, die das Blatt mit der Bemerkung veröffentlicht, aus ihr könnten die „Kreuz-Zeitung“-Leser die Tatsache entnehmen, daß die Einleitung des ehrengerichtlichen Verfahrens gegen den Genossen Karl Liebknecht durch Dr. Schwabe veranlaßt wurde. In der Erklärung sagt Schwabe, er könne nicht umhin, auch den Weg der Öffentlichkeit zu beschreiten.

Nach vorgängiger Ablehnung des Antrages auf Verfolgung durch den Vorstand der Anwaltskammer habe ich mich beschwerdeführend an den Herrn Justizminister gewandt. Ich konnte mich bei meinen persönlichen Ansichten, welche von den Anschauungen der meisten Vorstandsmitglieder abweichen, nicht bei diesem Bescheide beruhigen. Wenn ich auch der Meinung bin, daß ein Führer einer Partei, die nicht auf dem Boden des Gesetzes steht, deren Führer vielmehr internationales Demagogentum pflegen, nicht dazu berufen sein kann, bei der Rechtsprechung mitzuwirken — dies ist auch die Pflicht des Rechtsanwalts —, so habe ich es doch von vornherein als aussichtslos angesehen, ein Einschreiten deswegen herbeizuführen zu wollen, weil Herr Liebknecht ein sozialdemokratischer Führer ist. Wahgebend war für mich, daß die Rede des Herrn Liebknecht eine trasse Verletzung des Wahlrechts enthielt. Wenn ein Herrscher in einem fremden Lande weilt, so muß jedem Einwohner dieses Landes die Person desselben auch in Wort und Schrift unantastbar erscheinen. Selbst Völker niedrigster Kulturstufe achten das Gastrecht und halten es für ein strafwürdiges Verbrechen, einen Gast anzugreifen und zu beschimpfen. Man kann danach die Handlungsweise eines Mannes einschätzen, welcher es wagt, in solchen Worten Se. Majestät den Kaiser von Rußland anzugreifen. Die sinnlose Rede hätte ja einen Nordsturm zur Erhebung der Waffe veranlassen können. Ich sehe in einer solchen Handlungsweise Hochverrat. Nicht die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie an sich, sondern die Benutzung einer solchen Eigenschaft zur Ausübung einer strafwürdigen Handlung ist die Grundlage des Vorgehens gegen Herrn Liebknecht. Diejenigen Parteien sollen freilich nicht dabei ein entscheidendes Wort führen, welche sich selbst nicht scheuen, ein solches Verhalten zu entschuldigen und sich zum Zwecke der Erzielung eines Mandats mit der internationalen Sozialdemokratie zu verbinden. Wenn auch die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei meist als irregulär zu betrachten sind, so richtet der sich selbst, der mit den Führern der Sozialdemokratie auf der gleichen Bank Platz nimmt. Wer sich gesunden Bürgerinn bewahrt hat, der wendet nicht nur den sozialdemokratischen Führern den Rücken zu, sondern auch den Angehörigen der angeblich bürgerlichen Parteien, die solches Handeln nicht verurteilen, sondern die Hand zum gemeinsamen Vorgehen im Wahlkampf der internationalen Sozialdemokratie reichen. Verdächtige Zeugen sind die anonymen Zuschriften, welche der Unterzeichnete jetzt erhält; sie sind angefüllt mit Beschimpfungen der Monarchie.

Neue Gedanken sind es gerade nicht, die Herr Dr. Schwabe in seiner Aufschrift ausstrahlt; wir haben sie schon mehrfach in besserer Fassung in der „Kreuz-Ztg.“ und der „Deutsch. Tagesztg.“ gefunden. Immerhin verdient Herr Schwabe, daß ihm zur Belohnung seiner Aneignungsfähigkeit eine agrar-konservative Kandidatur und irgendein ruffähiger Orden angeboten wird. Ist seine Intelligenz auch nicht gerade hervorragend, so hat er doch ein gutes royalistisches Oerz.

Reichswertwachsteuer.

Der Reichsanwalt hat soeben ein Rundschreiben erlassen, in welchem er darauf hinweist, daß die mit der Verwaltung der Wachstumsteuer betrauten Organe vielfach noch nicht mit dem eigentlichen Veranlagungsgeschäft begonnen hätten, obwohl die Ende März erlassenen Ausführungsbestimmungen das Verfahren genau regeln. Eine weitere Sinausführung würde die bis zum 1. Januar d. J. rückwärts erforderliche Veranlagung wesentlich erschweren, den Grundstücksmarkt länger als notwendig im Ungeordneten lassen, insbesondere auch für die veranlagenden Gemeinden, die an dem Ertrage der Steuer beteiligt seien, einen finanziellen Nachteil bedeuten. Es sei notwendig, daß alle Amtsstellen, ohne etwa auf die Verabschiedung der landesrechtlichen Vorschriften über die Aufweisung des Ertrages an die einzelnen kommunalen Körperschaften zu warten, unverzüglich das Veranlagungsgeschäft in Angriff nehmen.

Kaserneneind.

Unter der Anklage, versucht zu haben durch absichtliche Selbstverwundung, sich der Militärpflicht zu entziehen, stand am Dienstage der Musiker Eugen Baustetter von der 3. Kompagnie des 10. Infanterieregiments in Göttingen vor dem Kriegsgericht in Erfurt. Der Angeklagte wollte am 27. Februar d. J. den Rundenkassonier auf dem Laufe seines Dienstgewehres beschließen. Bei dieser Gelegenheit ging plötzlich ein Schuß los und der Holzpfropfen einer Flakpatrone drang dem Manne durch die linke Hand. Er wurde sofort nach dem Lazarett gebracht, wo ihm zwei Finger amputiert werden mußten. Als der Oberstabsarzt den Patienten genauer untersuchte, erwiderte er, daß der Rücken mit blutunterlaufenen Striemen bedeckt war. Nach den Umständen dieser Verletzungen befragt, erklärte B., daß er am Abend vorher, als er im Bett lag, von „alten Teuten“ schwer mißhandelt worden sei. Die sofort eingeleitete Untersuchung bestätigte die Angaben des Bedauernswerthen. Die Prügelwunden wurden zwar zu Arreststrafen verurteilt, aber zugleich gegen B. das Verfahren wegen absichtlicher Selbstverwundung eingestellt, weil vermutet wurde, daß der Mann infolge der Mißhandlung vielleicht den Beschluß gefaßt habe, sich auf diese Art vom Militärdienst zu befreien. Der Angeklagte bestritt ganz entschieden die ihm zur Last gelegte Tat. Er neigte vielmehr der Ansicht zu, daß die Patrone von einem „alten Kerl“, der ihn besonders gehaßt und mißhandelt habe, absichtlich in das Gewehr getan wurde, damit etwas passieren sollte. Trotzdem die Beweisaufnahme nichts Belastendes ergab, hielt der Anklagevertreter die Anklage aufrecht und beantragte 1 Jahr 2 Monate Gefängnis und Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. Doch konnte sich das Gericht nicht von der Schuld des Angeklagten überzeugen und kam zum Freispruch.

Mißhandlungen eines Offiziersbüchsen

kamen in einer Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht in Dresden am Tagesst. Wegen Betruges mußte der Jäger Urban vom Jägerbataillon Nr. 13 auf der Anklagebank Platz nehmen, aber die Sache nahm einen unerwarteten Verlauf. Der als Zeuge geladene Leutnant v. Lütjohaus wurde zum Angeklagten. Urban war mehrere Monate Gurski bei genanntem Leutnant. Als solcher soll er sich des Betruges dadurch schuldig gemacht haben, daß er einige Beträge in das Verlagsbuch eintrug, die er gar nicht bezahnte hatte. Das Kriegsgericht sprach den Soldaten frei. Der Gerichtsherr legte Berufung ein, und nun nahm die Angelegenheit eine andere Wendung. Der Soldat erklärte, er habe die Beträge vereintlich eingetragen und sich deshalb auch beim Leutnant entschuldigt. Dieser habe ihn aber Mistkerl genannt und die Tür geschlossen. Dann rückte er mit der Verurteilung heraus, daß ihn der Leutnant mehrfach mit der Reitpeitsche und mit Handschuhen ins Gesicht geschlagen habe. Der Leutnant verweigerte nach dieser Richtung hin die Aussage (Das sagt genug). Der Bursche erhielt drei Tage Gefängnis. Nun kommt der Leutnant dran! Doch er ist Offizier, ihm kann es also nicht werden. Vielleicht acht Tage Stubenarrest.

Wie man Soldatenmißhandlungen ausrötet.

Wegen Mißbrauch der Dienstgewalt hatte sich der Unteroffizier Kaspar Konrad vom 9. bayerischen Feldartillerie-Regiment vor dem Kriegsgericht in Augsburg zu verantworten. Der Angeklagte hatte sich zahlreiche Mißhandlungen der ihm untergebenen Rekruten zuschulden kommen lassen. Stöße mit dem Säbel auf Antefische und Wangen, Treten mit den Füßen, ja sogar „Stupfen“ mit dem Messer solle den Söhnen des Volkes militärischen Schneid beibringen. Konrad wurde in 15 Fällen schuldig gesprochen

und wegen Mißhandlung Untergebener zu der lächerlich geringen Strafe von 10 Tagen gelinden Arrest verurteilt.

Spanien.

Neun Jahre Gefängnis für zwei Zeichnungen.

Die Kriegsgerichte in Spanien, deren reaktionärer Mut Ferrer zum Opfer gefallen ist, haben vor kurzem ein neues Opfer gefordert. Der Zeichner Caprista ist wegen zweier Zeichnungen zu neun Jahren Gefängnis verurteilt worden. Dabei sind die — Donnerstag von der „Humanität“ reproduzierten — Zeichnungen überaus harmlos. Eine zeigt eine Frauengestalt, die die Fahne des Ideals in der Hand, die Büste Ferrers umarmt. Zu Füßen des Denkmals sieht man eine Blumen und Kränze tragende Kinderchar, auf dem Sockel die Inschrift: „Die Jugend dem Begründer des aufgeklärten Unterrichts!“ Das ist alles. Die zweite Zeichnung stellt die „Sturmglocke der Revolution“ dar. Ein Bissertblatt zeigt an, daß die zwölfte Stunde gekommen ist, eine männliche Gestalt hebt einen Hammer, um an die Riesenglocke zu schlagen. Und in diesen ungefährlichen Lithographien, die zudem 1 1/2 Jahre unbeanstaltet in Spanien verbreitet worden sind, haben die infamen Soldaten der Reaktion ein „Verbrechen gegen die Sicherheit des Staates“ gesehen!

Portugal.

Die Nationalversammlung.

Lissabon, 12. Mai. Die Wahlen für die Nationalversammlung werden am 28. d. M. stattfinden. Acht Tage später wird die Nationalversammlung zusammentreten, um über die Konstitution zu beraten, deren Plan die provisorische Regierung vorlegen wird. Jedoch soll es der Nationalversammlung gestattet sein, Änderungen an dem Entwurf vorzunehmen. Die Nationalversammlung wird auch den Präsidenten der Republik wählen. Danach soll das Parlament aufgelöst und die Neuwahlen für eine ständige Kammer für den November ausgeschrieben werden. Diese Kammer soll jährlich regelmäßig, mit Ausnahme von zwei Sommermonaten, tagen. Die Lissaboner Regierung hofft, daß die auswärtigen Staaten jetzt endlich die portugiesische Republik anerkennen.

Rußland.

Judenhege.

Petersburg, 12. Mai. Mitglieder der Rechten werden heute in der Reichsduma eine Interpellation an den Minister des Innern einbringen, ob ihm der im März 1911 in Kiew von Juden an dem Christenbrüder Justizministerin verübte Ritualmord bekannt geworden, und was zur Ermittlung und Bestrafung der Schuldigen geschehen sei.

Marokko.

Weitermarsch der Franzosen.

El Aittra, 11. Mai. Die Kolonne Prunard ist heute vormittag abmarschiert.

Sensationsnachrichten.

Paris, 12. Mai. Dem „Echo de Paris“ wird von seinem, die Mahalla des Hauptmanns Moreau begleitenden Sonderberichterstatter, dem Forscher Marquis de Segonzac, aus dem Lager von Larba Sidi Bouaissa vom 9. Mai gemeldet, daß die umliegenden Stämme von fremden Agenten zum Aufstand angehetzt würden. Dieser Aufruhr könnte vielleicht den Spaniern eine Gelegenheit bieten, Truppen in Larba zu landen. Damit erklärte sich auch die Mission, die der Kommandeur der spanischen Gesandtschaft in Tanger gegenwärtig in Massar ausführt.

Der spanisch-französische Geheimvertrag.

Paris, 12. Mai. Eine Note der „Agence Havas“ besagt: Eine Zeitung veröffentlichte gestern früh den Text eines angeblichen Marokko-Abkommens zwischen Frankreich und Spanien vom 10. November 1902. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß dieses angebliche diplomatische Dokument apokryph ist.

Kämpfe vor Fes.

Paris, 12. Mai. Wie aus Fes unter dem 6. Mai gemeldet wird, haben die Uled Djamaa vorgeschobenen Truppenabteilungen bei Ded Djball angegriffen. Diese zogen sich auf die Stadt zurück. Die Besatzung der Stadt warf sofort die Feinde bis Sidi Ahmed veranft zurück, wobei sie sechs Gefangene machte. Der Verlust der Truppen betrug drei Tote, auch die Beni Mer wurden in westlicher Richtung zurückgeworfen. Die Lage in Fes ist unverändert.

Ein Angriff auf das französische Lager.

Paris, 12. Mai. Wie der Agence Havas aus Merada gemeldet wird, stürmte am 10. Mai, 11 Uhr vormittags, eine Truppe von Hunderten von Reitern und zahlreichen Fußsoldaten auf dem rechten Ufer des Muluja gegen das französische Lager an. Das ganze Lager griff zu den Waffen, eine Kolonne wurde der Sarka sofort entgegengeschickt.

Mexiko.

Eine provisorische Regierung.

New York, 11. Mai. Aus Juarez wird gemeldet: Die Rebellen haben Juarez als Hauptstadt proklamiert und eine provisorische Regierung eingesetzt.

Aus der Partei.

Zur Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart.

Die „Leipziger Volkszeitung“ vom 11. d. M. kommt in einem Artikel auf die Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl zu sprechen, wobei sie den Magdeburger Parteitagbeschlüssen abdruckt, der sich gegen die Teilnahme an höfischen Zeremonien und monarchischen Loyalitätskundgebungen erklärt, und dazu bemerkt:

Dieser Beschluß wurde übrigens auf Vorschlag des Parteivorstandes gefaßt, der jetzt, wie es scheint, zu der Kandidatur Lindemann nichts zu sagen hat, obwohl es zu den Obliegenheiten des Parteivorstandes gehört, die Beachtung der gefaßten Parteitagbeschlüsse zu überwachen.

Demgegenüber sei festgestellt, daß der Parteivorstand der Stuttgarter Parteileitung mitgeteilt hat, daß er gegen die Kandidatur des Genossen Lindemann für den Stuttgarter Oberbürgermeisterposten nichts einzuwenden habe, aber erwarte, daß Genosse Lindemann im Falle seiner Wahl sein Verhalten nach den Grundgesetzen der Partei und den Parteitagbeschlüssen einrichte.

Eine im gleichen Sinne gehaltene Mitteilung hat der Parteivorstand auch dem Genossen Dr. Lindemann zugehen lassen.

Die Sozialisten von Uruguay, der Aukturepublik zwischen Brasilien und Argentinien, die bisher in mehrere Gruppen gespalten waren, haben sich zu einer einheitlichen Partei vereinigt.

Es gelang ihnen, einen Abgeordneten zum Abgeordnetenhaus in Montevideo zu entsenden. Glückauf!

Katoku's Abschiedsbrief. In Tokio wurde der letzte Brief, den der hingerichtete Sozialist Katoku im Gefängnis geschrieben hat, veröffentlicht. Er ist an einen Freund gerichtet. Katoku beurteilt sehr hart die Lage des Landes, alles sei barbarisch; die ganze Welt bietet ein Bild des Elends und der Armut, hauptsächlich Japan, wo die Militärpolitik vorherrscht. Katoku sagt, daß er ein Buch, das Opfer von Jesus Christus, geschrieben habe, wo er die Philosophie des Lebens schildert. Er bittet seinen Freund, sich um diese Arbeit zu kümmern. Da sein Freund die Erlaubnis, ihn sprechen zu dürfen, nicht erhalten hat, und da er am nächsten Tag sterben müsse, so sei dies sein Abschiedsbrief.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Der Patron des Reichsverbandes von Dirksen als Kläger. Wegen Verleumdung des zahlungsfähigen Gründers des Reichsverbandes, des kaiserlichen Gesandten, Ministers a. D. und Reichstagsabgeordneten v. Dirksen, wurde Genosse Wolff als Verantwortlicher der „Dresdener Volksmacht“ vom dortigen Schöffengericht zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Die Verleumdung fand das Gericht in einem Artikel der „Volksmacht“, der sich mit der Agitationsmethode des Reichsverbandes in den zur Herrschaft Würzburg, deren Besitzer v. Dirksen ist, gehörenden Ortschaften beschäftigte. Außerdem war in dem Artikel auf eine Rede des Abg. v. Dirksen im Reichstage vom Jahre 1907 Bezug genommen, in der dieser die Sozialdemokratie beschuldigte, daß sie von den Arbeitern Geld erpresse, um damit ihre Agitatoren zu bezahlen. Diese Rede war als eine Niederträchtigkeit bezeichnet. An einer großen Anzahl von reichsverbändlerischen Flugblättern, deren Krastausdrücke zur Verleumdung kamen, konnte Genosse Wolff nachweisen, daß der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie in der Wahl seiner Ausdrücke weit maßloser sei, als die von ihm angewandten Ausdrücke. Trotz dieser Beweisaufnahme wurden dem Genossen Wolff die berechtigten Interessen nicht zugebilligt, weil eben — die Form beleidigend ist.

Soziales.

Ungeheuerliche Misshandlung.

Die Zementbau-Aktiengesellschaft hatte 10 Einshaler, die am 1. Mai gefeiert hatten, am nächsten Tage entlassen. Die Entlassenen klagten deshalb beim Gewerbegericht auf Verzahlung des 2. Mai mit je 6,08 M., da sie vom Postler der Verklagten die Erlaubnis zum Feiern erhalten hätten und demzufolge die Entlassung unberechtigt erfolgt sei. Die Beweisaufnahme bestätigte das. Da somit ein rechtlicher Grund zur Entlassung nicht vorlag, wurde die Verklagte verurteilt, an neun der Kläger 6,08 M. zu zahlen. Der zehnte der Kläger wurde mit seinem Ansprüche abgewiesen, weil er nicht entlassen worden war, sondern aus Solidarität die Arbeit niedergelegt hatte.

Aus Industrie und Handel.

Der preussische Hütten- und Bergwerksbesitz.

Eine Forderung an die Regierung, die kaufmännische Bilanzierung des Staatsvermögens, ist jetzt zum Teil erfüllt worden. Die Budgetkommission hatte eine besondere Unterkommission zur Prüfung der Lage der staatlichen Bergwerke eingesetzt, der auch der Entwurf einer Bilanz der preussischen Bergwerke vorgelegt worden ist. Die Bilanz ist per 31. März 1910 aufgestellt. Sie bietet folgendes Bild:

Klasse	Mil. M.	Klasse	Mil. M.
Grundbesitz	43,36	Anlagekapital	1.409.358,78
Gerechtfame	77,47	Kapitalwert der Kosten	0,11
Schacht- u. Grubenbau	28,88	Zugang durch Vermögensüberweisung	12,15
Gebäude und Betriebsanlagen	178,56	anderer Staatslasten	12,15
Geräte	30,71	Reingewinn für 1000	29,44
Produktvorräte	10,48		
Materialvorräte	15,25		
Aussteh. Forderungen	13,70		
Ablieferung an andere Staatslasten	1		
Ueberschuß 1909	12,12		
	400,48		400,48

Nach dieser Bilanz würde sich das Vermögen des preussischen Staates, soweit es in Bergwerken, Hütten und Salinen angelegt ist, auf 400 Mil. Mark belaufen. In Wirklichkeit ist es aber bedeutend größer. Denn die Staatsbilanz ist nach kaufmännischen Grundsätzen aufgestellt.

Die Vermögenswerte sind nicht höher aufgenommen, als der Erwerbspreis beträgt. Bei den Gerechtfamen sind nur solche Gerechtfame berücksichtigt worden, für die finanzielle Aufwendungen notwendig waren. Das sind aber nur die wenigsten der Gerechtfame. Die sich im Besitz der preussischen Staates befinden. Der Staat hat nur die großen westfälischen Felder der Jenden Ber. Glabbed, diese allerdings für schweres Geld angekauft, ebenso die von Bergmannsglück und Wollrop. Die übrigen Gerechtfame, also die Grundlagen vor allem des ganzen obersteilischen Bergbaues und des Saarbergbaues sowie die 250 Magmalfelder in Westfalen, die auf Grund der Leg Camp verließen worden sind, kosten dem Staate fast gar nichts. Des weiteren sind bei dem dritten Posten, den Schacht- und Grubenbau, nur die Werte der Schacht- und Grubenbau bei dem Salzbergwerk in Wienenburg und den westfälischen Steinkohlenbergwerken in Anlag gebracht worden. Das Salzbergwerk in Wienenburg ist das frühere Kalibergwerk Herosnia, dessen Gerechtfame gleichfalls in der Bilanz erscheinen, doch fehlen die übrigen Kalifelder ebenso wie die Kosten ihrer Schachtanlagen und Grubenbau. Was nun den Reingewinn anbelangt, der in der Bilanz für das Staatjahr 1909 ausgewiesen wird, so beläuft er sich auf 29 Millionen Mark. Hierunter ist der Reingewinn nach Abzug der Abschreibungen zu verstehen, wie er bei den privaten Gesellschaften zur Ausschüttung einer Dividende oder Ausbeute Verwendung findet sowie etwa zu besonderen Reserverstellungen. Er würde dem preussischen Staat einer Verzinsung des Anlagekapitals, wie es in der Bilanz ausgewiesen wird, von 8 Proz. entsprechen. Im einzelnen berechnet die Regierung den Gewinn und Verlust folgendermaßen nach gleichfalls kaufmännischen Grundsätzen:

Klasse	Mil. M.	Klasse	Mil. M.
Betriebskosten	267,55	Betriebsentnahmen	271,67
Abschreibungen	...	Vermögensvermehrung	20,16
Vermögensübersch. von ander. Staatslasten	12,15	Vermögensablieferung an and. Staatslasten	1
Reingewinn	29,14		
	301,14		301,14

Das Fehlen der Abschreibungen wird dadurch erklärt, daß diese schon vorher von dem Vermögensüberschuß abgezogen worden sind.

Kartellprokte. Nach Abschluß des Spirituskartells sind die Aktien der Großbrennerei in Jungbuslau (Wörm) binnen acht Tagen an der Börse von 330 auf 400, also um 40 Proz. gestiegen. Das jetzt glückselig zusammengebrachte Juckerartell hat den Peterzuckerpreis um 7 Kronen hinaufgeschraubt. Das Juckerartell gehört aber dafür auch zu den heiligen Versäumnissen des — Deutschen. Den Deutschnachbarn hat es ja nur genügt, daß ihre „Eidgenössische Rundschau“ von den Juckerbaronen besessen war, und der in Wandsdorf legitime gewählte und jetzt wieder kandidierende Dr. v. Langenhan ist Juckeraktionär. . .

Gewerkchaftliches.

Die Bäcker vor dem Einigungsamt.

Am Freitag warteten Parteien und Publikum im Verhandlungsaal des Einigungsamtes von 10 bis 12 Uhr auf die Verkündung des Schiedspruches. Inzwischen hielten die Meister noch eine Sonderbesprechung ab. Anscheinend war die Frage des Arbeitsnachweises, die schon viele Schwierigkeiten gemacht hatte, noch nicht zu ihrer Zufriedenheit erledigt. — Als der Vorsitzende, Magistratsrat Schulz, um 12 Uhr die Sitzung eröffnete, sagte er, das Einigungsamt habe einen Schiedspruch gefällt, der aber nicht einstimmig, sondern mit Stimmenmehrheit zustande gekommen sei. Der Vorsitzende verlas dann den Schiedspruch, den wir hier mit Weglassung einiger unwesentlichen Formalitäten wiedergeben.

1. Arbeitsnachweis, Arbeitsvermittlung.

Es wird zu Berlin innerhalb vier Wochen ein paritätischer Arbeitsnachweis errichtet und zwar weder in den Räumen Androssstraße 64, noch in den Räumen des Zentralarbeitsnachweises in der Gormannstraße. Derselbe führt den Namen „Zentralarbeitsnachweis für das Bäder- und Konditorgewerbe von Groß-Berlin“. Der Arbeitsnachweis untersteht einem Kuratorium, welches aus 8 Arbeitnehmern, 6 Arbeitgeberern und einem unparteiischen Vorsitzenden besteht. Dieser wird vom Kuratorium aus der Zahl der Gewerbetreibenden des Gewerbebezirks zu Berlin gewählt. Die Arbeitgebermitglieder des Kuratoriums werden durch die Vorsitzenden der beteiligten Innungen, die Arbeitnehmermitglieder durch die zurzeit bestehenden Gesellschafter in einem gemeinschaftlichen Wahlgange gewählt. (Eine dem Schiedspruch beigegebene Aufstellung verteilt die Stimmen der Arbeitnehmer nach Maßgabe der Zahl der in den einzelnen Innungen beschäftigten Gesellen.) Wählbar sind alle dem Bäder- und Konditorgewerbe angehörenden großjährigen Personen von Groß-Berlin. (Hierzu bemerkt der Vorsitzende, es sei die Meinung des Einigungsamtes, daß auch solche Personen wählbar sind, die nicht mehr im Gewerbe arbeiten, also auch Gewerkschaftsangehörige.) Die Arbeitsvermittlung erfolgt durch Brandenfunktionäre, welche von jeder Partei zu gleichen Teilen zu stellen sind. — Ueber Streitigkeiten, die im Kuratorium nicht erledigt werden können, entscheidet endgültig das Einigungsamt des Berliner Gewerbebezirks, falls es von einer Seite angerufen wird. — Die Kosten des Arbeitsnachweises werden von beiden Parteien je zur Hälfte getragen, doch bezahlt jede Partei ihren Vermittler selbst. — Als Vermittlungsgebühr werden von jedem Arbeitssuchenden 20 Pf. erhoben, ebensoviel haben die Innungen zuzuführen. — Umschauen und Inspektion ist verboten. Von keiner Seite dürfen andere Nachweise errichtet, benutzt oder unterstützt werden. Der Arbeitsnachweis muß vollkommen neutral geleitet werden.

2. Kost- und Logiswesen.

Die Gewährung von Kost und Logis ist außer bei Lehrlingen, selbst mit Einwilligung des Arbeitnehmers unzulässig, es sei denn, daß Ausnahmefälle vorliegen und die Schlichtungskommission ihre Einwilligung gibt.

3. Ruhetag.

Es ist jedem bei Herstellung von Backwaren beschäftigten Arbeitnehmer eine ununterbrochene 30stündige Ruhepause zu bewilligen und zwar: jede Woche bei Betrieben mit 5 und mehr Gesellen bzw. Arbeitnehmern; alle zwei Wochen bei Betrieben mit 3 bis 4 Gesellen bzw. Arbeitnehmern; alle vier Wochen bei Betrieben mit 1 bis 2 Gesellen bzw. Arbeitnehmern bis zum 31. März 1913 einschließlich, von da ab für diese Betriebe alle drei Wochen. — Wo größere oder häufigere Ruhepausen in den Betrieben bestanden haben, dürfen dieselben nicht herabgesetzt werden.

4. Löhne.

Der Mindestlohn für Bäder beträgt beim Inkrafttreten dieses Tarifs 26,50 M. pro Woche, vom 1. April 1912 ab 28 M., vom 1. April 1913 ab 26,50 M. pro Woche. — Arbeiter in verantwortlicher Stellung erhalten entsprechend höheren Lohn, ebenso Konditoren, die einzeln selbständig oder zeitweise beschäftigt werden. — Auswärtigen erhalten pro Tag 5 M., in verantwortlicher Stellung entsprechend mehr. Ueberstunden der Bäder werden mit 65 Pf. bezahlt. — Tagesweise beschäftigte Konditoren erhalten pro Tag 6 M., Sonnabend oder Sonntag 7 M., halbe Tage werden mit 4 M., am Sonnabend oder Sonntag mit 5 M., Ueberstunden mit je 1 M. bezahlt.

5. Arbeitszeit.

Die Arbeitszeit beträgt in Betrieben mit 1 und 2 Gesellen 12 Stunden, in Betrieben mit 3 bis 8 Gesellen 11 Stunden, in Betrieben mit mehr als 8 Gesellen 10 Stunden. Die Arbeitszeit gilt in allen Fällen mit Einschluß einer einständigen Ruhepause. Wo diese Pause aus technischen oder anderen Gründen nicht eingehalten werden kann, ist die Arbeitszeit entsprechend zu verkürzen.

6. Lehrlingsflaß.

In Betrieben ohne Gesellen darf nur ein Lehrling, in Betrieben mit einem Gesellen dürfen bis zwei Lehrlinge, in Betrieben mit zwei und mehr Gesellen bis drei Lehrlinge beschäftigt werden. Mehr wie drei Lehrlinge darf kein Arbeitgeber halten.

7. Sanitäre Bestimmungen.

Die sanitären Bestimmungen der polizeilichen Verordnungen über das Bädergewerbe sind von beiden Seiten streng innezuhalten. Wasch- und Umkleieräume sowie Bedürfnisanstalten sind, wie es § 120b der Gewerbeordnung vorschreibt, einzurichten. Beide Parteien haben in dieser Hinsicht streng auf ihre Mitglieder einzuwirken.

8. Durchführung des Tarifs.

Es ist eine aus 7 Arbeitgebern und Arbeitnehmern und einem Gewerberichter als Vorsitzenden bestehende Schlichtungskommission einzusetzen. Die Beauftragten der Kommission haben zum Zweck der Kontrolle und Ueberwachung des Tarifs jederzeit freien Zutritt zu den Bäderebetrieben. — Gegen die Entscheidungen der Schlichtungskommission kann jede Vertragspartei die endgültige Entscheidung des Einigungsamtes anrufen.

9. Schlußbestimmungen.

Alle auch nur teilweise bei der Herstellung von Backwaren beschäftigten Gesellen und Arbeitnehmer sollen unter diesen Tarif. Derselbe tritt mit dem Tage seiner Annahme durch die Parteien in Kraft und gilt bis 1. Mai 1914. Schon bestehende, über diesen Tarif hinausgehende günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen dürfen nicht verschlechtert werden.

Nach Verlesung des Schiedspruches bemerkte der Vorsitzende, daß die Parteien bis 19. Mai dem Einigungsamt zu erklären haben, ob sie den Schiedspruch annehmen.

Die Lohnkommission der Bäder und Konditoren hat zum Dienstag, den 16. d. M., zwei Versammlungen (eine für die Nacht- und eine für die Tagarbeiter) einberufen, welche über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches zu entscheiden haben.

Berlin und Umgegend.

Küstung, Metallarbeiter! Bei der Firma Collaß, Kesselstraße 9, stehen unsere Kollegen wegen sorgfältiger Differenzen im Streit. Sie mühen auszuhalten, während Neuvermietungen erfolgen. Herr Collaß erklärte, falls die Neuvermietungen sich nicht einordnen, könnten die Ausgehenden weiterarbeiten. Bei Verhandlungen versprach der Firmeninhaber Regelung, brach sein Versprechen aber schon am nächsten Tage. Es werden jetzt die größten Anstrengungen gemacht, um Arbeitswillige zu bekommen, aber immer vergebens. Bei dem horrenden Lohn von 50 Pf. für gekletterte Arbeiter wollen auch Arbeitswillige ihr Handwerk nicht aus-

üben. Wiederholt werden jetzt Streikende von Herrn Collaß schriftlich ersucht, doch wieder anzufangen, mit dem ausdrücklichen Hinweis, die Organisation habe nichts dagegen. Demgegenüber machen wir alle Kollegen darauf aufmerksam, daß der Streit weiter besteht. — Die Firma Collaß ist für Metallarbeiter gesperrt. — Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Der Streit im Vauklempergewerbe Berlins.

Die streikenden Vauklemper hatten sich gestern vormittag im großen Saale des Gewerkschaftshauses versammelt. Der Saal reichte knapp aus, allen Platz zu bieten. Aus dem Bericht, den der Verbandsvorstand Dietrich über die Lage des Kampfes gab, ging hervor, daß die Arbeitsniederlegung mit einer Einmütigkeit durchgeführt ist, die kaum etwas zu wünschen übrig läßt. Soweit bis jetzt festgestellt ist, erstreckt sich der Streit auf 202 Firmen mit über 1000 Vauklempern. Er dehnt sich jedoch Tag für Tag noch weiter aus, wo irgendwo noch bei einer Firma gearbeitet wird, die für die Lohnbewegung in Betracht kommt. Die Arbeit ist auch bei solchen Firmen niedergelegt, die noch im Tarifverhältnis standen, aber den Tarifvertrag gebrochen haben. Eine dieser Firmen droht in einem eingeschriebenen Brief mit einer Schadenersatzklage, obwohl ihr sowohl wie den anderen in derselben Lage befindlichen Firmen unüberleglich nachzuweisen ist, daß sie Tarifbruch begangen hat. — Die christlich wie die Hirsch-Dumreicher organisierten Vauklemper haben die Arbeit ebenfalls niedergelegt und es ist wohl zu erwarten, daß sie den Kampf mit dem Metallarbeiterverband organisierten großen Masse der Vauklemper auch einmütig durchführen werden. Verschiedene Firmen suchen jetzt auf die eine oder andere Art die Streikenden wieder in den Betrieb hineinzuladen. J. B. hat Herr Schöllhorn, der Obermeister der Charlottenburger Zwangsinnung, seinen Arbeitern gegenüber erklärt, daß diese Innung mit der Berliner Innung nichts zu tun habe, weshalb sie ruhig weiterarbeiten könnten. Der Name desselben Obermeisters steht jedoch neben dem des Berliner Obermeisters Ruck und des Arbeitgeberverbandsvorsitzenden Thom unter einem gedruckten Zirkular, durch das die Arbeitgeber des Vauklempergewerbes auf gestern abend nach dem Architektensaal zu einer Beratung über den Streit eingeladen wurden. Im übrigen werden in diesem Zirkular, das der Referent verlas, die Arbeitgeber aufgefordert, die „unbilligen Forderungen einmütig abzulehnen“. Die Arbeitgeber können jedoch versichert sein, daß die Streikenden mit mindestens derselben Einmütigkeit an ihren Forderungen festhalten und sich nicht mit dem abfinden lassen, was man auf dem Einigungsamt für gut befinden hat, ihnen zu bieten. Wenn es außerdem in jenem Zirkular heißt, daß die Arbeitnehmer „ohne irgend eine Berechtigung“ in den Streit getreten sind, und daß „wir unsere Seite (die Arbeitgeber) alles getan haben, um den Frieden zu wahren“, so weiß ja jeder, der die Entwicklung des Kampfes verfolgt hat, was von diesen Versicherungen zu halten ist. Was die Unternehmer geboten haben, entspricht nicht den Verhältnissen und reicht nicht aus für ein Gewerbe, das, wie das der Vauklemper, eben auch zu einem Saisongewerbe geworden ist, indem es selbst bei guter Konjunktur für einen großen Teil des Jahres an Arbeit mangelt. — Für die übrige Bauarbeiterschaft gilt es als selbstverständlich, daß sie von der Tatsache des Vauklemperstreiks Notiz nimmt und dementsprechend handelt.

Tarifbewegung der Täscher, Portefeuille- und Reiseartikel-Sattler.

Die bisherigen Verhandlungen haben, wie Schulze in einer überfüllten Versammlung berichten konnte, zu einem positiven Ergebnis nicht geführt. Neben zeigte an der Hand eines Antwortscheibens der Fabrikanten, in dem diese ihre Bedingungen formuliert hatten, daß jede weitere Verhandlung zwecklos geworden war und daraufhin die Schlichtungskommission in Anspruch genommen werden mußte. Hier jedoch erklärte die Herren Arbeitgeber, daß sie nach gebührender Paragrafhandeln mühten und alle weiteren Verhandlungen in die Hände des Arbeitgeber-Verbandes (Sitz Frankfurt a. M.) legten. Der Zweck dieser Taktik war offenbar der, die streikenden Verhandlungen zum Scheitern zu bringen und Tarifbewegung auf zentraler Basis zu erzwingen. Es besteht jedoch noch immer die Aussicht, daß in nächster Zeit eine Verständigung zwischen beiden Parteien stattfinden wird. Sollte auch dann eine Verständigung nicht eintreten, so ist der Kampf sicher. Die Versammlung schloß dem auch einmütig den Beschluß, von heute an ohne Zustimmung der Ortsverwaltung keine Ueberstunden mehr zu leisten. Eine entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die Tarifbewegung in der Album-, Mappen- und Galanteriewaren-Industrie

beschäftigte am Donnerstag eine Versammlung dieser Branche des Buchbinderverbandes, die den großen Saal von Braumann in der Raungrstraße füllte. Brauß berichtete über die gemeinsame Sitzung mit den Arbeitgebern, zu der sich diese erst am 5. Mai bereitgefunden hatten, obwohl ihnen die neue Tarifvorlage schon am 24. März zugeestellt worden war. Zu Verhandlungen, die diese Bezeichnung verdient hätten, kam es in der Sitzung eigentlich nicht. Es war vielmehr, wie aus den Ausführungen des Referenten hervorging, eine Art Komödientenspiel auf Seiten der Arbeitgebervertreter. Das einzige Zugeständnis, zu dem sie sich bereit erklärten, war eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 53 Stunden statt auf 51, wie sie von den Arbeitnehmern gefordert wird. Ein Entgegenkommen kann das ja kaum genannt werden, da eine solche Verkürzung bei der täglich neunstündigen Arbeitszeit schon durch die Robelle zur Gewerbeordnung herbeigeführt wird. Alle anderen Forderungen, namentlich auch die Einführung des Wochenlohnsystems, wie überhaupt jede Erhöhung der Löhne, lehnten sie rundweg ab und erklärten, daß sie von ihrer Organisation keine Vollmacht hätten, Zugeständnisse zu machen. Sie waren eben mit gebundenem Mandat gekommen, und in der Hauptsache beschränkten sie sich darauf, die Tarifvorlage der Arbeitnehmer zu verlesen. Dessen wurden die Arbeitnehmervertreter schließlich überdrüssig und sie erlaubten deshalb die Herren, doch erst noch einmal eine Sitzung mit ihren Mandatgebern abzuhalten und bis Donnerstag, den 9. Mai, mitzuteilen, was dabei herausgekommen ist. Die Sitzung wurde dann abgebrochen. Eine Antwort der Arbeitgeber war bis zur Stunde nicht eingetroffen. Die Arbeitgeber haben offenbar die Absicht, die Verhandlungen nur zentral durch das Tarifamt in Offenbach zu führen und obendrein mit den Tarifverhandlungen der Portefeuille- und Reiseartikelbranche so zu verquiden, so daß für die Album-, Mappen- und Galanteriewarenindustrie nichts dabei herauskommt. Der Redner ließ keinen Zweifel darüber, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen der Branche sich mit solcher Behandlung ihrer Tarifangelegenheit nicht zufrieden geben werden, und daß man nach dem ganzen Verhalten der Arbeitgeber damit rechnen muß, daß es zu einem harten Kampf kommen wird. Wenn die Arbeitgeber die Kündigungsfreiheit nutzlos verstreichen lassen, sind sie für die Folgen verantwortlich. — In der gegen Diktation, die dem Bericht folgte, zeigte es sich deutlich, daß die Arbeiterschaft der Branche auf alle etwa notwendig werdenden Maßnahmen gerüstet ist und keineswegs auf ihre Forderungen verzichtet wird. Um die sich häufenden Agitations- und Organisationsarbeiten in der Branche besser bewältigen zu können, wurde die Branchenkommission um zwei Mitglieder verstärkt.

Den Bauhandwerkern zur Nachricht, daß der Streit in der Zolousfabrik von Heinrich Reese, Nieder-Schönhausen, Plankenburger Straße 34, unbeeinträchtigt fortbesteht. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten, speziell die von Breslau und Hamburg. — Die Branchenkommission.

Deutsches Reich.

Metallarbeiter! Bei der Firma Minimor, Consolidated Limited in Neuruppin (jetzt Industriewerke Neuruppin) sind Differenzen ausgebrochen. Die Arbeiter der Abteilung für Eismaschinen für Hausbedarf, Apotheken und Kranenbauer haben der Direktion

ein Gesuch unterbreitet, daß die Löhne reguliert werden möchten und für die Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit ein Zuschlag bezahlt werden soll. Am Vormittag wurde das Gesuch überreicht, am Nachmittag wurden sämtliche 24 Arbeiter entlassen. Das Bureau der Firma ist in Berlin, Dinkstraße 7 (auch Potsdamer Straße). Zugang von Schlossern, Drehmern, Klempnern und Kupferfächern ist fernzuhalten. — Deutscher Metallarbeiter-Verband, Bezirksleitung.

Vom Waidenburger Straßenbahner- und Elektrizitätsarbeiter-Streit.

Die Situation für die Streikenden wird immer günstiger von Tag zu Tag. Die Zahl der Streikenden stieg von 154 auf 210. Für die Gruben, die aus dem Waidenburger Elektrizitätswerk ihre elektrische Kraft beziehen, wird der Zustand nachgerade zu einer Katastrophe, da die Pumpen zum Wasserziehen zum Teil stillstehen müssen. Ebenso fehlt den Grubenventilatoren ausreichender Strom. Die Kommune Waidenburg hat die Beleuchtung der Straßen und Plätze auf die Hälfte reduziert. In vielen Geschäften muß ebenfalls die Beleuchtung auf das notwendige beschränkt werden. Die von den Gruben und Industriewerken geborgten Streikbrecher wechseln jeden Tag und ziehen es vor, sich den Streikenden anzuschließen. Einige Betriebe, die Streikbrecher lieferten, zogen diese schleunigst zurück, weil sie einen Solidaritätsstreik ihrer eigenen Arbeiter befürchteten. Angeborene Vermittlungen schlug die Direktion aus, die Arbeiter waren dazu bereit. Der Betrieb im Elektrizitätswerk wird nur ganz notdürftig aufrechterhalten.

Von den Straßenbahnen hat seit Ausbruch des Streiks noch kein einziger Wagen das Depot verlassen. Auch selbst wenn dies der Fall wäre, würden diese nicht benutzt werden, weil die ganze Bevölkerung mit verschwindenden Ausnahmen mit den Ausländern sympathisiert, was auch aus den Versicherungen der gesamten bürgerlichen Presse hervorgeht, die die Direktion auffordern, den Wünschen der Streikenden entgegenzukommen. Die Haltung der Streikenden und die Ruhe, die sie angesichts der protobolischen Herausforderung der Direktion bewahren, ist geradezu musterhaft. Bis jetzt ist noch nicht das geringste vorgekommen. Am Mittwoch und Donnerstag wurden 25 000 Flugblätter im Kreise verbreitet. Am Sonntag wird die Arbeiterschaft von Waidenburg und Umgebung in 8-10 Volkversammlungen zum Ausdruck Stellung nehmen. Die Funktionäre haben bereits den Boykott beschlossen, falls die Direktion versuchen würde, den Betrieb der Kleinern Bahn aufzunehmen. Wenn also die Direktion auf ihrer Hartnäckigkeit beharrt, kann sich der Streit noch lange hinziehen, zumal Arbeiter die hauptsächlichste Einnahmequelle der Elektrischen bilden. Schon jetzt beträgt der Einnahmeausfall bei der Elektrischen 25 000 M.

Das Ende des Straßenbahnerstreiks in Bremen.

Bremen, 12. Mai. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Streit wurde heute auf Anraten des Zentralvorstandes des Transportarbeiterverbandes abgebrochen und die Arbeit bedingungslos aufgenommen.

Ausland.

Bauarbeiterstreik in Zürich.

Zürich, 12. Mai. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Am gestrigen Tage traten 5000 Bauarbeiter in den Ausstand. Zugang nach der Schweiz ist fernzuhalten.

Verammlungen.

Zentralverband der Schmiede. Der am Donnerstag abgehaltene Generalversammlung lag ein Antrag der Verwaltung vor, den Lokalbeitrag ab 1. Juli von 5 auf 10 Pf. zu erhöhen. Nach langer Debatte wurde der Antrag mit 197 gegen 161 Stimmen angenommen. — Hierauf erstattete der Kassierer Hentschel die Abrechnung vom ersten Quartal. Die Lokalkasse hatte mit einem Bestande von 36 598,13 M. eine Einnahme von 42 922,40 M. Die Ausgaben betragen 10 947,37 M. Bleibt ein Bestand von 31 948,13 M. Für Unterführungen wurden 10 914,63 M. ausgegeben. Die Mitgliederzahl betrug am Ende des Quartals 2500. — Als Mitglied des Gewerbestandes wurden Hentschel und Schilinski gewählt. — Die Ersatzwahl für einen ausgeschiedenen Revisor fiel auf Fröhe.

Eine Bautenkontrolle der Puher. In einer Puherversammlung, die am Donnerstagsabend bei Dräsel in der Neuen Friedr.straße stattfand, erstattete der Sektionsleiter Reumann Bericht über eine am 27. April vorgenommene Bautenkontrolle. Es zeigte sich, daß die noch Offern eingeleitete Bewegung zur Erhöhung des Abschlagslohnes befriedigend verlaufen ist. Die Situation ist gegenwärtig günstig für die Puher, es ist reiche Arbeitsgelegenheit vorhanden, und es muß, wie Reumann ausführte, die Aufgabe der Puher sein, höhere Marktpreise zu erzielen. Sehr eindrucklich legte er dar, wie eine gute Organisation der Puher allein in der Lage ist, eine Lohnbewegung zu führen und augenblicklich errungenen Erfolge zu bewahren zu gestalten. Ueber die Resultate der Bautenkontrolle gab er der Versammlung folgende Zusammenstellung: 245 Bauten, auf denen Puher beschäftigt waren, wurden bei der Kontrolle gezählt. Von 2584 beschäftigten Puhern arbeiteten innen 1315 und außen 1269. Den geforderten Abschlagslohn von 9 M. pro Tag erhielten 2514 Puher, von denen 1268 innen und 1246 außen arbeiteten. 8 M. erhielten 70 Puher, davon auf 6 Bauten 23 Außen- und auf 9 Bauten 47 Innenpuher. Die Abschlagspreise waren auf 48 Bauten erhöht worden. Auf 8 Bauten legte der Unternehmer 1 M. für den Träger und auf 2 Bauten 50 Pf. für den Träger pro Tag zu. 633 Puherträger wurden gezählt, davon bei Außenpuhern 256 und bei Innenpuhern 427. Den Abschlagslohn von 9 M. erhielten 644 Puherträger, einer erzielte 9,50 M., 33 bekamen 8 M. pro Tag, davon arbeiteten 16 außen und 22 innen.

In der Diskussion wurde über den Mangel an Solidaritätsgefühl wie auch an Energie bei der Erhebung von Forderungen geklagt. Auf die Notwendigkeit, die achtstündige Arbeitszeit einzuführen, wurde hingewiesen; auch empfahlen einige Redner, daß die Puher für die Organisation der Puherträger nach Kräften eintreten. Die Organisation der Puher selbst läßt aber noch viel zu wünschen übrig, wie mehrfach hervorgehoben wurde, und eine straffe Organisation ist gerade gegenwärtig von der größten Wichtigkeit. Hinter den Forderungen der Puher muß die Organisation stehen, sonst nützt die gute Konjunktur nicht viel, und gehen gewonnene Vorteile leicht wieder verloren. An alle unorganisierten Puher ergeht die Mahnung, sich unverzüglich dem Deutschen Bauarbeiterverbande anzuschließen.

Letzte Nachrichten.

Schiffszusammenstoß.

London, 12. Mai. Wie „Hobbs“ aus Dover meldet, ist der Dampfer „Westmoreland“, von Hamburg nach Liverpool bestimmt, heute früh auf der Höhe von Southgoodwin im Nebel mit dem spanischen Dampfer „Wago“ zusammengestoßen. Die „Wago“ ist gesunken. Der Kapitän und vier Matrosen werden vermisst. Die übrigen 17 Mann der Besatzung befinden sich an Bord der „Westmoreland“, die schwer beschädigt in Dover eingetroffen ist.

Die Anarchie in Mexiko.

Mexiko, 12. Mai. (W. T. G.) Flüchtlinge berichten, in Mazatlan herrsche Wasser- und Hungersnot sowie Seuchengefahr. Deswegen an das Kriegsdepartement melden, daß Hunderte von Aufständischen Torreon bedrohen. In der Nähe dieser Stadt wurde der Deutsche Katerfeld bei der Verteidigung seiner Farm erschossen. — Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

178. Sitzung, Freitag, den 12. Mai, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Debraud.

Die zweite Beratung der

Reichsversicherungsordnung

wird bei den Bestimmungen über die

Zusammenfassung der Kassenorgane

bei Orts- und Landkrankenassen (§§ 330-350) fortgesetzt.

Abg. Dr. Heine (natl.): Die Sozialdemokratie hat auf ihrem Parteitag 1892 offen ausgesprochen, daß die Krankenassen ihren parteipolitischen Bestrebungen dienstbar gemacht werden müssen. (Stürmische Unterbrechungen bei den Sozialdemokraten. Abg. Geher (Soz.): Das ist eine niedrige Verdrehung.)

Präs. Graf Schwerin ruft den Abg. Geher zur Ordnung.

Abg. Dr. Heine (fortfahrend): Mit Konsequenz haben die Sozialdemokraten auch dieses Ziel verfolgt. Beamte sind angestellt nicht wegen ihrer Fähigkeit, sondern weil sie Sozialdemokraten waren, ihre Tätigkeit lag auch vielfach nicht auf dem Gebiete der Krankenassen, sondern auf dem der sozialdemokratischen Agitation. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Einzelfälle führe ich nicht an, sie sind schwer in allen Einzelheiten festzustellen, und dann wird auch der Tatbestand stets von den Sozialdemokraten verdunkelt. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Aber daß Sozialdemokraten lediglich wegen ihrer Parteizugehörigkeit angestellt wurden, hat der sozialdemokratische Verband der Bureauangestellten selbst zugegeben. In dem Prozeß der Leipziger Ortskrankenasse gegen Dr. Krauthoff ist dieser wegen einiger Behauptungen zwar verurteilt, wegen anderer aber freigesprochen worden, darunter waren die Behauptungen, daß bei der Anstellung von Beamten die politische Bestimmung eine Rolle gespielt und daß die Verwaltung der Verwaltung mit Parteipolitik zu ersten Mißständen geführt hat. (Hört! hört! bei der Mehrheit.)

In der zweiten Instanz wurden diese Behauptungen aufrecht erhalten und auf dieser Grundlage ein Vergleich geschlossen; der Kläger befriedigt sich damit. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Weil er kein Vertrauen zu den Richtern hatte.)

Noch einige Worte über die schon viel genannten Verträge. Nach ihnen kann ein Krankenkasse, der Kassenbeiträge verliert, nicht entlassen werden; ein Mann, der die Kasse betrügt, und deswegen zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt wird, muß während dieser Zeit sein Gehalt bekommen und wenn er aus dem Gefängnis kommt, wieder in alle seine Rechte eingesetzt werden. (Hört! hört! bei der Mehrheit.)

Praktisch werden solche Konsequenzen nicht, weil sie gegen die guten Sitten verstoßen. Entstanden aber sind diese Verträge aus parteipolitischen Tendenzen; wir können aber die Kassen, die einem Staatsinteresse dienen, nicht der Sozialdemokratie ausliefern. Deshalb muß die Gesetzgebung geändert werden, und wir stimmen den Kommissionsbeschlüssen zu, durch die verhindert wird, daß die Arbeitgeber durch die Arbeitnehmer oder umgekehrt verungünstigt werden. Wir wollen sozialdemokratische Beamte aus den Kassen nicht ausschließen, sondern wir wollen verhindern, daß die Kassen den Sozialdemokraten ausgeliefert werden. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Daß das Selbstverwaltungsrecht der Kassen durch unsere Beschlüsse getrimmert wird, ist eine maßlose Übertreibung; es wird etwas beschränkt, aber in der Hauptsache, in den Leistungen der Kasse, in der Fürsorge für die Versicherten, bleibt der Einfluß der Arbeitnehmer ungeschwächt. Deshalb werden die Kassen in der Zukunft für die Kranken in Zukunft ebenso gut funktionieren wie bisher oder noch besser. (Zustimmung bei der Mehrheit.)

Dem durch unsere Regelung werden weite Kreise der Arbeiterschaft wieder Vertrauen zu ihnen gewinnen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Behrens (wirtsch. Vg.): Die Halbierung der Beiträge und des Stimmrechts hat in allen Kreisen der Arbeiterschaft Widerstand erfahren. Der Weg, den die Kommission gefunden hat, die Verbehalten der Drittelung des Stimmrechts und damit des Einflusses der Arbeiter auf die Leistungen der Kasse, ist sehr glücklich. Wie schlecht in dieser Beziehung die Dämpfung wirken würde, zeigt das Beispiel der Knappschaftskassen. Andererseits müßte ein Weg gefunden werden, um die Majorisierung der Arbeitgeber und die Politisierung der Verwaltung der Kassen zu beschränken. Darum empfahl es sich, die Wahl des Vorsitzenden von einer Mehrheit sowohl der Arbeiter wie der Arbeitgeber abhängig zu machen. (Sehr wahr! bei der Mehrheit.)

Uebrigens, was haben denn die Kassenbeamten zu fürchten, wenn im allgemeinen jene Harmonie zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herrscht, von der uns Herr Eichhorn vorgeschwärmt hat? Solche Verträge, wie sie zwischen Zentralverband der Krankenassen und dem Verband der Bureauangestellten abgeschlossen sind, müssen beseitigt und verhindert werden. Aus allen diesen Gründen stimmen wir den Kommissionsvorschlügen vollinhaltlich zu. (Bravo! bei der Mehrheit.)

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.):

Es galt bisher als feststehender Grundsatz in der sozialen Versicherung, daß die Teilnahme an der Verwaltung sich nach den Beiträgen regelt, und in der Unfallversicherung, wo es sich um die Berufsgenossenschaften, also um die Unternehmer handelt, hält auch diese Vorlage durchaus an diesem Grundsatz fest. Nur bei den Krankenassen, gegenüber den Arbeitern, soll dieser Grundsatz nicht gelten. Die Regierungsvorlage wollte wenigstens auch die Beiträge halbieren; aber die Kommission hat es nicht einmal für nötig befunden, den Schein der Gerechtigkeit zu wahren. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die Berufsgenossenschaften haben sich energisch gegen jeden Eingriff in ihre Selbstverwaltung gewehrt und ihnen ist man dem auch nicht zu nahe getreten. (Abg. Hue: Das sind eben Unternehmer! Lebhaftes sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Aber den Arbeitern soll nicht billig sein, was den Unternehmern recht ist. Die Selbstverwaltung der Arbeiter in den Kassen soll beseitigt werden. Was da von Mißbräuchen gesprochen wird (Abg. Hue: Ohne jeden Beweis!) ist weiter nichts als Wortwand. Es handelt sich darum — und die „Arbeitszeitung“ hat es offen zugegeben und bisweilen war man auch in der Kommission so ehrlich, das Eingeständnis zu machen —

die Kassenbeamten unter das Beamten-Disziplinarrecht herabzudrücken.

Und was dies Disziplinarrecht bedeutet, das wissen doch auch die Liberalen; und wenn sie es nicht gewußt hätten, dann hätte es ihnen der Fall Schädling zeigen müssen. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Graf Westarp hat ja auch gestern den wahren Zweck der Regelung verraten. Er sprach nach der

Wiederkehr der Zeiten des Kräfteflusses.

Wenn er damit sagen will, daß in Preußen nicht mehr geprügelt wird, so sollte er als früherer Polizeipräsident wissen, daß wahrhaftig noch genug geprügelt wird, offen und geheim, auf den Wachtstufen der Polizei und in großem Maßstabe in Moabit. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Der Kräfteflusses des alten Preußen mochte noch erträglich sein; er wurde geschwungen im achtzehnten Jahrhundert und von einem intelligenten Fürsten; aber ganz unerträglich ist der Polizeiknäuel im zwanzigsten Jahrhundert in den Händen reaktionärer Junker. (Lebhaftes sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Graf Westarp sprach weiter von der Reinlichkeit des öffentlichen Lebens. Das nimmt sich sehr gut aus in dem Munde eines

Rannes, der einer Partei angehört, die ihre Agitationskosten von den Kaltschmiegeldern bestreitet, einer Partei, von der nicht ein einziger hier sitzen würde, wenn nicht der ganze Verwaltungsapparat des preussischen Staates ihr zur Verfügung stünde (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten), einer Partei, deren Angehörige Millionen Gewinne aus den Schutzgütern ziehen, die aber die Landarbeiter mit 25 Pfennig Krankengeld abspießen will! (Stürmisches sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ueber die Krankenassen wird geiztet; ihre Anstellungsverträge werden als zynisch, frivol, verbrecherisch bezeichnet. Aber wie steht es mit den Berufsgenossenschaften? Ist es der Regierung und der Mehrheit bekannt, daß die Berufsgenossenschaften in ihren Verträgen ihren Beamten verbieten, sich zu organisieren, auch bündig lokalen, ländlichen Verbänden beizutreten? (Stürmisches Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ist es der Regierung und der Mehrheit bekannt, daß

Gehälter bis zu 30 000 M.

an die hohen Beamten der Berufsgenossenschaften gezahlt werden? (Stürmisches Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Was für ein Gehalt würde erhoben werden, wenn Krankenassen auch nur halbwegs annähernd solche Gehälter zahlen würden! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ist es bekannt, daß aus den Geldern der Berufsgenossenschaften Blätter ausgehalten werden, deren Lebenszweck in der Begeisterung der Arbeiter und der Arbeiterbewegung besteht? Ist das bekannt? Und wenn es bekannt ist, warum erhebt sich dann keine Stimme gegen diese Verwendung der öffentlich-rechtlichen Gelder zu Parteizwecken? (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Man wird sich hüten! Zweierlei Recht!) Und warum beschäftigt man sich nicht mit den im hohen Gehältern, die angeblich unbesoldete Ehrenbeamte der Berufsgenossenschaften als angebliche Entschädigung beziehen? Als Entschädigung wohl weniger für ihre Tätigkeit im Dienste der Unfallversicherung, als für ihre agitatorische Tätigkeit im Dienste der reaktionären und scharfmacherischen Parteien. (Lebhaftes sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Und warum bestimmet man sich nicht darum, daß die Innungsklassen zu Maßregelungs-Bureauaus mißbraucht werden?

Die Selbstverwaltung, darauf läuft es immer wieder hinaus, die Selbstverwaltung wohlverstanden nur der Arbeiter, ist dem Scharfmachertum ein Greuel. Und nicht bloß aus den bisher angeführten Gründen. Es handelt sich nicht bloß um das gegen die Sozialdemokratie. Stimmen sind laut geworden, die danach rufen, die Krankenassen der Dmarkenpolitik dienstbar zu machen. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich mache besonders das Zentrum darauf aufmerksam, daß also die Bestimmungen, die das Zentrum in das Gesetz bringt, auch zu fatalistischen Zwecken dienen sollen.

Und nicht zum wenigsten handelt es sich um die

Unternehmerangst vor Mehrleistungen.

Man spricht wohl davon, daß es sich ja nur um das Anstellungsrecht, nicht um die Leistungen handle, daß diese ja auch in Zukunft von den Arbeitermajoritäten bestimmt werden würden. Dabei vergißt man, daß die Erhöhung der Beiträge über 4 1/2 Proz. hinaus unfähig an die Zustimmung der Arbeitgeberorganisation gebunden sein sollen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Also mit diesem Trost soll man uns nicht kommen.

Zahlreich sind, wie schon mehrfach hervorgehoben worden ist, die Stimmen aus den Unternehmerkreisen, die sich gegen die Er-drosselung der Selbstverwaltung der Krankenassen erklären.

Kun aber die Stellung der Arbeiter. Ich muß mich namentlich näher mit der Stellung der christlichen Arbeiter beschäftigen.

Höchst interessant war die Rede des Kollegen Weder. Noch bei der ersten Lesung der Kommission war das Zentrum gegen jede Beeinträchtigung der Ortskrankenassen, war das Zentrum dafür, die Landkrankenassen ebenso zu stellen wie die Ortskrankenassen. Man fragt sich: woher stammt dieser eigenartige Umfall? Die Beantwortung dieser Frage ist nicht schwer. Der Einfluß des

agrarischen Flügels des Zentrums

hat diesen Umfall herbeigeführt, und ich bedauere, daß die Vertreter der christlichen Gewerkschaften diesem Umsturz der Verhältnisse ohne Widerstand gefolgt sind. Ich möchte Sie an ein anderes Mitglied der Partei erinnern, das sich nicht ohne Widerstand dem extrem-agrarischen Flügel beugt, an den Dr. Hein; wenn Sie nur einen Funken von seiner Tapferkeit und Energie bewahren würden, so würden Sie nicht unter dem Einfluß des agrarischen Flügels herunterfallen. Denn Sie haben einen Einfluß und könnten ihn haben, die Zentrumspartei kann ohne die christlichen Arbeiter nicht zurecht kommen. Auf dem christlichen Gewerkschaftslongue ist mit Nachdruck der Meinung entgegengetreten worden, daß die Unternehmer sich über einen zu geringen Einfluß in den Krankenassen beklagen haben. Sie haben vielmehr einen weitgehenden Einfluß, wenn die Leistungen über das Statut hinaus festgesetzt werden sollen. Was aber haben die Unternehmer an der Versicherung für ein Interesse als bloß das finanzielle, wurde ausgeführt. Diese Worte unterschreibe ich Wort für Wort. Sie stimmen aus der praktischen Erfahrung. Und weiter wurde gesagt, es ist doch auch zu berücksichtigen, daß die Pläne der Regierung einen

Einbruch in das historische Recht der Versicherten

darstellen. Es ist doch ein Unterschied, ob eine Einrichtung neu geschaffen wird, oder ob ein langjähriges Recht jemandem entziffen und dem Gegner zuerkannt werden soll. Das klingt ganz anders, als die Worte des Herrn Weder, die wir hier gehört haben. Herr Imbusch führte auf dem Kongress aus: „Die Begründung zu der Vereinrichtung ist mehr wie faul; die sozialdemokratische Gefahr soll erhalten, um durchzudringen, was man mit guten Gründen nicht belegen kann.“ Hier verzeichnet das Protokoll „sehr richtig!“ Das ist bezeichnend für die Stimmung des Kongresses.

Herr Imbusch fährt fort: „Die Arbeitgeber treiben auch Mißbrauch mit sozialen Institutionen, genau so gut wie die Sozialdemokraten. Dann könnte die Gefahr der sozialdemokratischen Mißbräuche ja durch die Verhältniswahl beseitigt werden. Und dann ist auch die Gefahr, daß die Sozialdemokratie die Institution für ihre Zwecke ausnützt, lange nicht so groß, als wenn das von seiten der Arbeitgeber geschieht. Gegen die Mißwirtschaft der Sozialdemokratie läßt sich die öffentliche Meinung aufrufen, aber gegen die Arbeitgeber ist sie nicht so leicht zu beeinflussen. Wir ist es jedenfalls lieber, wenn sozialdemokratische Arbeiter eine Kasse verwalten, als wenn sozialkräftigste Arbeitgeber das tun.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Was ist denn nun in diesen zwei Jahren geschehen, um die Meinungsänderung der christlichen Gewerkschaftler hervorzubringen. Sind denn all diese Mißstände, von denen wir gehört haben, erst in den letzten zwei Jahren hervorgerufen? In der ganzen ausgedehnten Debatte ist nicht ein einziger wirklicher Fall eines sozialdemokratischen Mißbrauchs vorgebracht worden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wie selbst in bürgerlichen Kreisen von Gegnern der Sozialdemokratie hierüber gedacht wird, dafür will ich Ihnen das Urteil des Prof. v. Wiese aufzählen; er schreibt: „Wieder sind bei dieser Gelegenheit die Scharfmacher am Werke, die den Arbeitern die freibeiwillige Grundlage der Organisation ihrer Krankenassen rauben möchten, um auf diese Weise der Sozialdemokratie Abbruch zu tun — ein Regiment, das uns ebenfalls kurzfristig wie unrecht erscheint.“ (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich darf wohl auch daran erinnern, wie sonderbar sich die Stellung der Regierung gegenüber der Stellung der englischen Re-

gierung zu den Arbeitern ausnimmt. Die englische Regierung hat soeben dem Parlament einen Entwurf über eine Krankenversicherung unterbreitet, keine Stimme ist dagegen laut geworden, daß die gesamte Verwaltung der Krankenversicherung in die Hände der Arbeiter gelegt wird, zu den Kosten aber sollen nach einer oberflächlichen Schätzung die Arbeitgeber 9 Millionen, die Arbeiter 11 Millionen Pfund beitragen, wozu noch ein Staatszuschuß von 1,7 Millionen Pfund kommt, und alle diese Gelder werden den Arbeitern Englands anvertraut. Wie kleinlich nimmt sich dagegen Ihr Standpunkt aus und die Stellung der liberalen Parteien, die mit Begeisterung dem liberalen Regiment in England zuzubeln. Hier aber

im Schlepptau der Scharfmacher

segeln. Ich habe die Erklärung des Herrn Rang nur so verstanden, daß Sie der Vorlage zustimmen, und möchte die Herren von der Volkspartei auffordern, sich dies noch einmal zu überlegen. Es wäre ein trauriges Zeichen für das liberale Bürgertum, wenn Sie in einer so wichtigen Frage der Demokratie und der Selbstverwaltung diese Dinge mitmachen, die so abseits von aller Demokratie und Selbstverwaltung liegen. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Man sagt, das Beweismaterial für die behaupteten Mißstände herbeizuführen, sei schwer, weil Gegenbehauptungen aufgestellt werden und eine Entscheidung über das, was wahr ist, hier nicht gefällt werden kann. Immerhin wäre es für die Regierung nicht schwer, Material herbeizubringen, aber nicht durch eine Umfrage über das persönliche Urteil von Verwaltungsbeamten, sondern man müßte uns schriftliche Entscheidungen der Aufsichtsbehörde unterbreiten, auf die keine Beschwerde der Kasse mehr erfolgt ist, sowie Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Statt dessen kommt die Regierung mit ihrer Umfrage, bei der die Antworten von der Unzufriedenheit darüber diktiert sind, daß Sozialdemokraten überhaupt in der Kassenverwaltung sich befinden. Auch Herr Geheimrat Caspar hat hier einige Fälle vorgeführt. Loyalerweise hätte er doch auch die Antworten bei seiner Umfrage verlesen müssen, in welchen die Aufsichtsbehörde kein Bedenken vorgebracht hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Einen Fall aus Ernstthal in Sachsen hat er vorgeführt, wo ein sozialdemokratischer Kassenkontrollleur gleichzeitig Angestellter der Partei und Richterstatter des sozialdemokratischen Blattes sein sollte. Diesen Fall kann ich ergänzen. Der Bericht des Oberbürgermeisters aus Ernstthal lautete, der Kassenkontrollleur sei in einer Gerichtsverhandlung anwesend gewesen, um den Bericht für das sozialdemokratische Blatt zu machen. In Wahrheit war der Bürgermeister anwesend und mußte wissen, daß auch der Redakteur des Blattes zugegen war und den Bericht verfaßt hat, während der Kassenangestellte als Zeuge anwesend war. (Lebhaftes Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) So sieht das Material der Regierung aus. In der einseitigen Weise tendenziös werden die Dinge vorgebracht. Wie ist es nur möglich, daß man sich immer wieder gegen solche Dinge wehren muß. Die Leute, die befragt werden seitens der Regierung, sind eben nicht fähig zu einem unbefangenen Urteil. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn sie einen Sozialdemokraten in einer beamteten Stellung sehen, sind sie wie die Stiere, denen man das rote Tuch vorhält. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wäre das wahr, was hier vorgebracht ist, so müßte das Material beim Oberverwaltungsgericht bergehoch aufgehäuft sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In der Kommission wurde ein Fall erwähnt, daß in einer Kasse ein Plakat aufgehängt war, in dem zum Austritt aus der Landesliste aufgefordert wurde. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Und wenn schon! Ab! rechts.) Meiner Ansicht nach gehört das nicht hinein, obwohl Sie nichts dagegen haben, wenn im Rheinland und Westfalen der Kirchenzettel in dem Kassenlokal ausgehängt wird. Aber die Angabe war falsch, der Kassenvorsitzende erklärte uns, wenn so etwas vorgekommen wäre, hätte er es sofort gerügt.

Der Geheimrat hat auch von der Entlassung politischer Gegner durch die Sozialdemokraten gesprochen. Nun, gerade wir haben in der Kommission darauf gedrungen, in die Dienstordnung aufzunehmen, daß ein Angestellter nach 5 Jahren nicht mehr ohne wichtigen Grund entlassen werden kann. In der ersten Lesung haben Sie das angenommen, in der zweiten Lesung die Frist aber auf 10 Jahre erhöht. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) In 10 Jahren glauben Sie, die Kassen von Sozialdemokraten gereinigt zu haben, und dann handelt es sich eben um Ihre Leute. Es mutet auch eigenartig an, wenn man einen Vertreter der deutschen Regierung sich gegen die Maßregelung von Angestellten wenden hört. Sorgen Sie erst dafür, daß die Maßregelung sozialdemokratischer Arbeiter in den Staatsverwaltungen aufhört. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Solange das nicht geschieht, können Sie sich nicht als Vertreter gegen Maßregelungen aufstellen. Wenn Sie keinen Sozialdemokraten mehr maßregeln, wollen wir lauter konservative Arbeiter in den Krankenassen anstellen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Woher sollen wir die nehmen!)

Auch auf die Verträge sind die Herren zu sprechen gekommen und haben den Verband der Bureauangestellten verdächtigt und ihm uneheliche Motive beim Abschluß der Verträge untergeschoben. Zunächst konstatiere ich, daß dieser Verband keine sozialdemokratische Organisation ist. So sind beispielsweise in Köln vier Fünftel seiner Mitglieder Angehörige der Zentrumspartei, und gerade aus Köln ist während der Verhandlungen mit der Kommission eine Erklärung in der „Kölnischen Volkszeitung“ erschienen, worin gegen die Behauptung, daß bei Abschluß dieser Verträge die Vorstände sozialdemokratische Parteimitglieder im Auge gehabt hätten, entschieden protestiert wird. (Hört! hört! b. d. Soz.) Ganz ungläubliche Übertreibungen in der Beurteilung der Verträge sind hier vorgebracht, und ich bin erstaunt, daß ein Jurist wie Dr. Heine das Krankenversicherungsgeheim so wenig kennt, um nicht zu wissen, daß solche ungläublichen Auslegungen, wie er sie vorgebracht, schon jetzt vollkommen unmöglich sind. Das weiß heute jeder Bunkelbrüder, der sich mit Arbeiterversicherung abgibt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Und da sollte ein Jurist diese Dinge auch kennen, wenn er darüber redet, und wenn er sie nicht kennt, soll er nicht darüber reden. (Lebhafter Zustimmung b. d. Soz.) Dr. Heine hat die Entscheidung des Schöffengerichts in der Klage der Leipziger Ortskrankenasse verlesen. Als Jurist muß er wissen, daß diese Entscheidung durch den Vergleich in der höheren Instanz vollständig beseitigt ist, sein Angriff und seine Kritik sind also gegenstandslos. (Zustimmung b. d. Soz.) Der Vorsitzende der Leipziger Ortskrankenasse hat freilich nicht gedacht, daß man aus dem Vergleich den Schluß ziehen könnte, daß die bestrittenen Behauptungen richtig seien. Künftig wird er vorsichtiger sein, wenn er mit Gegnern zu verhandeln hat, die in so

gewissenloser Art

die Einrichtungen der Arbeiter verdächtigen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Dieses Gewerbe der Verdächtigung der Einrichtungen des Arbeiterstandes dient kapitalistischen Interessen, man will damit den Sozialdemokraten den Eingang zu diesen Institutionen versperren. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Auch Herr Weder wollte Mißstände in Krankenassen vorkühren. Im wesentlichen brachte er allgemeine Bedenken. Wieso aber wollen Sie auch bei den Landkrankenassen den Arbeitern keinen Einfluß gewähren, sind bei diesen auch schon sozialdemokratische Mißstände vorhanden? (Sehr gut! b. d. Soz.) Ihre Stellung ist symptomatisch für Ihre ganze Auffassung der Arbeiterversicherung: die ländlichen Arbeiter, die Dienstboten, die Gewerbetreibenden sollen ohne jeden Einfluß auf die Ausgestaltung der Kasse sein. Wo die christlichen Gewerkschaften

der Majorität sind, haben sie alle Posten mit ihren Eulen besetzt. Das wird auch künftig so sein, denn die ganze Bestimmung ist nur auf die Bekämpfung der Sozialdemokraten zugeschnitten, die christlichen Gewerkschaften werden unbeeinträchtigt bleiben. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Demgegenüber verweise ich darauf, daß unsere großen Kräfte bei der Aufstellung der Angehörigen ganz vorurteillos verfahren. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Sie reden über Vetternwirtschaft. Jemand einen Nachweis haben Sie nicht erbracht. Die Partei verachtet auf alle Agitatoren in den Krankenkassen, ihre Werkkraft würde nicht leiden, wenn kein Krankenkassenangehöriger parteipolitisch tätig wäre, aber eine Verpflichtung für die Angestellten, außerhalb ihrer Dienstzeit sich nicht sozialdemokratisch zu betätigen, können wir nicht anerkennen. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Wenn übrigens von politischer Wirtlichkeitswirtschaft die Rede ist, so verweise ich auf einen Artikel der „Allgemeinen Volkszeitung“ vom Oktober vorigen Jahres worin beklagt wird, daß der junge Nachwuchs sich vom Zentrum fern hält aus

Furcht vor Avancementsschwierigkeiten,

und wo dann darauf verwiesen wird, daß das Zentrum jetzt wieder ausschlaggebende Partei geworden sei. (Hört! hört! b. d. Soz.) Ganz unverblümt werden den versorgungsbedürftigen Akademikern städtische Ämter in Aussicht gestellt, und als bei einer Wahl die Nationalliberalen dem Zentrum dies unter die Nase rieben, machte das Zentrum eine Liste darüber auf, wie die Nationalliberalen ihre Parteigliedern mit Ämtern versorgen. (Hört! hört! b. d. Soz.) Und oft mit nicht reinlichen Mitteln. (Hört! hört! b. d. Soz.) In den Knappschaffskassen haben wir ein Vorbild für das, was in den Ortskrankenkassen kommen soll.

Von Terrorismus sollten Sie nicht reden. Mehr als einmal haben wir zum Ausdruck gebracht, daß wir Uebergriffe gegen christliche Arbeiter, wenn sie vorkommen, verurteilen. Aber Uebergriffe kommen auch auf der anderen Seite vor. Das ist bei den Millionen von Arbeitern gar nicht anders möglich, und die Arbeiter, die sich des Terrorismus schuldig gemacht haben, werden bereits so ungeheuer hart bestraft, daß es gar nicht im Verhältnis zu der aus dem Augenblick geborenen Handlung steht. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Und wenn Becker sagte, ihm sei sogar mit Todschlag gedroht worden, so wird er wissen, daß auch in Ihren Reihen unbesonnen Dinge vorgekommen sind. Unjere Leute haben sich bemüht, Tarifgemeinschaften gemeinsam mit Ihnen abzuschließen. Der Bauarbeitertarif ist gemeinsam aufgestellt. Wie kann da von Terrorismus die Rede sein. Bei den Vergewaltigern sind allerdings Schwierigkeiten entstanden. (Zuruf b. d. Soz.: Weil Behrens da ist!) Aber das sage ich Herrn Behrens, wie auch meinen Freunden, weder Sie, noch meine Freunde können den Kampf allein führen. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Sie gehören zusammen, in dem Augenblick, wo Sie gegen uns aufstehen zum Gaudium der Großindustrie. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Handeln Sie gegen die Interessen der gesamten Arbeiterklasse. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Die Auffassung der Arbeiter über die Arbeiterversicherung ist in den christlichen und freien Gewerkschaften fast dieselbe. (Sehr richtig!) Das Zentrum sollte eigentlich das Rückgrat der christlichen Arbeiterbewegung sein, seine Stellung ist aber nicht diktiert von Freundschaft für die Arbeiter, sondern von

Rücksicht auf seinen agrarischen Flügel

und auf die Konservativen. Die Arbeiterbewegung erfordert den Kampf gegen die Uebermacht des Kapitals, gegen die Knappschaffregierung der Rechten, und wer an die Seite dieser Herren tritt, der leistet der Arbeiterbewegung keinen Dienst. (Lebhafte anhaltender Beifall b. d. Soz.)

Abg. Kuster (Vole): Auch wir protestieren gegen den Eingriff in die Selbstverwaltung der Krankenkassen, den die Vorschläge der Kommission bedeuten. Wenn Arbeiter und Arbeitgeber sich nicht auf einen Vorsitzenden einigen, soll die Verwaltungsbehörde einen Leiter ernennen. Es kann nicht bezweifelt werden, daß in 99 von 100 Fällen die Behörde auf Seiten der Arbeitgeber stehen wird. Die Bestimmung bedeutet also eine Ausschließung der Arbeiter nicht nur an die Bureaucratie, sondern auch an die Unternehmer. Einzelne Mißbräuche mögen vorgekommen sein, aber sie rechtfertigen in keiner Weise diese ungeheuerliche Entscheidung. Wirklichen Erfolg wird man übrigens mit diesen Ausnahmemaßregeln nicht erzielen, man wird nur der sozialdemokratischen Agitation mehr Wasser auf die Mühle liefern. Wenn bürgerliche Parteien sich ernsthaft um das Volk bemühen, so haben sie von der Sozialdemokratie nichts zu fürchten; gegen uns Polen z. B. hat die Sozialdemokratie keine Erfolge zu verzeichnen. Wir lehnen die Kommissionsbeschlüsse rundweg ab, werden aber für alle Verbesserungsanträge stimmen. (Bravol bei den Polen.)

Abg. Zrl (3.): Ich habe keine Veranlassung, den Dr. Müller zu verteidigen; er mag sich selbst verteidigen. Aber wenn Herr Eichhorn ihm vorwirft, daß er in seinen Mitteilungen wichtige Sätze unterschlage, so gilt mindestens dasselbe auch von ihm. Es mag sein, daß bei den Verursachern dieser Mißstände beiseite, und es wird hoffentlich gelingen, sie zu beseitigen; aber bei den Krankenkassen herrschen noch mehr Mißstände. Die Verwaltungskosten der Berufsvereinigungen sollen zu hoch sein, aber die Verwaltungskosten der Krankenkassen sind auch hoch. Es sollen hohe Gehälter bei den Berufsvereinigungen gezahlt werden. Bei den Krankenkassen gibt es aber auch sehr gute Stellen. (Sehr wahr! bei der Mehrheit.) Kontrollurteile werden angefertigt, die nicht einmal schreiben können. (Hört! hört! bei der Mehrheit.) Aus sozialdemokratischen Blättern, z. B. der „Mündener Post“, geht hervor, daß viele Kassendirektoren außer an den Verband der Bureaubeamten auch noch Beiträge an andere Gewerkschaften leisten, mit der ausdrücklichen Erklärung, daß sie diesen ihr Kassentat verdanken. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) So zählt ein Mündener Kassendirektor an Bureaubeamten und Holzarbeiterverband zusammen pro Jahr 60 M. Allen Recht vor solcher Opferwilligkeit! Aber es geht auch aus der Tatsache der nichtsozialdemokratischen Arbeiter. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Die Kassendirektoren treiben sozialdemokratische Agitation und kommen daher zu spät zu den Bureaubeamten. (Weiterkeit und Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Sozialdemokraten werden bei den Lieferungen begünstigt. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Woch!) Sie (zu den Sozialdemokraten) reden auch Blech und betragen sich unanständig. (Bravol bei der Mehrheit und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Die Aufsichtsbehörden müssen einschreiten! (Lebhafte Bravol bei der Mehrheit.)

Abg. Guno (Sp.): Der Abg. Becker meint, daß wir in dieser Frage ganz auf Seite der Sozialdemokraten stehen. Das trifft nicht zu. In der Beurteilung der Mißstände bei den Krankenkassen sind wir mit den anderen Parteien außer der Sozialdemokratie völlig einig. (Hört! hört! und lebhaftes Bravo bei der Mehrheit.) Alle Parteien außer der Sozialdemokratie erkennen die Existenz dieser Mißstände an. (Erneutes lebhaftes Bravo bei der Mehrheit.) Alle bürgerlichen Parteien sind sich einig, daß die Kassen einer sorgfältigen staatlichen Aufsicht bedürfen. (Hört! hört! und Bravol rechts.) Die Sozialdemokratie freilich will von einer solchen Aufsicht nichts wissen; dafür will sie alles unter die Kontrolle sozialdemokratischer Volksversammlungen bringen. (Wiederholtes Sehr gut! Sehr wahr! bei der Mehrheit, besonders rechts.) Namentlich will die Sozialdemokratie stets die Parteikontrolle ausüben über die aus ihrer Mitte hervorgegangenen Inhaber öffentlicher Ämter, mag es sich nun um Kassenvorstände oder Gewerkschaftsleiter oder Stadtverordnete oder um einen Oberbürgermeisterkandidaten von Stuttgart handeln. (Heiterkeit und Sehr gut! bei allen bürgerlichen Parteien.) Es ist auch wahr, daß anders organisierte Arbeiter, wie Christliche und Hirsch-Dundersche, bisweilen unter Parteiführung zu leiden haben. (Hört! hört! besonders rechts.) Die sozialdemokratischen Vertreter in den Kassen, wie in den Gemeindeverwaltungen kommen meist mit gebundenem Mandat, stimmen auf Parteidiktat und nach Parteirücksichten. (Sehr wahr! bei der Mehrheit.)

Wenn so untraglich Mißstände bestehen und die Sozialdemokratie die Verantwortung für solche Mißstände trägt, so können

wir es doch nicht billigen, daß über das zur Verhinderung solcher Mißstände notwendige Maß heraus in die Selbstverwaltung der Kassen eingegriffen wird. Und wir können uns nicht verhehlen, daß die von der Kommission vorgeschlagenen Bestimmungen zu weit gehen. Die vorgeschlagenen Bestimmungen sind geeignet, das geordnete Zusammenwirken von Arbeitern und Arbeitgebern in den Kassen zu fördern. Schließlich darf ja auch nicht vergessen werden, daß die Kassen der Arbeiter wegen da sind. Wir lehnen daher die vorgeschlagenen Eingriffe in die Selbstverwaltung der Kassen ab, und wir hoffen, daß sich eine Verständigung mit der Mehrheit bei der dritten Lesung erzielen lassen wird. (Bravol b. d. Fortschritt.)

Abg. Heine (Soz.):

Die Quantität der Reden des Grafen Westarp, des Herrn Becker und des Herrn Heine mag der Würde und Wichtigkeit des Gegenstandes entsprechen, die Qualität aber um so weniger. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Alle die Befürworter der Kommissionsbeschlüsse erklären übereinstimmend, daß sie keine Beweise haben

und daß sie sich nicht verpflichtet fühlen, Beweise vorzubringen. Dann soll man offen sein und sich auf den Standpunkt stellen: Wir wollen es, also geschieht's. Das ist wenigstens ein Standpunkt. Der Staatssekretär Delbrück sagte: wo viel Rauch ist, da ist auch viel Feuer. Viel Rauch ist allerdings da, ein dicker und stinkiger Rauch, vom Reichsverband verursacht, um das Licht der Wahrheit zu verschleiern. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Beweise und Tatsachen haben die Gegner nicht. Aber eine Tatsache gibt es, die fest steht, und die Tatsache ist die, daß die Krankenkassen unter sozialdemokratischer Leitung sich glänzend entwickelt haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich weiß noch sehr wohl, wie die führenden Genossen sich geflüchteten von den Ortskrankenkassen fernhielten und in den freien Hilfskassen waren. Ich weiß auch aus Erfahrung und aus vielen Prozeduren, die ich geführt habe, wie kleinlich damals vielfach die Ortskrankenkassen waren, solange sie sich in den Händen der Unternehmer befanden und lediglich im Interesse der Arbeitgeber verwaltet wurden. Das war ja auch menschlich verständlich. Welches Interesse sollten die Unternehmer an Ortskrankenkassen nehmen? Eher nahmen sie schon Interesse an den Betriebskassen. Selbstredend gab es Ausnahmen, selbstlose Idealisten; aber im allgemeinen war das Interesse der an den Ortskrankenkassen maßgebenden Arbeitgeber auf die Herabdrückung der Leistungen gerichtet, um die Beiträge niedrig zu erhalten. Es ist gar kein besonderes Verdienst, daß die sozialdemokratischen Verwaltungen sofort an die Erhöhung der Leistungen herantreten, manchmal sogar zu schnell. Aber wenn es kein Verdienst war, so ist es doch eine Tatsache. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Und welche Schwierigkeiten haben diese Kassen bei den Aufsichtsbehörden gehabt? Schritt für Schritt mußte jeder Fortschritt im heißen Kampfe der

Schwerfälligkeit der Bureaucratie

abgerungen werden. Manchmal haben sogar die Kassenvorstände aus eigener Kasse die Prozeduren bezahlt, die aus den Streitigkeiten mit oft geradezu läppischer Kleinlichkeit der Aufsichtsbehörden erwachsen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Alles mußte erkämpft werden: Errichtung von Gesundheitsheimen, Maßnahmen gegen die Tuberkulose usw. Daß schließlich die gesetzliche Krankentüchtigkeit von 13 auf 26 Wochen erhöht wurde, ist fast ausschließlich Verdienst der Krankenkassen, die mit ihrer freiwilligen Initiative vorangingen; die gesetzliche Festlegung ist erst um ein volles Jahrzehnt nachgehinkt. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Dieses wahrhaft blühende Leben der sogenannten sozialdemokratischen Krankenkassen ist eine Tatsache, und gegen die behaupteten Mißstände spricht schon das eine, daß, wenn sie vorhanden gewesen wären, sie jedenfalls nicht vermocht hätten, dieses blühende Leben zu verhindern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Eine der merkwürdigsten Reden in der Debatte war die Rede des Herrn Guno. Er hat erklärt, gegen die Kommissionsbeschlüsse stimmen zu wollen, aber gesprochen hat er für diese Beschlüsse. Der

Wort von Westarp bis Guno

ist also fertig. Gewundert hat es uns weiter nicht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Auch Herr Guno sprach von erwiesenen Mißständen. Er ist doch Aufsichtsbehörde, oder ist es wenigstens gewesen. Warum teilt er uns denn nicht Tatsachen mit, etwa aus seinen Akten? Aber das ist es ja eben, es gibt solche Tatsachen nicht, so sehr man auch 12 Jahre hindurch, seit dem bekannten Hoffmannschen Vorstoß gesammelt hat, um Material zu bekommen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Nun heißt es: die Sozialdemokraten gestehen ja selbst Mißstände zu. Ich möchte diese ewig wiederholte Behauptung nicht un widerprochen in die Welt hinausgehen lassen. Meine Fraktionsgenossen, die vor mir gesprochen, haben zugestanden, daß Mißbräuche vorgekommen sind, wie sie überall vorkommen (Abg. Bebel: Sehr richtig!), und namentlich da vorkommen müssen, wo sich noch keine feste Routine herausgebildet hat. Das ist zugestanden, und mehr konnte nicht zugestanden werden, denn jedes Wort darüber hinaus wäre ein Abweichen von der Wahrheit. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Diese ganze Hege gegen die Krankenkassen ist das Widerläufige, was mir jetzt vorgekommen ist. Man könnte sich trösten mit dem Goethe'schen Spruch

Hebers Niederträchtigkeit

Niemand sich beklage,
Denn es ist das Nüchtere,
Was man Dir auch sage!

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und man könnte die Verleumdungen mit Stillschweigen strafen, wenn sie nicht auch hier ins Haus gebracht und dann durch die, sagen wir einmal, Künste des Reichsverbandes weiter verbreitet würden. Mit den ärgsten Verleumdungen, etwa mit der Behauptung, daß Krankentüchtigkeitsgeld zu sozialdemokratischen Parteizwecken verwendet werden kommt man ja hier im Hause nicht so leicht an den Vorklein. Aber wie steht es denn mit den anderen Behauptungen?

Nicht ein einziger Fall ist nachgewiesen worden,

daß ein der sozialdemokratischen Partei angehöriger Kassendirektor seine Funktionen als Kassendirektor benutzte, um einen nichtsozialdemokratischen der Partei zuzuführen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und der Geheimrat Caspar hat mit Mühe und Not zwei sogenannte „Fälle“ vorgebracht. Sie sind aber auch danach. In Braunschweig soll die Aufsichtsbehörde den Eindruck gewonnen haben, daß die Ortskrankenkasse mit den Gewerkschaften in einer gewissen Verbindung stehe. Daß die Aufsichtsbehörde diesen Eindruck gewonnen hat, ist weniger ein Ehrengewinn für Intelligenz und Scharfsinn der Behörden, als ein Beweis für die

ordinäre politische Ketzerei,

die in Deutschland getrieben wird. Oeffentliche Behörden sollen keine Beziehungen haben zu der Sozialdemokratie, der man die Gleichberechtigung versagt; die Gewerkschaften werden als sozialdemokratisch und die Krankenkasse als eine staalliche Institution betrachtet, und so ist denn der Schluß fertig: eine öffentliche Institution ist in der Hand der Sozialdemokratie. Der zweite Fall war noch merkwürdiger. Jemanden haben ein paar Firmen gedroht, aus der Ortskrankenkasse auszuschleiden und eigene Betriebskrankenkassen zu gründen, wenn nicht der nationale Kandidat zu irgendeinem Kassensposten den Vorzug vor seinem Mitbewerber erzielte. Man kann beinahe zweifelhaft sein, ob nicht diese Drohung bei Anwendung der sonst beliebten Praxis als Erpressung zu charakterisieren sei. (Weiterkeit.) Dem Verlangen der Firmen wurde nicht nachgegeben, der Mitbewerber erhielt die Stelle, und nun ist das natürlich wieder ein Beweis der Parteilichkeit der bösen Not. (Große Heiterkeit.)

Und nun zu dem Freiburger Fall. Man hätte besser getan, und namentlich dem Toten den besten Dienst erwiesen, wenn man über die Sache geschwiegen hätte. Der Mann hat sein Vergehen

schwer gebüßt, wir hätten es gern mit dem Mantel christlicher oder, wenn Sie wollen, sozialdemokratischer Liebe zugedeckt. (Große Heiterkeit.) Nun aber gehen die Konservativen mit seiner Leiche frechen und zwingen uns, von seinen Fehlern zu sprechen, und uns selbst gegen verleumderische Nachrede (stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten) zu schützen. Ich kenne den Fall genau, ich war Verteidiger in dem Prozeß, den der Vorsitzende der Krankenkasse, Wieling, gegen die Verleumdung eines agrarisch-konservativen Winkelblätters angezettelt hat. Ich war gestern, als Graf Westarp den Fall anschnitt, noch nicht in dem Besitz des Urteils, das Graf Westarp bereits besaß. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Graf Westarp ruft: Ich habe das Urteil aus der Zeitung genommen. Hört, hört! bei der Mehrheit. Graf Westarp legt das Urteil auf den Tisch des Hauses nieder.)

Es ist mir ja auch gar nicht eingefallen, zu behaupten, daß Graf Westarp sich auf unethische Weise in den Besitz des Urteils gesetzt hat. Ich habe gegen das Urteil sofort Verurteilung eingelegt. Gewundert hat es mich weiter nicht, denn der Vorsitzende zeigte sich von Anfang an von

offenstichtlicher Parteilichkeit

erfüllt. Ich mußte erst einen Gerichtsbeschluß herbeiführen, um mir dasselbe Recht zu erkämpfen, das meinem Prozeßgegner ohne weiteres gewährt wurde. Bezeichnend war es namentlich, daß der Vorsitzende das Verlesen des Schreibens der Amtshauptmannschaft verhinderte, das für Wieling rechtfertigend und für den Kassendirektor Greßer völlig vernichtend lautete. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Alle Sachen, die in der Beweisaufnahme festgestellt wurden und für den Kassenvorstand entlastend waren, hat das Urteil verschwiegen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und so steht nichts im Urteil davon, daß die Amtshauptmannschaft Wieling nur den einen Vorwurf gemacht hat,

daß er zu spät gegen Greßer eingeschritten ist.

In der Verhandlung wurde bekundet, daß die Kasse schon seit mehr als einem Jahrzehnt unter der Verwaltung eines sozialdemokratischen Vorstandes gestanden habe, der Greßer das weitgehendste Vertrauen schenkte, und daß erst von dem Augenblick an, wo sich die Unregelmäßigkeiten herausstellten, es zu unerquidlichen Auseinandersetzungen zwischen dem Vorstand und Greßer gekommen sei. In dem Urteil aber steht, Greßer sei als Opfer sozialdemokratischer Machinationen gefallen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Drei nichtsozialdemokratische Arbeitgeber haben als Zeugen erklärt, daß bei Erörterung der einzelnen Fälle — so waren bei einem versicherten Arbeitgeber seit 17 Monaten keine Beiträge erhoben worden —, sich Greßer in Unwahrheiten und Widersprüche verwickelt hätte, die auf sie den allerunangenehmsten Eindruck gemacht hätten. Davon steht im Urteil nicht ein Steinchen zu lesen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Zuruf: Reichsverbandurteil! Greßer hat nun an seine Hinterbliebenen einen Brief geschrieben, daß ihn der Kassenvorstand in den Tod getrieben habe. Nun, das Papier ist geduldig. Bewiß, wenn der sozialdemokratische Vorstand zu allen Unregelmäßigkeiten ein Auge zugedrückt hätte, würde sich Greßer das Leben nicht genommen haben; aber ein Jahr später würde dann Wieling vermutlich seines Amtes entbunden worden sein wegen ungeheurer sozialdemokratischer Mißwirtschaft in der Kasse. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Er wäre befürdlich fastbar gemacht worden, und vielleicht hätte er sich dann die Kehle abschneiden müssen. Die wahren Gründe des Selbstmordes haben sich nachher herausgestellt. Die Amtshauptmannschaft hat eine eingehende Untersuchung der Greßer'schen Geschäftsführung abgelehnt, weil der Mann tot wäre. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Später ist dann festgestellt,

daß Greßer Unterschlagungen von etwa 700 Mark begangen hat.

Das Urteil freilich bringt es fertig zu sagen, die Unterschlagungen wären nicht erwiesen, es hätte sie ja ein anderer verüben können, welcher andere, darüber schweigt das Urteil. Weiter ist aber in dem Prozeß auch bekundet, daß Greßer 112 M., die an ihn laut seiner eigenen Quittung von anderen Kassendirektoren abgesetzt waren, unterschlagen hatte. Ueber diesen Fall wäre das Gericht nicht so leicht mit einer solchen Bemerkung hinweggekommen, und deshalb ist vorgezogen, diesen Teil der Zeugenaussagen im Urteil überhaupt nicht zu erwähnen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Erneute Zurufe: Reichsverbandurteil!

Vizepräsident Dr. Schulz: Bei der Art, wie Sie den Reichsverband angreifen, ist das eine kränkende Äußerung. (Große Unruhe und lebhaftes Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Heine (fortfahrend):

Ich freue mich, daß die Zusammenstellung mit dem Reichsverband vom Präsidenten als eine Beschimpfung angesehen wird. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. Schulz: Sie sind im Irrtum; ich habe nur von der Art gesprochen, wie in den Kreisen der Sozialdemokratie der Reichsverband herabgezogen wird, nicht in den Augen aller anderen Menschen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Heine (fortfahrend):

Es ist ja bedauerlich, daß Greßer, der wohl mehr durch Leichtsin und Nachlässigkeit zu seinen Verfehlungen gekommen ist, hier vor aller Welt genannt werden muß, als einer, der gestohlen hat. Er ist aber in dieser Beziehung nicht das Opfer sozialdemokratischer, sondern reichsverbandlerischer Antriebe. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wie das Urteil vorgeht, dafür noch ein Beispiel: Der „Freiberger Anzeiger“ hatte behauptet, die Greßer'schen Verfehlungen seien dadurch erklärlich, daß unfähige sozialdemokratische Beamte aus Rücksicht auf ihre Bestimmung angestellt seien. Durch das Zeugnis nichtsozialdemokratischer Vorstandsmitglieder wurde festgestellt, daß einmal 8 Jahre vor Greßer's Tod ein Sozialdemokrat sich einem Posten nicht gewachsen gezeigt hatte, und daß er nach Ablauf seiner Probezeit von 4 Wochen diesen Posten — nicht erhalten hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ferner wurde bewiesen, daß es einen einzigen wirklichen Sozialdemokraten unter den Beamten dieser Kasse gibt, der als außerordentlich tüchtig einstimmig auch von den Arbeitgebern gewählt worden ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In dem Urteil ist auch behauptet worden, Wieling habe die Finanzen der Kasse durch einen Prachtbau in Verwirrung gebracht. Bewiesen ist, daß dieser Bau einstimmig als notwendig von Arbeitgebern und Arbeitnehmern beschlossen wurde, und zwar drei Jahre, ehe Wieling überhaupt Kassenvorstand wurde. Ueber diesen Punkt schweigt das Urteil ebenfalls. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das sind so die Materialien, mit denen man gegen uns arbeitet. Ich bin auch überzeugt, so wie heute die konservative Presse jubelnd verkündet, Graf Westarp habe die Sozialdemokratie vernichtet. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) So wird sie auch von diesen Mitteilungen, die ich hier mache, keine Kenntnis nehmen. — Ich muß dann noch auf einige andere Fälle eingehen. (Unruhe rechts.) Ja, meine Herren, es handelt sich hier um den

Dreipunkt unserer ganzen Politik,

um eine Frage, von deren Entscheidung das dauernde Verhältnis zwischen der Arbeiterklasse und dem heutigen Staat abhängen wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das sind keine Kleinigkeiten. 10, 12 Jahre haben Sie gebraucht, um Ihr Material zu sammeln. Also müssen Sie uns auch schon einmal 12 Stunden Gelegenheit zur Widerlegung geben — womit nicht gesagt sein soll, daß ich 12 Stunden reden will. (Heiterkeit.)

Gegenüber der heutigen Behauptung des Herrn Zrl von der verschwundenen Wirtschaft der Krankenkassen stelle ich fest, daß die Statistik beweist, daß die Innungs- und Ortskrankenkassen pro Kopf noch mehr ausgegeben haben als die Ortskrankenkassen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Scheiner hat Caspar hat dann gestern von Mündingen gesprochen, die in Kiel in unfassendem Maße vorgekommen seien; die Gekündigten hätten die Auffassung, sie seien ihrer politischen Gesinnung wegen entlassen. Tatsache ist aber lediglich, daß nur eines gekündigt worden ist

und zwei auf Probe Angestellte entlassen würden. Sie mögen sich einbilden, daß sie ihrer politischen Meinung wegen entlassen sind, solange Geheimrat Caspar aber den Beweis dafür nicht antreibt, muß er sich gefallen lassen, daß ich behaupte, das ist nicht wahr. In dem dritten Fall liegt die Sache so: Als die Revisoren, ein Arbeiter und ein sozialdemokratischer Arbeitgeber, zur Revision kamen, ließ sich dieser Beamte zu der Bedeutung hinreißend, daß die Revisoren und der Kassierer unter einer Decke ständen, also das Schlimmste, was man einem Revisor vorwerfen kann. Darauf wurde er entlassen, hat ein Schiedsgericht angerufen, und dieses hat entschieden, daß der Vorstand auf Grund des hier so viel geschmähten Anstellungsvertrages zu der sofortigen Entlassung nicht berechtigt war. Ich muß auch sagen, der Kassierstand hätte es sich vorher überlegen sollen, ob er mit seiner Maßnahme durchdrang auf Grund des Vertrages. Aber was wollen Sie? Hier sehen Sie ja, wie förgenreich dieser Anstellungsvertrag wirkt auch für Leute, die nicht auf sozialdemokratischer Seite stehen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Was dann den weiteren Fall anlangt, wo ein Kassierbote manchmal nachlässig in seiner Tätigkeit gewesen sein soll, so sollte man mit solchen Kleinigkeiten doch die Öffentlichkeit verschonen. Herr Weder hat dann gestern zitiert, daß ein Kassierbote Wendland gesagt habe, die Klassen müßten nach sozialistischen Prinzipien geleitet werden. Wenn Herr Weder die Äußerung des Herrn Wendland selbst gelesen hat, also ihren Zusammenhang kennt, so dürfte er diese Behauptung nicht aufstellen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Satz ist aus einer Polemik zwischen Wendland und Fröhlich entnommen. Beide waren der Meinung, daß die sozialistischen Grundsätze, nach denen die Klassen veraltet werden sollten, darin bestünden, daß der rechte Mann an den rechten Platz gehöre (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), und stritten sich bloß darüber, ob die Fähigkeit eines Beamten durch eine Prüfung oder eine längere Probezeit besser ermittelt werde. So wie Herr Weder die Äußerungen wiedergegeben hat, bedeuten sie also eine direkte Entstellung der Tatsachen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Einen schärferen Ausdruck will ich nicht gebrauchen, geschimpft worden ist von der anderen Seite genug.

Präsident Graf Schwerin-Löwis: Es wird in diesem Hause nicht geschimpft. (Große Heiterkeit.)

Abg. Heine (fortfahrend):

Ich komme nun zu den

Anstellungsverträgen.

Sie sind entstanden auf Grund eines Ministerialerlasses, der den Klassen aufgegeben hat, Verträge mit ihren Angestellten abzuschließen. Darauf folgte dann die Enquete der Regierung über angebliche sozialdemokratische Mißbräuche in den Klassen, die bekannte Rede des Reichstagspräsidenten und die Vorlesung des Regierungsberichts Hoffmann. Nun mußten die Klassenbeamten, daß man ihnen an den Kragen wollte, und niemand kann ihnen verdenken, daß sie sich dagegen wehrten, daß ihre wohlverdienten Rechte einfach für null und nichtig erklärt wurden, wie das die Regierung selbst vorgeschlagen hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich will zugeben, daß die Bestimmungen über die Kündigung in einigen Verträgen zu weit gegangen sind, wenn aber jetzt von einem Mißbrauch der Klassenverbände geredet wird, so berufe ich mich darauf, daß die Regierung diese Verträge gekannt hat. Insbesondere kannte die Regierung auch den Berliner Vertrag. Uebrigens ist das Oberverwaltungsgericht in einem Falle zu einer Auslegung eines solchen Anstellungsvertrages gekommen, die durchaus widersinnig ist. Im Vertrage steht, daß die Klasse den Beamten nicht entlassen dürfe wegen einer Verminderung der Beamtenszahl, es sei denn, daß die Personalreduktion ein unabweisbares Bedürfnis würde. Man wollte damit verhindern, daß heute ein Beamter entlassen wird mit der Behauptung, die Zahl der Beamten müsse eingeschränkt werden, und daß dann am anderen Tage ein neuer Beamter engagiert wird, — eine alltägliche Praxis bei den Unternehmern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Darüber sagt dann das Oberverwaltungsgericht, das unabweisbare Bedürfnis werde erst dann vorliegen, wenn die Klasse bereits die höchsten Beiträge bezahle und die Mindestleistungen gebe und dabei doch nicht imstande sei, unabh. Beamte ohne eine Tätigkeit weiter durchzuführen. In eine solche sinnwidrige Auslegung hat natürlich niemand von den Vertragsschließenden gedacht, das blüht dem Oberverwaltungsgericht vorbehalten.

Es gibt auch Verträge, die nicht mit Sozialdemokraten abgeschlossen sind, z. B. den in Rheidt. Der Bürgermeister wollte, daß ein bestimmter Magistratsbureauvorsteher zum Kandidaten gewählt würde. Der Vorstand wählte aber einen gewissen Meyer. Da suspendierte der Bürgermeister ganz ungeschicklich den Vorstand, setzte eine kommissarische Verwaltung ein, die freilich vom Oberverwaltungsgericht aufgehoben wurde, aber doch erst nach 13 Monaten, und inzwischen schloß der Kommissar mit dem vom Bürgermeister gewünschten Magistratsbureauvorsteher einen Anstellungsvertrag, in welchem nicht nur die Kündigung so gut wie ausgeschlossen war (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), sondern auch der Rechtsweg und jedes Schiedsgericht; bei Streitigkeiten sollte die Aufsichtsbehörde, also dieser Bürgermeister, entscheiden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das geht noch weit über die Düsseldorf Verträge hinaus. Die Sache nahm ein etwas heiteres Ende, denn das Urteil des Oberverwaltungsgerichts über die Aufhebung der gesetzwidrigen kommissarischen Verwaltung teilte der Bürgermeister dem Kassierstand mit dem Bemerkten mit: „Ich erwarte, daß der Kassierstand künftig jeden Verstoß gegen das Gesetz vermeidet.“ (Schallende Heiterkeit und Juchzen bei den Sozialdemokraten: „Ist das ein unerschämter Kerl!“) Wären Sie es den Klassenverwaltungen verstanden, daß sie zu der Objektivität der Behörden kein Vertrauen haben! Die neuen Bestimmungen laufen darauf hinaus, die Anstellung von Sozialdemokraten in den Klassen zu verhindern. Als ich mich mit einem Herrn vom Zentrum darüber unterhielt, sagte er, man könne es doch auch katholischen Arbeitern nicht zumuten, sich von sozialdemokratischen Klassenverbänden dirigieren zu lassen. Als ich ihn fragte, wenn nun aber die Vorstände und Beamten Zentrumskleute und die verführten Sozialdemokraten sind, bekam ich keine Antwort, da wurde der Herr schwerhörig. (Abg. Südekum (Soz.): Es war nämlich Herr Trimborn. — Große Heiterkeit.) Jetzt bekennt die Regierung, daß die Ausmerzung der Sozialdemokraten der Zweck ist. Aber ich erinnere das Zentrum und die Liberalen an die Verhandlungen über das Vereinsgesetz. Die Erklärungen des Herrn Delbrück von heute klingen ganz so wie die des Herrn v. Bethmann am 2. Jahre 1908 über die lokale Ausführung des Vereinsgesetzes. Aber all die alten Kleinigkeiten, die Schikanen, die Sozialdemokraten sind ganz so wie früher im Schwange. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wie haben das vorausgesehen, und damals auch das Zentrum. Jetzt freilich schweigt das Zentrum darüber, denn es ist ja Regierungspartei. Aber wir können kein Vertrauen in die Versprechungen lokaler und unparteilicher Handhabung haben. Die Regierung kann diese Versprechungen ja auch gar nicht halten.

Wenn die Junker pfeifen,

und wie die Junker pfeifen, das hat gestern Graf Westarp gezeigt. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Die Reden der Herren Weder und Wehrens erinnern mich lebhaft an das Wort des Grafen Posadowsky, daß unsere Verhandlungen häufig nicht von großen grundsätzlichen, sittlichen Gesichtspunkten getragen sind, sondern von kleinen Interessenstreitigkeiten.

Die Selbstverwaltung bedeutet auch die Freiheit für die Interessenten, Leute ihres Vertrauens zu wählen, nicht Beamte und Militärbeamte, sondern Leute, die aus dem Arbeiterstande hervorgegangen sind, und die wissen, wie es tut, wenn man verdirbt ist und strankeln in Anspruch nehmen muß. Darum sollen also Sozialdemokraten nicht ihre Parteigenossen

wählen, wenn sie zu ihren Verträgen haben? Das machen die anderen Parteien ganz ebenso. Es den Sozialdemokraten verwehrt werden, ist eine große Ungerechtigkeit. Nach den neuen Bestimmungen wird das nicht möglich sein, wenn die Arbeitgeber nur nein zu sagen brauchen, damit die Aufsichtsbehörde entscheidet, wird dies geschehen. Und wenn erst die Hauptleute und Rajore a. D. in die Klassenverbände einziehen, die mit den Arbeitern nicht verkehren — denn die Arbeiter sind ja Sozialdemokraten —, werden die Arbeitgeber ihre helle Freude haben. Natürlich werden auch die Klassenleistungen herabsinken.

Unter allen Gesetzen, abgesehen vom Reichstagswahlrecht ist das Krankenversicherungsgesetz das beste. Was in Deutschland die Klassen geleistet haben, danken sie der freien Mitarbeit der sozialdemokratischen Arbeiterkraft und das ist Vorbildlich geworden für alle anderen Nationen. Und diesen Stolz und diese Ergründung, um die andere Völker uns beneiden, dieses Wert freiwilliger deutscher Arbeit, das wollen Sie zerstören und vernichten. Und diesen selbstmörderischen Gewaltstreich will ein Reichstag verüben, dessen Mehrheit nicht mehr die Mehrheit des Volkes hinter sich hat. Dadurch wird eine Kluft in das Volk hineingerissen und die vorhandene Kluft noch vertieft. Wir Sozialdemokraten erkennen den Wert einer ungehörigen Fortentwicklung der Selbstverwaltung in den Klassen und wir haben ein Interesse an einer friedlichen Weiterentwicklung. Wer aber die Arbeiter in dieser Weise entzweit, will keine friedliche Weiterentwicklung. Und die Verantwortung dafür — ich denke nicht an die nächsten Wahlen, ich denke weiter — die Verantwortung dafür, vor der Geschichte des deutschen Volkes fällt auf Sie! (Lebhafte, anhaltende Beifall b. d. Soz.)

Geheimrat Caspar polemisiert, im Zusammenhang auf der Tribüne unverständlich, gegen Ausführungen von Kulersti und Heine über die Militärbeamten und tritt für die Richtigkeit seiner Angaben über Mißbräuche in den Klassen ein, die auf Verträgen von Behörden beruhen.

Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Dr. Hallbauer: Der Herr Abg. Heine hat in ungewöhnlich harter Form gegen das Urteil eines sächsischen Berichtshofes polemisiert. Er hat ihm Unfeiligkeit und Vereinnahmung vorgeworfen. Es erscheint höchst bedenklich, wenn ein Abgeordneter auf Grund eines persönlichen Einbrudes gegen ein Gericht die schwersten Vorwürfe vor aller Öffentlichkeit erhebt, die überhaupt erhoben werden können. Ich möchte demgegenüber darauf hinweisen, daß es sich hier nicht um Feststellung von Tatsachen handelt und muß namens meiner Regierung diese Vorwürfe auf das entschiedenste zurückweisen. (Bravol! rechts.)

Abg. Dr. Roth (Sp.): Meine Partei wird gegen die §§ 340 und 341, 361a und 361b stimmen, also gegen die Hauptbestimmungen der Kommissionsbeschlüsse über die Vorstandswahl. Daß Herr Weder als Vertreter der Arbeiter für diese Kommissionsbeschlüsse stimmen will, ist einfach unbegreiflich. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Er wird damit nur beweisen, daß er parteipolitische Zwecke über Arbeiterinteressen stellt. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Wir werden weiter auch für den sozialdemokratischen Antrag stimmen, einen § 354a zu schaffen, monach Arbeitervertreter im Ausschuss einer Betriebskrankenkasse vom Unternehmer nur aus einem wichtigen Grunde zu einem früheren Zeitpunkt als zum Ablauf seiner Arbeitsperiode aus dem Arbeitsverhältnis entlassen werden darf. Eine ähnliche Bestimmung ist im letzten preussischen Vertrag für die Sicherheitsmänner rechts. Wir wünschen, daß ganz allgemein in der Reichsversicherungsordnung bestimmt wird: Arbeiter dürfen wegen einer ehrenamtlichen Tätigkeit nicht gemahregelt werden. (Zustimmung links.) Die weiteren Ausführungen des Redners über § 360, zu dem er Wünsche der organisierten Krankentassenangehörigen vorbringt, gehen in der nachstehenden Urkunde des Hauses völlig verloren. Die Versuche des Präsidenten, dem Redner Ruhe zu schaffen, bleiben bei den Kompromissparteien wirkungslos, selbst der Hinweis, daß der Redner dann eher zum Schluss kommen könne.

Erst durch längeres Pauisieren verhofft sich der Redner so weit Ruhe, daß seine Schlussworte verstanden werden:

Die Beschlüsse der Kommission lehnen wir ab, weil sie ein tendenziöses Ausnahmegesetz schaffen. (Bravol! links. Beulen rechts.)

Damit schließt die Diskussion.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Giesberts (D.) erklärt, daß er aus Wort verzichtet habe, weil auch Abg. Seeburg (Soz.) aus Wort verzichtete. Man solle aber nicht daraus schließen, daß er nichts auf die sozialdemokratischen Angriffe zu erwidern wisse; er tue es nur, um bei der Geschäftsfrage des Hauses das Zustandekommen der Vorlage zu fördern.

Abg. Gans (Sp.) behauptet, daß ihn der Abg. Heine absichtlich mißverstanden habe.

Abg. Heine (Soz.): Dem sächsischen Bundesratsbevollmächtigten erwidere ich, daß ich bei der Erörterung des sächsischen Urteils nicht meine Auffassung, sondern Zeugenaussagen vorgelegt habe.

Es folgen die Abstimmungen. Die Verbesserungsanträge der Freisinnigen und Polen zu § 340 (Wahl des Vorsitzenden einer Ortskrankenkasse: Gewählt ist, wer die Mehrheit der Stimmen aus der Gruppe sowohl der Arbeitgeber als auch der Versicherten im Vorstande erhält) werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Polen und Freisinnigen abgelehnt. Der Abg. Thoma (natl.) stimmt immer mit der Rinderheit.

§ 340 wird in namentlicher Abstimmung mit 209 gegen 101 Stimmen von den Kompromissparteien angenommen; ebenso § 341 mit 208 gegen 101 Stimmen, nachdem der sozialdemokratische Änderungsantrag zu diesem Paragraphen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt war.

§ 365 (Anstellung der Klassenbeamten) wird in namentlicher Abstimmung mit 208 gegen 103 Stimmen in der Fassung der Kommission angenommen.

Der Paragraph über die Dienstordnung wird in namentlicher Abstimmung mit 255 gegen 53 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen, da die meisten Freisinnigen und die Polen für die Kommissionsfassung stimmen.

Zu § 368 (über die Streitigkeiten aus dem Dienstverhältnis der Angestellten) wird ein Kompromissantrag Schulz einstimmig angenommen, nach welchem das Nähere über das Verfahren bei der Entlassung durch kaiserliche Verordnung geregelt werden soll.

Die §§ 369 bis 371 werden erledigt, ebenso wird § 412 über die Drittelung der Beiträge angenommen. Dann verlegt das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend 10 Uhr.

Schluss 7 1/2 Uhr.

Gerichts-Zeitung.

Die Leiche im Sack.

Das Landgericht Kölln hat am 23. Januar den Eigentümer Wilhelm Treder wegen fahrlässiger Tötung zu 4 Monaten Gefängnis und wegen Beiseiteschaffung eines Leichnams zu 6 Wochen Haft verurteilt. Als der Angeklagte eines Tages verreist war und sein Haus verlassen hatte, kam sein 12jähriger Neffe Willi Treder mit dem Hütchen Richard Krüger in das Haus. Willi Treder fand neben dem Sofa ein Leichnam und legte es auf den anderen Strahlen an. Der Schuh ging los und Richard Krüger sank in der Küche tot zu Boden. Die Kugel hatte seinen Kopf durchbohrt. Willi Treder beschwand schleunigt aus dem Hause. Als der Angeklagte zurückkam und das angeschickte Unheil wahrnahm, holte er einen Sack, steckte die Leiche hinein und lud sie auf den Wagen. Dann fuhr er in den Wald, nahm die Leiche aus dem Sack und legte sie dort nieder. Seine Hoffnung, dadurch den Sachverhalt zu betuschen, erfüllte sich nicht, denn es kam bald heraus, auf welche Weise Richard Krüger ums Leben gekommen war. Das gegen Willi Treder eingeleitete Strafverfahren wurde wieder eingestellt. Sein Opfer dagegen wurde für schuldig befunden, den Tod des

Strägers durch Fahrlässigkeit herbeigeführt zu haben. Er habe einen sträflichen Leichtsinn bewiesen, indem er das Gemehr ohne es zu entladen neben dem Sofa stehen ließ. Er mußte sich sagen, daß solche unerfahrenen jungen Menschen leicht Unheil mit einem geladenen Gemehr herbeiführen könnten. Den eingetretenen Erfolg hat er voraussehen müssen. — In seiner Revision beschwerte sich der Verurteilte darüber, daß die von seinem Neffen im Vorverfahren gemachte Aussage in der Hauptverhandlung benutzt worden ist, und begehrt die Feststellungen des Urteils als nicht ausreichend. — Das Reichsgericht fand keinerlei Rechtsirrtum in dem Urteil und verwarf die Revision.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 14. Mai, normittags 9 Uhr, Pappel-Allee Nr. 15—17 und Richard. Idealpöste: Freireligiöse Vorlesung. Vormittags 11 Uhr: Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag von Herrn Dr. Bruno Wille: „Humor und Tragik“. Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (S. 29). Illale Bankom. Sonnabend, den 13. Mai, abends 9 Uhr, bei Schröder, Florstr. 5: Generalversammlung.

Aus aller Welt.

Ein reaktionärer Musterknabe.

Eine Revision der Moskauer Stadthauptmannschaft durch den Senator Garin hatte eine Unterjudung gegen den Stadthauptmann Generalmajor Anatol Reindot zur Folge, die ein umfassendes belastendes Material ergab, das gegenwärtig in einer umfangreichen Anlagenschrift vorliegt. Das Sündenregister Generalmajor Reindots weist bestimmungswidrige Verwendung von Staatsgeldern, Bestechlichkeit, Erpressung, Mißbrauch der Amtsgewalt, Kompetenzüberschreitung auf und alle diese Vergehen brachte er in dem kurzen Zeitraum seiner Tätigkeit als Stadthauptmann zustande. Seine Amtstätigkeit begann im Januar 1906 und erreichte ihr Ende im November 1907.

Die erste Kategorie der Amtsvergehen Reindots betrifft die Verwendung von Staatsgeldern zu Zwecken, für welche sie nicht bestimmt waren. Das Rechnungswesen und die Kasse hatte er unmittelbar sich selber unterstellt und schaltete und waltete nach Gutdünken, wobei er seinem Kasseinspektor und anderen Beamten keine Einmischung gestattete. In den kaum zwei Jahren seiner Amtstätigkeit wurden fast 300 000 Rubel zu außerordentlichen Belohnungen an die Polizeichargen verwandt. General Reindot liebte zu leben und leben zu lassen. Er war der Gründer eines Wohlstandsfonds der Polizei, der durch Erpressung florierte. Damit im Zusammenhang stehen Reindots Repressivmaßnahmen gegen Restaurants und Klubs, angeblich zur Ausrottung des Kasarbiens. In der Krenstadt war zur Genüge bekannt, daß Spenden für den „Wohlstandsfonds“ alle beschränkenden Maßnahmen der Polizei beseitigten, und so hatte das Vorgehen der Polizei gegen Restaurants und Klubs jedesmal den besten Erfolg für den Wohlstandsfonds, über dessen Bestand und Verwendung fast gar keine Belege aufgefunden wurden. Der Ueberschreitung der Amtsgewalt machte sich General Reindot bei Ausweisungen aus Moskau schuldig. Die Untersuchung stellte fest, daß Reindot wiederholt Personen ausgewiesen hatte, ohne die Genehmigung des Generalgouverneurs oder des Ministeriums des Innern einzuholen. Was General Reindot in der Voruntersuchung zu seiner Vertheidigung vorbrachte, das konnte die gegen ihn vorliegenden belastenden Beweise nicht entkräften. Er versicherte, seine Maßnahmen während des Ausnahmezustandes seien einzig und allein durch das Bestreben veranlaßt worden, die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Unter anderem erzählte Reindot, schon drei Wochen vor der Auflösung der ersten Duma habe der Minister des Innern an ihn die Frage gerichtet, ob er wirksame Maßnahmen treffen könne für den Fall, daß die Auflösung der Duma in Moskau Unruhen hervorzurufen würde. Er habe unermüdet umfassende Vorbereitungen getroffen, die mit bedeutenden Ausgaben verknüpft gewesen seien.

Alles in allem paßt die Tätigkeit dieses verkommenen Subjektes vorzüglich zu dem gesamten russischen Regierungssystem. Ein Mensch, der noch einen Funken von Moral in sich hat, wird sich nicht zur gewalttätigen Niederschlagung jeder freiheitlichen Bewegung hergeben. So lange die russische Regierung in dem reaktionären Fahrwasser segelt, braucht sie solche Schufte, die für Geld zu jeder Schandtat fähig sind.

Eisenbahnkatastrophe in Nordamerika.

In der Nähe von Denver im Staate Colorado entgleiste am Donnerstag ein mit 95 Kilometer Stunden-Geschwindigkeit fahrender Eilzug. Mehrere Wagen stürzten den Bahndamm herab, wobei zwei Personenwagen vollständig zertrümmert wurden. Es sollen 25 Personen getötet sein, man glaubt aber, daß unter den in Brand geratenen Trümmern noch mehr verunglückte Passagiere liegen.

Was eine Herkule Stimm wert ist.

Diese Frage ist gelegentlich der bevorstehenden österreichischen Wahlen von einem unterkärntnerischen Pörrer gelöst worden. Kommt ein Bauer in einen unterkärntnerischen Pörrer und fragt: „Hochwürden, was bin ich für das Einlegen meines kleinen Kindes schuldig?“ — „Nach der Lage kostet es 8 Kronen, ich lasse es Ihnen um 7 Kronen 60 Heller, aber gelten Sie, bei der Wahl werden Sie wohl mit uns halten!“

Kleine Notizen.

Kaufhändler zwischen Junkern. Wie die „Schlesische Zeitung“ aus Deld meldet, fand vorgestern abend in der Nähe der Stadt am sogenannten Benjaminbusch ein Duell zwischen dem Leutnant Freiherr v. Los und dem Leutnant Freiherr v. Dalwig statt, die beide der Maschinengewehrabteilung Nr. 8 angehören. Freiherr v. Los erhielt einen Schuß in die Brust und wurde ins Garnisonlazarett gebracht.

Ein würdiges Trio. Unter dem Verdacht des wissenschaftlichen Räubers wurden im Strafkammerungssaale des Landgerichts Ratibor in Oberschlesien der Gemeindevorsteher Wallach, der Schöffe Wollnik und der Ratwächter Kudla, sämtlich aus dem Dorfe Leng bei Ratibor verhaftet. Der Affäre liegt eine Wilderergeschichte zugrunde.

Untergang eines Seglers. Auf einer Reise von Travemünde nach Wismar ist der deutsche Segler „Hermine“ untergegangen. Das Schiff hatte fünf Mann Besatzung. Gewitterschaden in Belgien. In ganz Belgien sind am Donnerstag schwere Gewitter niedergegangen, die in Brüssel und in der Provinz großen Schaden anrichteten. In Anderlues schlug der Blitz in die Wohnung eines Arbeiters, tötete diesen und verlegte vier Personen schwer. — Bei Carniera wurden drei Wohnhäuser durch den Blitz zerstört. Auch an anderen Orten werden Verluste an Menschenleben und Material infolge von Blitzschlägen gemeldet.

Eingegangene Druckschriften.

66 Prologe für Arbeiterfeste von E. Freygang. Geb. 2 R. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69. Strassenordnung von Berlin. 40 Bl. K. B. Gagns Erben, Berlin SW. 68.

Abgeordnetenhaus.

73. Sitzung, Freitag den 12. Mai, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Dallwitz.

Zweite Lesung des Zweckverbandesgesetzes.

Der grundlegende § 1 bestimmt in der Fassung der Resolution, daß Städte, Landgemeinden, Gutsbezirke, Bürgermeistereien, Ämter und Landkreise zur Erfüllung kommunaler Aufgaben jeder Art miteinander verbunden werden können (Zweckverbände)...

Ein Antrag Kronsohn (Sp.) will den Oberpräsidenten hindern, von seiner Verfügung Gebrauch zu machen, wenn einer der beteiligten Kommunalverbände nicht leistungsfähig genug ist...

Abg. Ling (Z.) stimmt den Kommissionsbeschlüssen im allgemeinen zu, wünscht aber, daß die Landbürgermeisterien aus dem Gesetz herausgenommen werden.

Abg. Büchtemann (Sp.) begründet den Antrag Kronsohn. Den Zwang zur Bildung von Zweckverbänden sollte man nicht über das jetzt bestehende Maß ausdehnen.

Minister v. Dallwitz: Die Kommission hat bereits eine sehr weitgehende Abschwächung des Zwanges zur Bildung von Zweckverbänden vorgenommen, so daß eine weitere Abschwächung dieses Gesetzes absolut unzumutbar wäre.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (H.) ist mit den Vorschlägen der Kommission einverstanden.

Abg. Eder-Winsen (natl.): Wir stehen dem Antrag Kronsohn nicht unsympathisch gegenüber.

Abg. v. Brandenstein (L.): Der Antrag Kronsohn greift in unzulässiger Weise in das Ermessen der berufenen Behörden ein; wir lehnen ihn daher ab.

Abg. v. Saß-Farworst (Kole) behält sich die endgültige Stellung zu dem Entwurf vor.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Hätten wir eine vernünftige demokratische Verwaltung, bräuchten wir nicht erst dieses Gesetz und nicht den Zwang, Zweckverbände zu schließen. Man kommt hier in einen heftigen Konflikt. Wir haben Sympathie für die Gemeinden, weil sie Selbstverwaltungskörper sind; wir haben aber keine Sympathie für Richterstums-politik in den Gemeinden; wir widersprechen nicht der Absicht der Regierung, einer solchen entgegenzutreten...

Zur Eingemeindungen dürfte keinerlei Genehmigung von oben erforderlich sein. Wir sehen auch nicht ein, warum Bezirksausschüsse, Kreis- und Provinzialbehörden über die Bildung von Zweckverbänden der Gemeinden entscheiden sollen. Wir stehen der Absicht dieses Gesetzes freundlich gegenüber, aber für dieses Gesetz mit seinen Eingriffen in die Selbstverwaltung können wir bei unserer allgemeinen politischen Stellung nicht eintreten...

Die Entscheidung der Oberpräsidenten soll durch öffentliche Rücksichten bedingt sein. Charakteristisch war ja die Empörung des Abgeordneten v. Brandenstein gegenüber dem freisinnigen Antrag, der die Kompetenz der Oberpräsidenten einschränken will. Durch die Einseitigkeit gewisser politischer Parteien werden in das Gesetz Gesichtspunkte hineingetragen, die kein moderner kommunalpolitischer anerkennt. Die Einführung der Beschwerde ist gewiß eine Verbesserung. Ob aber das Verwaltungsgericht aus öffentlichen Rücksichten entscheiden wird (Antrag Ling), ist aus der preussischen Verwaltungsorganisation heraus fraglich. Daher ist diese Instanz vertrauenswürdig, aber sie ist doch nicht sachlich zuständig. In § 5 wird die Bestätigung durch höhere bureaukratische Instanzen gefordert, was wir natürlich ablehnen, ebenso wie die königliche Genehmigung für gewisse Angelegenheiten bezw. Beschlußfassungen. Unbedingt lehnen wir auch den § 9 ab, der die Zusammenfassung der Verbandverteilung regelt und die Bürgermeister usw. als geborene Mitglieder beauftragt. Wir fordern auch im allgemeinen Zweckverbandesgesetz

Kleines feuilleton.

Der allzu große Beethoven. In Paris beschlossen vor einiger Zeit die Verehrer Beethovens, dem Meister ein Denkmal zu errichten. Das Geld kam zusammen, der Bildhauer José de Charnoy entwarf das Monument, und nach einigem Hin und Her überließ die Gemeinde einen Platz im Bois de Boulogne. Dann kam die vierte Gemeinderatskommission, die der schönen Künste, die das Monument gutheißt und dem Gemeinderat empfahl, der es wiederum der dritten Kommission — für Straßen und Plätze — zuwies. Weiter gaben noch der Seinepräsident, der Präsident der Republik und der Ministerpräsident ihre Einwilligung, worauf das Komitee den Stein bestellte. Unterdes war aber der kommunale Architekt für Promenaden und Pflanzungen bestimmt worden, weil man unter den vielen Kompetenzen die seine vergessen hatte. Er erklärte dem Seinepräsidenten, das Denkmal sei zu groß. Nun inspizierte das technische Komitee der Gemeinde den Platz und befand wirklich, das Monument müsse um vier Meter Breite verkleinert werden. Der Bildhauer brachte ein kleineres Denkmal in Vorschlag. Das technische Komitee bestellte es im Atelier. Der anwesende Bildhauer Bartholomé erklärte, eine weitere Verkleinerung sei unmöglich, trotzdem wurde ein Bericht erstattet, der sich für eine Verkleinerung um die Hälfte aussprach, und ein Gemeinderat beantragte darauf, die gegebene Autorisation überhaupt zurückzuziehen.

Der Antrag kommt erst im Juni zur Verhandlung, aber seine Annahme ist wahrscheinlich. Das Denkmalkomitee will nun Klage erheben, da ihm die Konzession einmal erteilt worden sei. Der Gemeinderat des Bezirks findet freilich das Denkmal zu „traurig“. Darauf antwortet der Denkmalschöpfer: „Ich habe kein Grab, sondern eine Apotheose schaffen wollen. Hier Erzengel halten das Bildnis des Halbgottes und heben es über die Menschen empor. Es ist ein Werk der Sammlung und der Pflicht, aber es ist nicht traurig. Es deklamiert nicht, und darum hat man es verdammt. Trauriger aber ist die Haltung des Gemeinderats und der Architekten, die ich nicht zu meinen Mitarbeitern gemacht habe. Ich appelliere an meine wahren Richter: Bartholomé, Desnard, Rodin.“

Die ganze Affäre ist ein trauriges und dabei lächerliches Beispiel von dem albernen Bürokratismus, der die Kunst reglementieren will und nebenbei die Geschäfte der für den Bourgeoisiegemäßen produzierenden Claqueurs besorgt. Paris dankt ihm eine wahre Einstützung von plastischem Mist, der in den letzten Jahren seine Straßen und Plätze verunziert hat.

demokratische Wahl

und haben sie beantragt. Wir müssen das Gesetz trotz seiner sympathischen Grundidee wegen seiner reaktionären Bestimmungen ablehnen. Wir werden es im übrigen, wie stets, zu verbessern suchen. Das Gesetz sollte aber auch die Ablehnung der Beamten vom alten preussischen Polizeigeist fördern. (Bravos bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Cassel (Sp.), begründet nochmals die fortschrittlichen Anträge.

Bei der Abstimmung werden die §§ 1, 1a, 1b und 1c in der Fassung der Kommission unter Ablehnung des freisinnigen Antrages angenommen.

§ 2 erhält auf Antrag des Abgeordneten v. Brandenstein (L.) noch folgende Fassung: Der Zweckverband hat die Rechte einer öffentlichen Körperschaft, sofern sämtlichen Verbandsgliedern für sich diese Rechte uneingeschränkt zustehen. Trifft diese Voraussetzung nicht zu, so können dem Zweckverbande auf dessen Antrag die Rechte einer öffentlichen Körperschaft mit königlicher Genehmigung beigelegt werden.

Die Sozialdemokraten beantragen, diesen Zusatz von dem Worte „sofern“ an zu streichen.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (H.): Die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages versteht sich von selbst. (Heiterkeit.)

Abg. Hoffmann (Soz.):

Diese Bemerkung beweist, wie vernünftig und notwendig unser Antrag ist.

Der Antrag wird abgelehnt, die §§ 3 und 4 werden angenommen.

Zu § 5 (Regelung der Rechtsverhältnisse des Zweckverbandes durch Satzung) verlangt ein konservativer Antrag, daß bei freiwilliger Verbandsbildung die Satzung vom Kreis- bezw. Bezirksausschuß auf Antrag der Beteiligten festgesetzt werden kann. Unter Ablehnung eines fortschrittlichen Antrages wird § 5 mit diesem Antrag angenommen, ebenso die §§ 6 und 7.

Bei § 8, Zusammensetzung des Verbandsausschusses, begründet Abg. Büchtemann (Sp.) einen freisinnigen Antrag, wodurch Majorisierung großer Gemeinden durch die kleinen verhindert werden soll.

Minister v. Dallwitz: Da die Abgeordnetenzahl eines Verbandsgliedes „der Regel nach“ hinter der Hälfte der Gesamtzahl zurückbleiben soll, könnte für den Fall einer Majorisierung diese Ausnahme von der Regel eintreten.

Nach weiterer Debatte wird § 8 unter Ablehnung des freisinnigen Antrages in der Kommissionsfassung angenommen.

Bei § 9 (Verbandsausschuß) beantragen die National-Liberalen, daß im Rheinland und Westfalen dem Verbandsausschuß der Bürgermeister, Gemeindevorsteher, Amtmann oder ein anderes Mitglied der Gemeindeverwaltung angehören sollen. Abgeordneter Westermann (natl.) begründet den Antrag.

Abg. Hoffmann (Soz.):

begründet den Antrag auf Einführung des Allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahls für den Verbandsausschuß. Die Logik verlangt, daß diejenigen, über deren Geschäfte bestimmt werden soll, auch ein Mitbestimmungsrecht haben über die Zusammenfassung der bestimmenden Körperschaft. Das können sie aber nur mit dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht. Nun weiß ich ja, daß ich mich im preussischen Abgeordnetenhaus befinde, und ich weiß, welchen Standpunkt Sie hier in der Mehrheit einnehmen. Für Sie könnte es ja auch die andere Logik anwenden: Sie wollen ein edles Reich nicht aufzulösen auf Antrag, wie es das Wahlrecht zu diesem Hause darstellt. Ersprießliche Einrichtungen für die Bevölkerung kann man nur schaffen auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Kries (L.): Der Antrag Westermann bedeutet für Westfalen eine Verbesserung.

Abg. Frhr. v. Los (Z.): Aber nicht auch für die Rheinprovinz. Ich beantrage Streichung der Worte „Bürgermeister“ und „Rheinland“.

Abg. Büchtemann (Sp.): Uns erscheint der Antrag Westermann als eine Verbesserung.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Westermann unter Wegfall der Worte „Rheinland“ und „Bürgermeister“ angenommen. Der sozialdemokratische Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen abgelehnt. § 9 wird darauf angenommen, ebenso § 10.

Zu § 11 beantragen die Sozialdemokraten Streichung der Bestätigungsklausel.

Abg. v. Brandenstein (L.) beantragt, daß die Bestätigung überhaupt erforderlich gemacht wird, auch wenn der gewählte Bundesvorsteher Bürgermeister, Gemeindevorsteher oder Verwaltungsbeamter ist.

Ueber die Entwicklung des Automobilismus bringt das Matheft der „Documents des Fortschritt“ einige interessante Zahlen. Von den vier in Betracht kommenden Ländern — Frankreich, Deutschland, Vereinigte Staaten und Großbritannien — stehen die Vereinigten Staaten mit ihren 190 000 Automobilen (1910) oben an. Am nächsten kommt ihnen England, das in demselben Jahre über 84 841 Automobile verfügte, dann folgt Frankreich mit 46 114 Stück und weit hinten Deutschland, das 1910 nur 24 639 Kraftfahrzeuge ins Feld führen konnte. Das Verhältnis verschiebt sich zum Gunsten Deutschlands noch mehr, wenn man die Bevölkerungszahl in Betracht zieht, während England in diesem Falle wohl an der ersten Stelle stehen würde. Auch bezüglich der jährlichen Zunahme an Automobilen scheidet Deutschland keineswegs günstig ab. Während hier sowie im benachbarten Frankreich die Zunahme in den letzten drei Jahren insgesamt etwa je 15 000 Stück ausmachte, betrug sie in England 44 000 und in den Vereinigten Staaten sogar 90 000. Dieser auffallende Unterschied ist hauptsächlich dem Umstande zuzuschreiben, daß in England und Amerika das Automobil viel mehr Geschäftszwecken dient als auf dem europäischen Kontinent, wo es noch vornehmlich ein Gegenstand des privaten Luxus bleibt.

Theater.

Neues Schauspielhaus: „Eine Million“, Burleske von Georges Feytaud und Marcel Guillemaud. Nach allen den lahmsten Versuchsversuchen, die während der Saison über die Bühne gingen, endlich ein ordentlicher Waderfolg — ein Schwanz, der mit dem diesem Genre eingeborenen Recht auf Lustum erfindet sich etwas anzufangen weiß. Die Virtuosität des Durcheinanderwirbelns verrückter Einfälle hat hier nicht jenen Weisheitsmaß des künstlich kolludierten, der bei der großen Waffe der Pariser Posten so verdröhnlich stimmt; sie wirkt wie eine müßelose Improvisation. Die in den Zwischenpausen eingeschobenen, die Abenteuer illustrierenden Kinematographenbilder mit den jagenden Autos und Personen entsprechen symbolisch der Karriere der Szenen selbst. Pariser Bohemiens, Kapuzen, Polizisten drängen sich in buntem Anzettel. Wie eine Bombe platzt in die von Freunden und Geliebten bedörferte Theateridylle des jungen Rainers Michel die Nachricht, daß sein Ros eine Million gezogen. Aber im nächsten Moment ist der Gewinn schon wieder weg. Auf die einfachste Weise. Der berühmte La Tulipe, ein prominenter Einbrecherkünstler, springt, von der Polizei bedrängt, durchs Dachfenster in das Atelier, maskiert sich, den Verfolgern zu entgehen, mit Beihilfe einer mittelaltig-wertherigen Freundin Michels als Modell und verschwindet in Michels Jocke, in der das Ros steckt, über die Dächer. Nun hebt der Wettlauf nach der schmierigen Zoppe an, die wie Fortuna lächelnd stets ausschweift. Man findet

Abg. Büchtemann (Sp.) begründet einen Antrag, wonach Städte, deren Einwohnerzahl das Doppelte des übrigen Verbandsgebietes ausmacht, beanspruchen können, daß ihr Bürgermeister Verbandsvorsteher wird. Er bekämpft den Antrag v. Brandenstein.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Der Antrag v. Brandenstein verschlechtert noch mehr die Vorlage. Die Bestätigungsklausel bedeutet, daß der Verbandsvorsteher in dem Augenblick, wo er sein Amt antritt, will,

an die Kette der Regierung gelegt

wird. Der ganze Absatz 2 ist uns Sozialdemokraten unannehmbar. Wir können uns nie und nimmer zu der in diesem Absatz niedergelegten Auffassung bekennen, daß es in Preußen keinem freien, unabhängigen Mann gewährt sein soll, öffentliche Ämter zu verwaltten, sondern daß man dazu erst faktisch sein muß und durch die Abhängigkeit von oben an die Kette gelegt sein soll. Dieses System der Bevormundung ist das Unrechtlichste für jeden Menschen, der ein Gefühl für seine Würde hat. Sie (zur Rechten) werden es natürlich nicht wahr haben wollen, daß darin eine Entwürdigung des Volkes liegt, denn Sie wünschen ja diese Bevormundung, damit Sie den anderen Ihren Willen aufzwingen können. Für Sie bedeutet der Absatz ja die Sicherung eines von Ihnen von allerhöher ausgetübten Privilegs. Sie wünschen ja auch die Möglichkeit der Kontrolle, ob der Verbandsvorsteher auch hübsch folgsam und artig ist dem Oberpräsidenten gegenüber. Das Bestätigungsklausel hat sich immer als schädlich für das Volkwohl erwiesen. Der konservative Antrag will noch über den Regierungsentwurf hinaus die Verbandsvorsteher der Willkür der Regierung preisgeben. Es ist eine im höchsten Grade unwürdige Zumutung, die uns der konservative Antrag entgegenbringt. Ihnen ist ja sogar der Gedanke unerträglich, daß durch das Verwaltungsfreireiverfahren eine Kontrolle eintreten kann. Wir bitten Sie, unseren Antrag anzunehmen. Lehnen Sie ihn ab, wir sind zufrieden damit. Sie stellen sich damit ein Reumundzeugnis aus, das wir verwerten werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frhr. v. Zedlitz (H.) tritt mit unüberänderter Annahme des § 11 und polemisiert gegen den Abg. Dr. Liebknecht.

Abg. Dippel (natl.): Wir sind gegen den Antrag v. Brandenstein, der über das Ziel hinausgeschießt.

Abg. Cassel (Sp.): Den Antrag v. Brandenstein lehnen wir ab. Prinzipiell halten wir überhaupt die Bestätigung für entbehrlich.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) wendet sich gegen Ausführungen des Abgeordneten Dippel.

Bei der Abstimmung werden die Anträge Dr. Liebknecht (Soz.), v. Brandenstein (L.) und Kronsohn (Sp.) abgelehnt. § 11 wird in der Kommissionsfassung angenommen, ebenso die §§ 12 und 13.

Nach § 14 bleibt den Verbandsgliedern die Aufbringung der Verbandsumlagen nach Maßgabe ihrer Verfassung vorbehalten.

Abg. Graf Claiton v. Hausenwille (L.) begründet folgenden Zusatz: Steht ein Gutsbezirk, der zu den Verbandsgliedern gehört, nicht ausschließlich im Eigentum des Gutsbesizers oder steht innerhalb des Gutsbezirkes einer anderen Person als dem Gutsbesitzer ein Erbbaurecht zu, so kann auf Antrag des Gutsbesizers ein Statut erlassen werden, welches die Unterabteilung der Verbandslasten regelt.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (H.) begründet einen Antrag, wonach die Regelung der Beitragspflicht nach dem Interesse der Beteiligten an den Ausgaben des Zweckverbandes zu erfolgen hat. Die Bestätigung ist zu verweigern, wenn die Vorteile der Beteiligten an dem Zweckverband nicht im richtigen Verhältnis zu den von ihnen zu übernehmenden Lasten stehen.

Abg. Billa (Z.) begründet einen Zusatz: Einwohner des Gutsbezirks, die im Lohn- oder Dienstverhältnis zu dem Gutsbesitzer stehen, scheiden bei der Unterabteilung der Verbandslasten aus.

Nach unwesentlicher Debatte wird § 14 mit den beantragten Zusätzen angenommen. § 15 wird debattellos angenommen, ebenso § 16a mit einem Zusatzantrag v. Hausenwille, wonach die zu den Verbandslasten mit herangezogenen Grundbesitzer, Erbbauberechtigten und Einwohner der Gutsbezirke die gleichen Rechte haben sollen wie Gemeindeangehörige. § 16 wird debattellos angenommen. § 17 wird angenommen mit einem Zusatzantrag v. Brandenstein (L.): Die Mitglieder des Verbandsausschusses werden vom Vorsitzenden vereidigt. Sie können nach Maßgabe des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung im Wege des Disziplinarverfahrens ihrer Stellen entzogen werden.

Der Rest des Gesetzes wird ohne wesentliche Debatte un verändert angenommen. Damit ist die zweite Lesung des Gesetzes erledigt.

Nächste Sitzung: Sonnabend, 11 Uhr. (Zweckverband Graf Berlin, zweite Lesung.) Schluß 3/4 Uhr.

La Tulipe in seinem Schlupfwinkel, indes der große Mann hat das Objekt bereits an einen italienischen Tenor veräußert. Die weiße Polizei, die das verdächtige Haus umstellt, hat nicht Michel und seinen Kameraden statt La Tulipe als Diebesgangel ab; jedoch ein ihnen zugesandter Einbrecher- und Versteckungsapparat allerneuester Erfindung ermöglicht ihnen, wiederum in einfachster Weise zu entweichen, indem sie alles Chloroformieren. In diesen übermäßig parabolischen Szenen gibt sich die Postenkompil, doch ohne darum später abzulaufen. Auf die Kämpfe mit dem schwärmerischen Tenor, dem die Jocke von Michels Freundin nun entrispen wird, um beim Herunterstürzen in ein vorüberfahrendes Automobil zu fallen, und dann die Auslösung sind voller drohlicher Triumphe. La Tulipe, der dankbare Edelverbrecher, der die aus dem Auto zurückgestohlene Jocke nebst Inhalt seiner Ketterin zurückbringt, entgeht der abermals eindringenden Polizei, indem er sich als schwebendes Modell eines friedlichen Weihnachtsgengels zur Decke hochziehen läßt. Ton und Tempo der Aufführung unter der Regie des Herrn Rehbach war vorzüglich auf die bestmögliche Wirkung eingestellt. Den größten Anteil an Erfolge hatten die drei Bohemiens der Herren Köllendorf, Burg und Wolf und Paul Rehrs rüchlich romantischer Tenor.

Notizen.

Otto Ludwig, dem Dichter des „Erbförsters“ und der Erzählung „Zwischen Himmel und Erde“ ist in Dresden, wo er sich länger aufhielt und 1865 starb, eine Ferme gesetzt worden.

Die deutsche Wäckerproduktion ist, wie die „Mensch“ berichtet, nach alten Verhältnissen und den neuen Wäckerzeugnissen seit 1864 berechnet worden. Die Entwicklung bis 1909 stellt sich folgendermaßen dar:

Table with 4 columns: Jahr, Druck-schriften, Jahr, Druck-schriften, Jahr, Druck-schriften. Data rows for years 1864, 1860, 1818, 1700.

Die jährliche Gesamtproduktion der Erde wird auf etwa 100 000 Werke und die Gesamtzeugung der Welt seit Erfindung der Buchdruckerkunst bis 1909 auf etwa 14 Millionen Wäcker geschätzt.

— Schug vor Konservatorien, die ihre Schüler ausbeuten, ohne sie zu fördern, wurde erst kürzlich auf dem Pädagogischen Kongress, der in Berlin tagte, gefordert. Eins dieser Institute — das Mozart-Konzervatorium, das elf Klassen unterrichtet — ist jetzt geschlossen worden, weil seinem Direktor die Befähigung zur Leitung einer solchen Anstalt abgesprochen wurde.

KAVALIER

beste Lederpuß-Creme der Welt

Gibt mühelos schönsten wasserfesten Hochglanz Macht das Leder geschmeidig weich und haltbar Färbt in der Nässe nicht ab.

Niederlage in Berlin S.W. 68
Markgrafenstr. 91 G.F. Müller-Telephon IV 10302.



Prachtvoller Blumen-Flor

wird erzielt durch Düngen mit echtem
Dr. Landmann's Blumen-Dünger.

Bestmännlich langjährig erprobt.
Voll 10 und 25 Pf. — Mischdose 25 und 50 Pf.
Kleinst-Dose 1 Pf. — 2 Pf. — 3 Pf. — 4 Pf.
Nur echt in Original-Verpackung in allen ein-
schlägigen Geschäften zu haben.
Dr. E. Landmann, Berlin-Pankow, Parkstr. 1 A.

Konfektion

Um jedermann die Möglich-
keit zu geben, seinen Sommer-
bedarf zu decken, stellen wir
die Abzahlungsbedingungen
bis auf weiteres ganz beson-
ders günstig. Wir empfehlen
— in grosser Auswahl —

anzüge von 4 Mark
Anz. an

anzüge von 10 Mark
Anz. p. Woche

auf Abzahlung

Herren-Anzüge		
1 Anzug 15 Mark	... Anzahlung	3.00
1 Anzug 21 Mark	... Anzahlung	4.00
1 Anzug 27 Mark	... Anzahlung	5.00
1 Anzug 34 Mark	... Anzahlung	6.00
1 Anzug 42 Mark	... Anzahlung	8.00
Herren-Paletots		
1 Paletot 18 Mark	... Anzahlung	3.00
1 Paletot 24 Mark	... Anzahlung	4.00
1 Paletot 30 Mark	... Anzahlung	5.00
1 Paletot 36 Mark	... Anzahlung	6.00
1 Paletot 42 Mark	... Anzahlung	8.00
Damen-Garderobe		
Paletot 15 Mark	Anzahlung	3.00
Paletot 22 Mark	Anzahlung	5.00
Kostüm 30 Mark	Anzahlung	6.00
Kostüm 38 Mark	Anzahlung	10.00

S. Gottlieb
G. m. b. H.
Rosenthaler Str. 54, I

Vorjährige feinste
Frühjahrs-Ulster
und
elegante Anzüge
jetzt 20-50 Mark.
Täglicher Verkauf.
Kavaller-Klub,
Unter den Linden 61 II.

Albessinier-Pumpen

zum Selbststellen für
Gartensprenger u. Lauben-
kolonnen von 8 M. an
Blühpumpen,
Gartensprenger,
Filter, Röhren,
Schläuche usw. billigt.
Erdböhrer leihweise.

Carl Köchlin & Co.,
Berlin SW.
(IV 1676) Alte Jakobstr. 18/19

Theater und Vergnügungen

Sonnabend, den 12. Mai
Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opernhaus. Salome. An-
fang 8 Uhr.
Königl. Schauspielhaus. Ein Erfolg.
Deutschs. Faust. 2 Teil. Anfang
8 Uhr.

Anfang 8 Uhr.
Kammerspiele. Samuran.
Römische Oper. Orpheus in der
Unterwelt.
Neues königl. Opernhaus.
Geschlossen.
Neues Schauspielhaus.
Eine Million.
Samstags 9 Uhr: Aufführung
Stierkampf Konfession.
Festung. Glaube und Heimat.
Kleines. Der Leibgarde.
Berliner. Bummelstudenten.
Wetten. Die geschiedene Frau.
Neues. Kein erlauchter Knaberr.
Schauspielhaus. Der fahrrad-
Trianon. Das Fräulein.
Thalia. Polnische Wirtschaft.
Schiller O. (Wagner. Theater.)
Der Traum ein Leben.
Schiller. Charlottenburg. Der
große Name.
Friedrich. Wilhelmstädtisches.
Kasernenluft.
Gerritfeld. Das Scheidungs-Souper.
Ein Verlobungs-Geschäft. Die
Bar-Schwester.
Neues Operetten. Der Graf
von Luxemburg.
Goldoper. Die Doberprinzessin.
Rufen. Ohne Mutter.
Wobers. Großstadtluft (Anfang
8 1/2 Uhr.)
Kofe. Auf nach New York.
Folies Caprice. Berlin wird
plagen! III. Klasse. (Anfang
8 1/2 Uhr.)
Metropol. Hohet amüsiert sich!
Rasno. Zwei Wappen.
Wolgt. Das Bild im Winkel.
Wolke. Spezialitäten.
Wassage. Spezialitäten.
Woad. Die Hochzeitsreise.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Walhalla. Prinz und Beierin.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Kaffee-Panorama. Wanderung
durch den Berg. Hochgebirge in
der Schweiz.
Santines. Die neue Geliebte. Van
und Dapnis. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Karl Haberland. Spezialitäten.
Wedding. Lichtspiele.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Lebende Tierbilder
von nah und fern.
Nachmittags 4 Uhr: Lebende Tier-
bilder von nah und fern.
Sternwart. Invalidenstr. 57-59

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Nachmittags 4 Uhr:
Lebende Tierbilder von nah und fern.
Abends 8 Uhr:
**Lebende Tierbilder
von nah und fern.**

**Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.**
Sonnabend, den 12. Mai, 8 Uhr:
Kasernenluft.
Sonntag zum 1. Male: Der
Hüttendiebstahl.
Montag und folgende Tage: Ka-
sernenluft.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Der Feldherrnhügel.

Luisen-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Ohne Mutter.
Preisgekröntes Sensations-Schauspiel
in 5 Akten von Benjamin Depaire.
Sonntag, den 14. Mai, nachm. 3 Uhr:
Zum 25. Mal:
Aus erster Ehe.

„CLOU“

BERLINER KONZERTHAUS
Mauerstr. 22. Zimmerstr. 90-91
Täglich!
nachmittags und abends

Große Konzerte

ausgeführt von Garde-Regiments-Kapellen
bei freiem Eintritt.

Vorzügliche Küche. Spezialauschank von Münchener Mathäuser-Bräu.

Neue Welt.

Große Spezialitäten-Vorstellung
Auftreten der
spanisch. Nationaltänzerin Sennorita Dolina
und der indischen Schönheit Miß Lala-lea.
im Kinema ausgewähltes Programm.
Heute Eintrittspreis 10 Pf.
Täglich nachmittags

Großes Promenaden-Konzert.
Wasserrutschbahn — Liebesmühle — Lachkabinett.

SPREE HAVEL
Stern
DAMPFSCHIFFFAHRT GESELLSCHAFT POTSDAM U.S.

Sonntag, den 14. Mai,
Billige Dampfer-Sonderfahrten.

Ab Jannowitzbrücke 9,00 Uhr v. nach Woltersdorfer Schleuse. Einf. Fahrt 70 Pf.
Rauchfangwerder. Einfache Fahrt 50 Pf.
Krampeburg u. Schmückwitz.
Schle. Tor eine Viertelstunde später. Einfache Fahrt 50 Pf.

Nach Potsdam von Berlin, Weidendamm Br. um 9,00 v., Café
Gärtner (Bahnh. Bellevue 9,25 v., Charlottenburg, Schloßbr., 9,50 v.

Kußerdem in allen drei Betrieben regelmäßige Verbind. II. Fahrplan.

Am Wochentagen vom billigen Extrafahrten - Woltersdorfer Schleuse.
15. Mai ab: Beginn der
Täglich ab Jannowitzbrücke vorm. 9,00 Uhr und nachm. 2,00 Uhr;
ab Schle. Tor eine Viertelstunde später.

Dampfer u. Motorboote werden in diesem Jahre für Gesellschaften,
Schulen usw. besonders billig abgegeben

WINTERGARTEN

Neues Programm!
LA TORTAJADA.
The surf bathers
eine Idylle am Meerestegade.
De Dio
in ihren neuesten Schöpfungen
von Phantasietänzen
und der von
Publikum und Presse
glänzend beurteilte
Mai-Spielplan.
— Rauchen gestattet —

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab 4 Uhr:
Großes Militär-Konzert.
Eintritt 1 Mark,
von abends 6 Uhr ab
50 Pf. Kinder unter
10 Jahren die Hälfte.
Jahres-Abonnements an allen drei
Schalterkäffen.

Zirkus Busch

Heute abends 8 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
Ernstob, der Meister tatar-
ischer Kriegswaffen.
Dr. Burthard-Boottli, Schachretter.
Der urfremische Hansly - Janzen.
Die Treblanis, Herr Ernst Schu-
mann, Neudressuren, 3 Frauentänze,
urfremische Clowns.
Um 9 1/2 Uhr zum 16. Male:
Die neue große Frühjahrs-
Gantomime
**Ein Jagdfest am Hofe
König Ludwig XIV.**
Vorher das große Galaprogramm.

Voigt-Theater

Gesundbrunnen, Bahstraße 58.
Heute Sonnabend: Keine Vorstellung.
Sonntag, den 14. Mai 1911:
Bei günstiger Witterung im Garten:
Das Glück im Winkel.
Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Wertheim
wird plätzen!
Bunter Solo-Tell.
III. Klasse.

DMIRAS PALAST

Geöffnet ununterbrochen von
10 Uhr vormittags.
**Zahlreiche Kunstlauf-
Produktionen.**
Allabendlich:
Das feenhaft ausgest. Eisballett

Montreal
Die Stadt auf Schlittschuhen
Bis 7 Uhr und von 10 1/2 Uhr
abends: halbe Kassenspreise.
Unterricht im Schlittschuh- und
Kunstlaufen wird erteilt.

Trianon-Theater.

Geschäft des Reuen Schauspielhauses.
Täglich abends 8 Uhr:
Das Fräulein.
Liebesroman in 3 Akten v. R. Miß.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Britton als
Wiese im Oseerod.
Anfang
nachmittags
8 Uhr,
Sonntags
7 Uhr.

Nibles Fest-Säle

Dennewitzstraße 13.
Jeden Sonnabend:
Tanzkränzchen.
16065
C. Nible.
Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

POSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Auf nach New York.
Sonntag 3 Uhr: Muttersegen.
8 Uhr: Auf nach New York.
Montag: Robert und Vertram.

Apollo Theater

8 1/2 Uhr: Das neue Programm der
Attraktionen.
9 1/2 Uhr:
Berlins Sensation:
Um ein Weib.
Großes amerikanisches Ausstattungs-
Sensationsstück in acht Bildern.
Nie gesehene Effekte.

Metropol-Theater.

Hohet amüsiert sich!
Operette in 3 Akten von S. Fremud.
Musik von Rudolf Nelson.
In Szene gesetzt vom Dr. R. Schulz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.
Sonnt. 3 Uhr: Wamsfel Pitouche.

Heute

beginnen die
läst neuen
Sensations-
Programme

U. T.

Union-Theater
Alexanderplatz
U. d. Linden 21
Wedding
Horitzplatz
Haseuhelde

Abfahrtsl. Schillingsbrücke

am Schließchen Bahnhof.
Morgen Sonntag, früh 8 1/2 Uhr, mit Musik nach Neue Mühle;
früh 9 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse. Einfache Fahrt 50 Pf. —
Mittags von 2 Uhr ab ca. stündlich nach Restaurant Ruffhäuser, Rieber-
Schänke. Einfache Fahrt 30 Pf. Nachts: Militär-Konzert.
Ruhgäste zahlen kein Entree. 17475 R. Tismer.

Spree-Havel-Dampfschiffahrts- Gesellschaft Stern.

Jeden Sonntag, vor-
mittags 10 Uhr, ab Brandenburger Ufer (Jannowitz-
brücke) nach Schließchen Tor (Hochbahn).
Billige Dampfer-Sonderfahrten nach Voigts Krampeburg (Berliner Alpen)
für Gesellschaften und Familien passendstes Ausflugslokal. Fahrpreis 50 Pf.
Um regen Besuch bittet
Robert Voigt, Amt Röhren 227.

Reederei Nobiling

Morgen Sonntag:
Große Extrafahrten mit Musik

8 1/2 nach Woltersdorfer Schleuse | Ein u. zurück
2 1/2 der | | 80 Pf.
9 nach Berliner Schweiz | 10 Uhr | Kinder 40 Pf.
2 1/2 der | früh nach Neue Mühle | |

Dort Konzert und Tanz. Rückfahrt auf illuminierten Dampfern.
Wasserschiff: Jannowitzbrücke vor Restaurant Schützkeil.
Som 13. Mai an: Beginn der regelmäßigen Wochen-
fahrten 9 und 2 1/2 Uhr nach dem Frühjahrsfahrplan. 72/14

Noacks Theater.

Direktion: Robert Hill.
Berlin N., Brunnenstraße 16.
Große Extravorstellung:
Die Hochzeitsreise.
Lustspiel in 3 Akten von R. Benedig.
Vorher: Ein bengalischer Tiger.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Königstadt-Kasino.

Golmannstr. 72.
Sensationeller Erfolg:
Flachshaar als Erzieher.
The 3 Luissets. Otto Bayer.
Oswald Henrich. Anita Ravera usw.
Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntag 1 1/2 Uhr.

una-Park

Sensationelle
Attraktionen!
Ben Ali Bey
Klassische Zauberkunst
des Orients.
Tanagra-Theater. □ Lachhaus
u. a.
Translatour- und
Militär-Konzerte.
Eintrittspreis 50 Pfg.

Stadt-Theater Moabit

Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, den 14. Mai 1911:
Die Anna-Lise.
Anf. 8 Uhr. Kassenerlösn. 6 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Tanz.

Casino-Theater

Lothringer Straße 27. Täglich 8 Uhr.
Vehler Spielmann hat den Berlin.
Gallip. d. berühmte Theaterkassette:
Leben und Treiben im Kaukasus.
Dazu d. gr. Lachserfolg in dieser Saison
„Zwei Wappen“.
Sonntag 8 1/2 Uhr: „Marianne“.

Sonntag, den 14. Mai,
 von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags
 finden die
Wahlen von 8 Delegierten

- zum diesjährigen Gewerkschaftstongress
 in folgenden Lokalen statt:
- Kaczorowskis Festsäle, Ravenstr. 6.
 - Wernickes Festsäle, Ackerstr. 123.
 - Frankes Festsäle, Badstr. 19.
 - Hönischs Restaurant, Wichertstr. 5.
 - Obiglos Festsäle, Schwedter Str. 23.
 - Karsowskys Restaurant, Bernauer Straße 82.
 - Hoffmanns Festsäle, Dragonerstr. 15.
 - Lachnichts Restaurant, Maxstr. 13b.
 - Kronen-Brauerei, Alt-Heubitz 47/48.
 - Palzenhofer Brauerei, Turmstr., Ecke Stromstr.
 - Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 5.
 - Fröhlichs Restaurant, Muskaner Str. 1.
 - Heltmanns Festsäle, Schönleinstr. 6.
 - Neue Rathaussäle früher Obat (im Tunnel), Schöneberg, Martin Latherstr. 51.
 - Wiemers Restaurant, Bülowstr. 58.
 - Litlins Festsäle, Hemeler Str. 67.
 - Boekers Festsäle, Weberstr. 17.
 - Elysium, Landsberger Allee 40/41.
 - Rummelsburg, Blumes Restaurant, Alt-Dorfbagen 56.
 - Rixdorf, Hoppes Festsäle, Hermannstr. 49.
 - do. Zibells Restaurant, Elbestr. 8.
 - do. Rückheims Restaurant, Bergstr. 98.
 - Tempelhof, Wilhelmgarten, Berliner Str. 9.
 - Charlottenburg, Volkshaus, Rosmenstr. 2.
 - Köpenick und Friedrichshagen, Lehmanns Restaurant, Bahnhofstraße 44 in Köpenick.
 - Steglitz, Clements Restaurant, Döppelstr. 7.
 - Adlershof, Restels Restaurant, Friedenstr. 14.
 - Ober-Schöneweide, Warncke's Restaurant, Wilhelmshof-Straße 13.
 - Weißensee, Peuker's Restaurant, Allee 251.
 - Pankow, Rozyekis Restaurant, Kreuzstr. 2-4.
 - Spandau, Restaurant Böhle, Havelstr. 26.
 - Tegel, Kakies Restaurant, Berliner Straße 92.

Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen!
 Die Stimmzettel werden am Eingang zu den Wahllokalen verteilt.
 Wahlleiter ist der Kollege Otto Handke, Charitéstr. 3.

Montag, den 15. Mai 1911, abends 8 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung
 der Schmiede, Kesselschmiede u. autogenischen Schweißer
 im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c.

Tages-Ordnung:
 1. Lichtbildvortrag des Genossen Huber über: "Arbeits- und Selbsthilfe in der Wohnungsfrage". 2. Diskussion. 3. Branchenanliegenheiten und Verschiedenes.
 Kollegen! Bei der Wichtigkeit des ersten Punktes der Tagesordnung für die gewerkschaftliche Arbeiterschaft ist es notwendig, daß für diese Versammlung rege Propaganda gemacht wird. Die Frauen sind hiermit besonders eingeladen.
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
 Die Ortsverwaltung.

Geldnot
 in das Nebel der jetzigen Zeit. Wollen Sie sparen, so sparen Sie am rechten Fleck. In dem Kaufhaus für Monats-Garderoben erhalten Sie von

Millionären

Reisenden, Kavalleren, Doktoren nur wenig getragene zeitwollene, vielfach auf Seide gearbeitete

Serie I Serie II Serie III
 Maß-Anzüge 8 M. 14 M. 18 M.
 Maß-Paletots 6 M. 12 M. 16 M.

Gesellschafts-Anzüge werden billig verliehen.

Kaufhaus für Monats-Garderoben
 nur Große Frankfurter Str. 93 nur

Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.
 Keine Willkür am Platze. Versand nach außerhalb.
 Abteilung II: Neue Garderoben.

Nur Große Frankfurter Straße 93



Bastleinen Kostüm
 prima Ware, mit Spachtel-Entredoux und reicher Stickerei
19.-

Leinen-Paletots
 die letzten Neuheiten
 4.75 5.50 6.50 8.-
 bis 37.50

Paletots in Poiretform
 Leinen, Seide, Popeline
 15.25 19.50 22.25 24.75
 26.75 bis 35.-

Leinen-Kostüme
 und u. gestreift 9.75 11.25 12.50
 in Bastleide 24.75 33.- 48.75
 usw.

Tailen-Kleider
 in feiner französischer Art
 Musseline und Popeline
 12.75 15.25 17.75 bis 57.-

Weiß Batist-Kleider
 sehr elegant
 3.75 4.75 8.75 12.-
 bis 35.-

Engl. Paletots u. Kostüme
 ganz moderne Fassons
 2.75 4.50 5.50 13.75
 17.75 24.50 bis 75.-

C. & A. Brenninkmeyer
 König-Strasse 33
 am Alexander Platz

MÖBEL
 für Brautleute!
 Seltenes Angebot!

Liefero:
 2 Bettstellen für nur
 1 Kleiderschrank
 1 Spiegel
 1 Spiegelschrank
 1 Tisch
 2 Stühle
 1 Küchenschrank Anzahl.
 1 Küchentisch Wochenrate
 1 Küchenrahmen 1.50-2 M.
 1 Küchenstuhl

15 M.

Stilgerechte Schlafzimmer
 Stilgerechte Speisezimmer
 Stilgerechte Wohnzimmer
 Stilgerechte Herrenzimmer
 In jeder gewünschten Holz- und Stilart.
 Anzahlung 40-60 Mark.
 Einzelne Möbelstücke
 Anzahlung 3 Mark.

M. Beiser
 Lothringer Str. 67
 nur Ecke Gormannstraße.
 Sonntags bis 2 geöffnet.

Eine Mark
 wöchentliche Teilzahlung
 elegante
Herren-Moden
 fertig und nach Mass.
 feinste Verarbeitung.

S. Boltuch
 Herren-Schneiderei
 nur
 Frankf. Allee 75, 1
 Eingang Theater Str.

Monats-Garderobe!
 Die besten Sommer-Paletots und 3-400 getragene Anzüge für Herren, Smoking-Anzüge, Frack-Anzüge, sowie von Kavalleren getragene, fast neue Sachen, für jede Figur passend, in größter Auswahl zu unübertroffenen billigen Preisen.
 1 Treppe, deshalb billiger wie im Laden. 65/14*
 Hirsch Kleiderbaum, Wasserortstr. 12/13 I

Ausnahmepreise für Mai, Juni, Juli

A. B. KOCH
 Kohlen- u. Briketts-Großhandlung
 Gegr. 1893

Hauptkontor: Petersburg Str. 1 Berlin. Telefon: Amt 7, 3040 O 31. und 3096.

Lagerplatz 1: O., Rüdersdorfer Str. 71 (am Kästriner Platz, alt. Ostb.).
 Lagerplatz 2: O., Fruchtstraße 13 (Ostbahn-Güterbahnhof)
 Lagerplatz 3: N., Behmstr. 36 (Schivelbeiner Str., Ecke Malmör Str.).
 Tel.: Amt 3, 7785.

Preise für 10 Marken ab meinen Lagerplätzen von 10 Zentnern an:
 pr. Ztr. pr. Ztr.
 Ia Sentenb. Mariengluck Salon 74 Pf. Ia Ilse Salon 90 Pf.
 Ia Sentenb. Gotthold Salon . 77 Pf. Ia Halbsteine 74 Pf.
 Ia Diamant Salon 90 Pf. Ia (westl.) Antirack Cadé 2.10 M.
 (Ges. gesch. p. Ztr. 115-120 Stck.)

Bei Frankolieferung je nach Quantum per Ztr. 10-18 Pf. mehr.
 Bruchbriketts, Steinkohlen billigst. Koks zu Anstaltspreisen.
 Holz, zerkleinert, per Zentner 1.95 M.
 Bei größeren Abschlüssen u. Originalwagg. verl. Sie meine Spezialkoffer.

Als besond. preiswert sind meine unübertroffenen Mariengluck-Briketts zu empfehlen, welche ich bei 3000 Stück mit
7.50 pr. Taus. bei 30 Ztr. mit **84 Pf. pr. Ztr.** franko bis 4 Treppen inklusive aller Unkosten liefere.

Kadda

SCHUTZ-  MARKE

Spezialmarke: Kadda Gold, beste 2 Pfg.-Cigarette
Cigarettenfabrik „Kadda“
 Berlin N. 37.

Kredit
 an Jedermann.
 Denkbar günstigste Zahlungs-Bedingungen.

Anzüge
 für Herren und Knaben
 Herren-Paletots
 Damen-Konfektion
 Manufaktur-Waren
 Wäsche

Ferner weise ich auf mein großes Lager in

Möbel
 Betten, Polsterwaren,
 Kleiderschränken, Vertikos,
 Bettstellen, Plüschgarnituren sowie ganzen Wohnungs-Einrichtungen hin.

Enorm billige Preise
 Tadellose Waren.
 Kleinste Anzahlung

Größte Kulanz bei Arbeitslosigkeit und Krankheitsfällen.

Hans Wittkopp
 Rosenthaler Str. 33
 vis-a-vis Neue Schönhauser Str.

8 Sonder-Angebote

Sommer-Joppen

- No. 1 Grünlicher Baumwollstoff, hinten mit Zug, soweit Vorrat 90 Pf.
- No. 2 Dunkelgrauer Waschstoff, hinten mit Gurt oder Zug M. 2.25
- No. 3 Praktischer, grauer Loden, mit oder ohne Gurt M. 3.00
- No. 4 Blaugrauer Waschstoff. Körpergewebe mit Gurt M. 2.90

Lüster-Jacketts

- No. 5 Schwarzer Lüster, soweit Vorrat M. 1.85
- No. 6 Schwarzer Panama-Lüster. Solide Qualität M. 3.00
- No. 7 Grau gemusterter Lüster, gestreift und kariert M. 4.00
- No. 8 Creme Lüster für Strand und Sommerfrische (Ersatz für Bastseide) 7.50

Moderne Stroh Hüte

in den neuesten Formen und Geflechtes M. 1.50

Wasch-Westen

hellgestreifte, neueste Dessins . . 2.25
5 Stück für M. 6.50

Panama - Hüte

fertiggarnierte, geledert, hochfeines Geflecht M. 6.00

Bast-Anzüge, Tennis-Anzüge, Weiße Anzüge, Westen-Gürtel, Staub-Mäntel, Reise-Mäntel, Leichte Ulster, Dünne Regen-Mäntel, Sommer-Mützen, Stoff-Hüte, Sport-Hemden, Bunte Oberhemden etc.

Baer Sohn

Kleider-Werke □ Deutschlands größte Fabrik dieser Art

Chausseestraße 29-30
Gr. Frankfurter Straße 20



11 Brückenstraße 11
Schöneberg, Hauptstr. 10

Der HAUPT-KATALOG Nr. 42 (Neueste Moden der Saison) kostenfrei!



Eröffnung

unseres Spezialgeschäftes großen Stils
= für moderne Fußbekleidung =

Oranienstr. 51

Parterre und I. Etage (neben Wertheim)

Sonnabend, den 13. Mai, vorm. 11 Uhr

„Schuh-Sport“ Flaum

Sie werden über unsere Leistungsfähigkeit staunen!
Ein Blick in unser Schaufenster sagt Ihnen alles!

Eigene Filialen in
den größeren Städten
= Deutschlands =

Unsere **3** Schlager

ges. gesch.

MARKE
PROPAGO 6⁷⁵
Elegante Formen!

MARKE
SALAMBO 8⁷⁵
Vom Guten das Beste!

SALAMBO
LUXUS 10⁷⁵
Vornehme Nahmenarbeit!

13. Generalversammlung der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

München, 11. Mai 1911.

Zu Beginn des 4. Verhandlungstages referierte Tobler über die zum Punkt

Gewerkschaftsfongreß

gestellten Anträge. Ein Antrag Bremen verlangt, daß ein Aussperrungsfonds geschaffen werde, an dem sich alle Gewerkschaften zu beteiligen hätten. Tobler meinte hierzu, daß der Gedanke gut und auch schon von anderen Instanzen erwogen worden sei, es hätten sich aber eine ganze Reihe Bedenken dagegen erhoben. Riech-Vorlin verlangt vom Vorstand, wegen der Grenzstreitigkeiten energische Schritte zu unternehmen, da die auf dem Hamburger Gewerkschaftsfongreß gefasste Resolution von einzelnen Verwaltungsorganen verschiedener Verbände nicht eingehalten würde. Nach einer längeren Debatte wurde der Antrag Bremen angenommen, der Antrag Riech dem Vorstand überwiesen.

Als Delegierte zum Gewerkschaftsfongreß wurden je ein Vertreter des Vorstandes, der Redaktion und des Ausschusses sowie aus der Mitte der Generalversammlung 7 Delegierte gewählt, und zwar Rehn-München, Buch-Hamburg, Streine-Leipzig, Zimmermann-Frankfurt, Schubert-Hannover, Jakobiet-Berlin und H u h-Stuttgart.

Hierauf erstattete Benke-Hamburg Bericht für die Kommission betreffend Erwerbslosenunterstützung.

Die Kommission habe versucht, den Wünschen der Delegierten nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. Die wesentlichsten Vorschläge der Kommission lauten: der Mehrbeitrag, der bei Einführung der Unterstützung voll an die Hauptkasse abgeführt werden muß, soll 20 Pf. statt 25 Pf. betragen. Dafür wird aber der Beitrag für die Sommerwoche von 35 auf 40 Pf. erhöht. Der Beitrag für männliche Mitglieder darf in den Sommerwochen (von der 6. bis 45. Woche) nicht unter 70 Pf. und in den 12 Winterwochen nicht unter 40 Pf. betragen; von den Sommerbeiträgen werden 60 Pf., von den Winterbeiträgen 35 Pf. an die Hauptkasse abgeführt. Der Beitrag für weibliche Mitglieder soll 40 Pf. betragen, wovon 35 Pf. an die Hauptkasse abgeliefert werden müssen. Die vom Vorstand vorgesehene Karenzzeit von 2 Jahren und der Unterstützungssatz von 1,50 Mark für 18 Tage für das erste Jahr nach Ablauf der Karenzzeit soll beibehalten werden. Die Unterstützung soll in der Weise erweitert werden, daß, wenn ein unterstützungsberechtigtes Mitglied in einem oder mehreren Jahren keine Erwerbslosenunterstützung bezogen hat, sich diese pro Jahr um 13,50 M. erhöht, bis zu 81 M. nach 5jähriger Mitgliedschaft. Ein ausgesteuertes Mitglied wird wieder bezugsberechtigt, sobald seit dem ersten Unterstützungstag ein Jahr verstrichen ist und 52 Wochenbeiträge bezahlt sind. Es hat dann einen Anspruch auf 18 Tage a 1,50 M. Bei Erwerbslosigkeit infolge Krankheit wird den älteren Mitgliedern die

Mitgliedschaft voll angerechnet. In der Diskussion traten mehrere Redner für Annahme dieser Vorschläge ein. Bei der hierauf vorgenommenen namentlichen Abstimmung wurde, wie schon telegraphisch gemeldet, die Arbeitslosenunterstützung mit 51 gegen 37 Stimmen abgelehnt. Die Vorstandsmitglieder und Bezirksleiter enthielten sich der Abstimmung. Für die Anträge der Kommission stimmten die Delegierten von Berlin, Dresden, München, Nürnberg (gespalten), Hannover, Chemnitz (gespalten), Stuttgart, Wiesbaden, Breslau, Kiel, Halle, Danzig, Magdeburg, Königsberg, Peuthen, Saarbrücken, Flensburg, Weimar, Erfurt, Dessau, Konstanz, Straßburg, Karlsruhe und Augsburg. Damit sind alle zu diesem Punkte gestellten Anträge erledigt.

Hierauf stellte die Kommission den Antrag, zur Stärkung des Kampffonds und für die Beitragsbefreiung der Arbeitslosen und Kranken eine Erhöhung des Beitrages um 10 Pf. zu beschließen. — Eine Reihe von Rednern traten für diesen Antrag ein. Riech-Vorlin erklärt, die Berliner würden nur dann der Beitragserhöhung zustimmen, wenn die beitragsfreien Marken als bezahlt angerechnet werden, und stellte einen diesbezüglichen Antrag.

Dieser Antrag wird von den Vorstandsmitgliedern und einigen anderen Delegierten, darunter auch einem Berliner, bekämpft. Die Beitragserhöhung nach dem Kommissionsantrag wurde hierauf mit 92 gegen 6 Stimmen angenommen.

Braune Woche

Extra-Preise



Heute Sonnabend bis Sonnabend



Erstklassige braune Stiefel und Schuhe

in allen Modeformen für Herren, Damen und Kinder

Herren

Schnürstiefel oder -Schuhe, braun Chevreau, moderne schlanke od. breite Formen. Sehr preiswert Serie 1 11⁸⁰

Schnürstiefel oder -Schuhe, braun Chevreau, neueste Farbentöne, vorzügl. Qualität, mit oder ohne Derbyschnitt, schlanke, halbrunde oder breite Formen Serie 2 13⁸⁰

Schnürstiefel oder -Schuhe, braun Chevreau, la Qualität, aparte Farbentöne, deutsche, französische, amerikanische Modeformen. Serie 3 15⁸⁰

Knopfstiefel, braun Chevreau (neuestes Modebraun) vornehme schlanke Formen. Auch mit braun Wildleder od. braun Kammgarn-Einsatz. (Neuheiten)

Damen

Schnürstiefel oder -Schuhe, braun Chevreau, auch m. Lackkappe, mod. schlanke u. breite Formen. Serie 4 9⁸⁰

Schnürstiefel oder -Schuhe, braun Chevreau, vorzügliche Qualität, mit oder ohne Derbyschnitt, auch mit Lackkappe, neue deutsche, französische und amerikanische Formen. Serie 5 11⁸⁰

Schnürstiefel oder -Schuhe, braun Chevreau, la Qualität, sehr aparte Farbentöne, auch mit Derbyschnitt, Lackkappe • Neue schlanke, halbrunde und breite Modeformen • Reichste Auswahl. Serie 6 13⁸⁰

Schnürschuhe, mandarinfarbig (Neuheit) mit großen Oesen und breiten Seidenbändern in französischer oder amerikanischer Form.

Kinder

Schnürstiefel, echt braunes Glanz-Ziegenleder, weiches Material, breite, moderne Form. • Sehr dauerhaft. Serie 7 „Spezial“ 25-26 4³⁰ 27-30 5⁴⁰ 31-35 6⁴⁰ 36-40 7⁹⁰

Schnürstiefel, ges. gesch., braun Chevreau od. Box calf, vorzügl. Sohlen- u. Oberledermaterial, auch mit Derbyschnitt, Lackkappe. • Sehr elegant und strapazierkräftig. • Einheit. Preis für alle Ausführungen. Serie 8 „Carola“ 25-26 5⁸⁰ 27-30 6⁸⁰ 31-35 7⁸⁰ 36-40 8⁸⁰

Turnschuhe, vörschriftsmäßig, braun od. grau, Chromledersohle. Serie 9 „Jahn“ 25-30 1⁹⁰ 31-35 2³⁰

Sandalen

Ausnahmeangebot • Außerordentlich niedrige Preise

Braun Rindleder, randgenäht, breite naturgemäße Formen

Herren 5⁵⁰ ♦ ♦ ♦ Damen 4⁵⁰

Kinder:

21-24 2⁶⁰ 25-26 2⁹⁰ 27-30 3³⁰ 31-35 3⁸⁰

Kein Kaufzwang

Besichtigung erbeten

Carl Stiller junior



W. Leipziger Str. 29 Ecke Friedrichstr. (Müllerbau)

W. Königgrätzer Str. 124-129 Hotel Fürstenhof

S. Oranienstr. 155-156 Ecke Prinzessinnenstraße

Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Bellealliance, Berliner Credit-Haus, Credit-Haus Moabit, Lubascher, Spandau

Alkoholfreie Getränke Sinalco (Bilzbrause), Gen.-Vertret Otto Starick

Franz Abraham, Beste alkohol-freies Getränk, Si-Si

Arbeiterbekleidung F. Falk, Hamburger Läden, Hohen & Jochen

Bäckereien, Konditor, Blottner's Großbäckerei

Arnold Beuster's Landbrotfabrik, Grobbäcker Max Bohe

Engel's Landbrot, Buehl & Sohn, Willy Debor

Erscheint 2 mal wöchentlich

Paul Müller, Bäcker, Peter's Großbäckerei, Conrad Richter

Conrad Richter, Peter's Großbäckerei, Conrad Richter

Bezugsquellen-Verzeichnis

Oskar Beck, Buntrock, A. Däweritz, Carl Franke, Fried. Göseke, F. Hagen 22

August Holz, Carl Jacobczyk Spandau, Maeding, J., Nordstern, Pomorski, Paul

W. Niesner, Ernst Schneider, Schröter, R., Uhly & Wolfram

Vereinigte Pommersche Meiereien, Georg Wunder, Casco, Chocolate, Cyliax, G., Die Fabrikate der Sarotti

Die Fabrikate der Sarotti, C. Habels Brauerei, Groterjans

C. Habels Brauerei, Groterjans, Goldbier

Goldbier, S. D. Moewes, Mönchener Brauhaus

Mönchener Brauhaus, Schlossbrauerei, Schlossbräu

Schlossbräu, Schlossbräu, Schlossbräu

Franz Fischer, Frant. Chaussee 148, Frant. Chaussee 148, Frant. Chaussee 148

Frant. Chaussee 148, Frant. Chaussee 148, Frant. Chaussee 148

Frant. Chaussee 148, Frant. Chaussee 148, Frant. Chaussee 148

Frant. Chaussee 148, Frant. Chaussee 148, Frant. Chaussee 148

Frant. Chaussee 148, Frant. Chaussee 148, Frant. Chaussee 148

Frant. Chaussee 148, Frant. Chaussee 148, Frant. Chaussee 148

Frant. Chaussee 148, Frant. Chaussee 148, Frant. Chaussee 148

Frant. Chaussee 148, Frant. Chaussee 148, Frant. Chaussee 148

Frant. Chaussee 148, Frant. Chaussee 148, Frant. Chaussee 148

Frant. Chaussee 148, Frant. Chaussee 148, Frant. Chaussee 148

Frant. Chaussee 148, Frant. Chaussee 148, Frant. Chaussee 148

Frant. Chaussee 148, Frant. Chaussee 148, Frant. Chaussee 148

Frant. Chaussee 148, Frant. Chaussee 148, Frant. Chaussee 148

Frant. Chaussee 148, Frant. Chaussee 148, Frant. Chaussee 148

Frant. Chaussee 148, Frant. Chaussee 148, Frant. Chaussee 148

Frant. Chaussee 148, Frant. Chaussee 148, Frant. Chaussee 148

Frant. Chaussee 148, Frant. Chaussee 148, Frant. Chaussee 148

Frant. Chaussee 148, Frant. Chaussee 148, Frant. Chaussee 148

Frant. Chaussee 148, Frant. Chaussee 148, Frant. Chaussee 148

Frant. Chaussee 148, Frant. Chaussee 148, Frant. Chaussee 148

Frant. Chaussee 148, Frant. Chaussee 148, Frant. Chaussee 148

Frant. Chaussee 148, Frant. Chaussee 148, Frant. Chaussee 148

Unterstehende Geschäfte, Färbereien, Wäscher, Dampfwascherei, Ohne Chlor

Ohne Chlor, Dampfwascherei, Ohne Chlor, Dampfwascherei

Lebensmittel-Großhandlung, Ernst Höne, H. Hofenfelder, Ernst Bucher

Ernst Bucher, H. Hofenfelder, Ernst Höne

H. Hofenfelder, Ernst Höne, Ernst Bucher

Ernst Höne, H. Hofenfelder, Ernst Bucher

H. Hofenfelder, Ernst Höne, Ernst Bucher

Ernst Höne, H. Hofenfelder, Ernst Bucher

H. Hofenfelder, Ernst Höne, Ernst Bucher

Ernst Höne, H. Hofenfelder, Ernst Bucher

H. Hofenfelder, Ernst Höne, Ernst Bucher

Ernst Höne, H. Hofenfelder, Ernst Bucher

H. Hofenfelder, Ernst Höne, Ernst Bucher

Ernst Höne, H. Hofenfelder, Ernst Bucher

H. Hofenfelder, Ernst Höne, Ernst Bucher

Ernst Höne, H. Hofenfelder, Ernst Bucher

H. Hofenfelder, Ernst Höne, Ernst Bucher

Ernst Höne, H. Hofenfelder, Ernst Bucher

H. Hofenfelder, Ernst Höne, Ernst Bucher

Ernst Höne, H. Hofenfelder, Ernst Bucher

H. Hofenfelder, Ernst Höne, Ernst Bucher

Ernst Höne, H. Hofenfelder, Ernst Bucher

H. Hofenfelder, Ernst Höne, Ernst Bucher

Ernst Höne, H. Hofenfelder, Ernst Bucher

Albert Jähner, Fritz Jentsch, Franz Jördt

Fritz Jentsch, Franz Jördt, Albert Jähner

Albert Jähner, Fritz Jentsch, Franz Jördt

Fritz Jentsch, Franz Jördt, Albert Jähner

Albert Jähner, Fritz Jentsch, Franz Jördt

Fritz Jentsch, Franz Jördt, Albert Jähner

Albert Jähner, Fritz Jentsch, Franz Jördt

Fritz Jentsch, Franz Jördt, Albert Jähner

Albert Jähner, Fritz Jentsch, Franz Jördt

Fritz Jentsch, Franz Jördt, Albert Jähner

Albert Jähner, Fritz Jentsch, Franz Jördt

Fritz Jentsch, Franz Jördt, Albert Jähner

Albert Jähner, Fritz Jentsch, Franz Jördt

Fritz Jentsch, Franz Jördt, Albert Jähner

Albert Jähner, Fritz Jentsch, Franz Jördt

Fritz Jentsch, Franz Jördt, Albert Jähner

Albert Jähner, Fritz Jentsch, Franz Jördt

Fritz Jentsch, Franz Jördt, Albert Jähner

Albert Jähner, Fritz Jentsch, Franz Jördt

Fritz Jentsch, Franz Jördt, Albert Jähner

Albert Jähner, Fritz Jentsch, Franz Jördt

Fritz Jentsch, Franz Jördt, Albert Jähner

Haus- u. Küchengeräte
G. Böhm, Ussir. 1. Kumpfen.
Dähmert, O. Rixdorf, Bergstr. 121.

Nannick, Schöneberg, 52.
Spandau, Schöneberg, 52.
Messow, M., Reichbergerstr. 29.

Hellanst. für Stotterer
„Stottern“
beschäftigt gründlich und dauernd

Horror-Artikel
Anton, Schönhauser Allee 116.

Magazin England
Kath. Janssen, Berlin 182.

Carl Hoffmann
Rixdorf, Bergstr. 141.

S. Kadisch, Thurnstr. 10.

Adolf Hirsch, Ober-Schönweide.

Holz & Ascher
O. Frankfurter Allee 68.

Adolph Lewinski
Rixdorf, Bergstr. 141.

Kaufhaus Herm. Levy
Rauhenstr. 53, Ecke Strals-Str.

Kaufhaus Greb Preuß
Berl. NW, Bismarck-Platz 11.

Gustav Levy, Spandau.

W. Weiss & Co., Friedrichshagen.

Kautschukfabriken
Krause, Kautschuk-Handlung.

Kinematogr.-Theater
Gromadeci, F. Warschauerstr. 93.

Kohlen, Koks, Kalk
H. H.

Geräthepark & Müller
Wilmersdorfer Str. 195.

Ferd. Gräning
Auguststr. 11, Teleph. VII 7024.

Aug. Grimberger
Hauptpoststr. 46, Tel. III, 4304.

M. F. Leyke.
Hauptpoststr. 46, Tel. III, 4304.

P. Hante
Loebell, L. Wedding.

J. Mannheim.
Friedrichshagen, im Osten.

Gebr. A. & J. Podzuweit.
Gleimstr. 22, Patzauerstr. 1.

L. Sager & Co.
Blumenstr. 62a, Gr. Frkf. Str. 91.

Helm. Schupke
Hauptpoststr. 46, Tel. III, 4304.

Herm. Schupke & Co. m. b. H.
Blumenstr. 62a, Gr. Frkf. Str. 91.

Kolonialwaren
Abend, R. Kummig, Hauptstr. 1.

Bazar Norden
Hauptstr. 1, Teleph. VII 7024.

Fragr. Hutfabr. Franz-Allee 77
Polvermann, Grüner Weg 34.

Rieck, Em. Hauptstr. 54.

Vereinigte Hut-Compagnie
Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 124.

Vester, E. Kottbuser-Damm 18/19.

A. Kobbelt
Invalidenstr. 10, Martin-Opfstr. 22.

Oskar Krüschke
Schönhauser Allee 70/4.

Kaffee-Surrogate
Malmstr. 25, Kaffee-Versand n. all. Stadtteil.

Kartoffeln, Gemüse
Paul Henkel
Hauptstr. 48.

Kaufhäuser
Z. Alexander & Co., Badstr. 55.

Konsum-Genossenschaft
Berl. NW, Bismarck-Platz 11.

Kurtzahn
Adolf Hirsch, Ober-Schönweide.

Holz & Ascher
O. Frankfurter Allee 68.

Adolph Lewinski
Rixdorf, Bergstr. 141.

Kaufhaus Herm. Levy
Rauhenstr. 53, Ecke Strals-Str.

Kaufhaus Greb Preuß
Berl. NW, Bismarck-Platz 11.

Gustav Levy, Spandau.

W. Weiss & Co., Friedrichshagen.

Kautschukfabriken
Krause, Kautschuk-Handlung.

Kinematogr.-Theater
Gromadeci, F. Warschauerstr. 93.

Kohlen, Koks, Kalk
H. H. H. H. H. H. H. H. H.

Geräthepark & Müller
Wilmersdorfer Str. 195.

Ferd. Gräning
Auguststr. 11, Teleph. VII 7024.

Aug. Grimberger
Hauptpoststr. 46, Tel. III, 4304.

M. F. Leyke.
Hauptpoststr. 46, Tel. III, 4304.

P. Hante
Loebell, L. Wedding.

J. Mannheim.
Friedrichshagen, im Osten.

Gebr. A. & J. Podzuweit.
Gleimstr. 22, Patzauerstr. 1.

L. Sager & Co.
Blumenstr. 62a, Gr. Frkf. Str. 91.

Helm. Schupke
Hauptpoststr. 46, Tel. III, 4304.

Hermann Elias, Stephanstr. 36.

Rudolf Fink
Rud. Fink Nachf., Kottbuserstr. 11.

Herm. Grottel
Hauptstr. 48.

Goetsch, Ernst
Grabit, Bredeburger Str. 4.

W. Schwarze
Schneidm., Hauptstr. 16.

C. Oscar Schwarz
Hauptstr. 48.

Joh. Schulze
Waldemarstr. 21/22.

Curt Seeling
Hauptstr. 48.

O. Stubbenhagen
Hauptstr. 48.

Heinrich R.
Hauptstr. 48.

Herrfath, Eng.
Hauptstr. 48.

Herrmann, Alf.
Hauptstr. 48.

Paul Herrmann
Hauptstr. 48.

Emil Hübler
Hauptstr. 48.

Fritz Wetzel
Hauptstr. 48.

Ad. Wendig
Hauptstr. 48.

Wittenbeck, Fr.
Hauptstr. 48.

Korbwar., Kinderwagen
Hauptstr. 48.

Metzners
Hauptstr. 48.

Krankenbedarfsart.
Hauptstr. 48.

Lederwaren
Hauptstr. 48.

Gg. Engnath
Hauptstr. 48.

Carl Fessel
Hauptstr. 48.

Glatz & Langner
Hauptstr. 48.

Paul Kratky
Hauptstr. 48.

M. Rector
Hauptstr. 48.

Otto Wöhrner
Hauptstr. 48.

Lehranstalten
Hauptstr. 48.

Zuschnide-Schule des
Hauptstr. 48.

F. O. Richter
Hauptstr. 48.

Willy Roitzsch
Hauptstr. 48.

Willy Rohne
Hauptstr. 48.

W. Schwarze
Hauptstr. 48.

C. Oscar Schwarz
Hauptstr. 48.

Joh. Schulze
Waldemarstr. 21/22.

Curt Seeling
Hauptstr. 48.

O. Stubbenhagen
Hauptstr. 48.

Heinrich R.
Hauptstr. 48.

Herrfath, Eng.
Hauptstr. 48.

Herrmann, Alf.
Hauptstr. 48.

Paul Herrmann
Hauptstr. 48.

Emil Hübler
Hauptstr. 48.

Fritz Wetzel
Hauptstr. 48.

Ad. Wendig
Hauptstr. 48.

Wittenbeck, Fr.
Hauptstr. 48.

Korbwar., Kinderwagen
Hauptstr. 48.

Metzners
Hauptstr. 48.

Krankenbedarfsart.
Hauptstr. 48.

Lederwaren
Hauptstr. 48.

Gg. Engnath
Hauptstr. 48.

Carl Fessel
Hauptstr. 48.

Glatz & Langner
Hauptstr. 48.

Paul Kratky
Hauptstr. 48.

M. Rector
Hauptstr. 48.

Otto Wöhrner
Hauptstr. 48.

Lehranstalten
Hauptstr. 48.

Zuschnide-Schule des
Hauptstr. 48.

W. Bachmann, Charl. Schlegelstr. 11.

Bethe, Georg, Hauptstr. 48.

Fritz Brosius
Hauptstr. 48.

O. Erhardt
Hauptstr. 48.

Prese, Ernst
Hauptstr. 48.

Friedrichshohn
Hauptstr. 48.

J. A. Fürstenberg
Hauptstr. 48.

Gaige, Otto
Hauptstr. 48.

Paul Gaige, Spandau.
Hauptstr. 48.

Hugo Gessler
Hauptstr. 48.

Grossier, Gebr.
Hauptstr. 48.

Hammerstadt, G.
Hauptstr. 48.

Heinrich R.
Hauptstr. 48.

Herrfath, Eng.
Hauptstr. 48.

Herrmann, Alf.
Hauptstr. 48.

Paul Herrmann
Hauptstr. 48.

Emil Hübler
Hauptstr. 48.

Fritz Wetzel
Hauptstr. 48.

Ad. Wendig
Hauptstr. 48.

Wittenbeck, Fr.
Hauptstr. 48.

Korbwar., Kinderwagen
Hauptstr. 48.

Metzners
Hauptstr. 48.

Krankenbedarfsart.
Hauptstr. 48.

Lederwaren
Hauptstr. 48.

Gg. Engnath
Hauptstr. 48.

Carl Fessel
Hauptstr. 48.

Glatz & Langner
Hauptstr. 48.

Paul Kratky
Hauptstr. 48.

M. Rector
Hauptstr. 48.

H. Gebert, Hbfstr. 44.

M. Hinrichs, Ritterstr. 18.

Gebr. R. & C. Homann
Hauptstr. 48.

Janitzkow, F.
Hauptstr. 48.

Ernst Krämer
Hauptstr. 48.

A. Küster Wfg.
Hauptstr. 48.

Lange, Max
Hauptstr. 48.

Misch
Hauptstr. 48.

Möbel-Fabrik
Hauptstr. 48.

Rebsch, E., Spandau.
Hauptstr. 48.

Rehfeld, A., Bismarckstr. 26.

Schmidt, Otto
Hauptstr. 48.

Rob. Seelisch, Möbel-Fabrik
Hauptstr. 48.

Stargard, O.
Hauptstr. 48.

K. Thomas
Hauptstr. 48.

Wendland, Ernst
Hauptstr. 48.

Herm. Wendland
Hauptstr. 48.

Jos. Werner
Hauptstr. 48.

Werthers
Hauptstr. 48.

Milch Schmidt
Hauptstr. 48.

Braun, Emil
Hauptstr. 48.

Bellmann, E., Wäsche-Handlung
Hauptstr. 48.

Ed. Bruda, Altes System, Teilmilch
Hauptstr. 48.

Pfaff, Röhmaschinen
Hauptstr. 48.

W. Schoppe, Uebersonstr. 12.

Singer
Hauptstr. 48.

Nähmaschinen
Hauptstr. 48.

Optiker
Hauptstr. 48.

Papier- u. Schreibw.
Hauptstr. 48.

Bertha Mierzwa, Frankfurter
Hauptstr. 48.

Reuterhandlungen
Hauptstr. 48.

Schuhwaren, Schuhm.
Hauptstr. 48.

Ascher,
Hauptstr. 48.

N. Bekiers
Hauptstr. 48.

Benedikt
Hauptstr. 48.

Ed. Drechsler
Hauptstr. 48.

Kaufhaus für Schuhwaren
Hauptstr. 48.

Reetz, Max
Hauptstr. 48.

K. Thomas
Hauptstr. 48.

Wendland, Ernst
Hauptstr. 48.

Herm. Wendland
Hauptstr. 48.

Jos. Werner
Hauptstr. 48.

Werthers
Hauptstr. 48.

Milch Schmidt
Hauptstr. 48.

Braun, Emil
Hauptstr. 48.

Bellmann, E., Wäsche-Handlung
Hauptstr. 48.

Ed. Bruda, Altes System, Teilmilch
Hauptstr. 48.

Pfaff, Röhmaschinen
Hauptstr. 48.

W. Schoppe, Uebersonstr. 12.

Singer
Hauptstr. 48.

Nähmaschinen
Hauptstr. 48.

Optiker
Hauptstr. 48.

Papier- u. Schreibw.
Hauptstr. 48.

Westmann
Hauptstr. 48.

Uhren u. Goldwaren
Hauptstr. 48.

Abel
Hauptstr. 48.

John, A.
Hauptstr. 48.

Max Busse
Hauptstr. 48.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

In Oesen hat das Lokal „Lindenhof“ den Besitzer gewechselt. Der jetzige Inhaber Herr Wadnigke stellt das Lokal ebenfalls zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung.

In Blossen bei Friedersdorf ist das Lokal von Gärtner streng zu meiden, da der Inhaber trotz früherer Versprechungen sein Lokal für die Partei verweigert.

In Groß-Doelen (Kreis Ruppin-Templin) steht und der Gasthof von Albert Schäfer zu allen Veranstaltungen zur Verfügung. Vereine und Ausflügler werden besonders darauf aufmerksam gemacht. Die Lokalkommission.

Zweiter Wahlkreis (Friedrichstadt). Jahrmorgen für Buchdruckerei-Nacharbeiter: Sonntag, den 14. Mai cr., bei Jul. Meyer, Oranienstr. 103. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Berichte der Betriebs-Vertrauensleute. 3. Vortrag des Genossen Dr. Grumach: Zur Frage der Landarbeiter-Agitation.

Der Vorstand. Wannsee. Heute Sonnabend, abends 1/9 Uhr, im Restaurant „Fürstentum“: Wahlvereinsversammlung.

Teltow. Am Dienstag, den 16. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Genossen W. Bonow, Berliner Str. 16: Regelmäßige Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Vortrag. Der Vorstand.

Köpenick. Sonntag früh: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Im Krankenhaus.

Wenn draußen im Feld das erste Verchentriffeln beginnt und es in den Zweigen zu knospen und grünen anhebt, dann kommt auch für die Insassen der Krankenhäuser eine wohligerer Zeit. Nach grauen Herbstnebeln und harten Wintertagen wird die Luft wieder gesünder und die Spaziergänge im Garten beginnen. Und das will gerade für diese Unglücklichen viel besagen. Die frische, würzige Frühlingsluft vermag bei manchem kranken Menschenkind eher eine befriedigende Wirkung auszulösen als alle medizinischen Kunstgriffe und Medikamente dieses tun können. Ist es doch selbst das Leben, das allenthalben aus dem Schoße der Erde dringt und besonders in den Blütenhainen und Blumenärten seinen herzkraftigen Odem in berauschernder Fülle spendet.

Zu Tausenden liegen die von zerstörender Krankheit heimgefuhrten in den großen Berliner Krankenhäusern. Unsere kapitalistische Zeit wirkt nach den ihr innewohnenden ungesund, ja menschenfeindlichen Regeln täglich ganze Scharen degenerierter aus ihren Betrieben. Wie der Krater-Schlund weilt sie ihre Opfer aus und die Anstalten reichen nicht aus, um alle die Bleibenden aufzunehmen. Und wo es nicht der offensichtliche Unfall ist, da ist es meist jenes heimtückische, schleichende Wesen, das man Proletarierkrankheit nennt und das den Lebensodem des Arbeitsmenschen langsam aber sicher vernichtet. Und alles, ganz gleich, ob es nur auf kurze Zeit oder aber auf Wochen und Monate lang zum Ausbarren in den Stuben und Sälen gezwungen ist, alles hofft auf Genesung — auf Genesung zumeist durch die wunderbare Kraft des Lenzes. Und auch die Ärzte hoffen es. Sie, die auf die Fortschritte der Wissenschaft nicht wenig stolz sind, sie nehmen den Frühling als helfende Kraft gerne zum willkommenen Bundesgenossen im Kampfe gegen die alten Feinde der Menschheit.

In manchem Krankenzimmer drang lange Wochen kein frischer Luftzug und dumpf und traurig lastete es auf Körper und Gemüt. Wohl kamen die Besucher und gingen, doch es war in ewigem gleichmäßigem Einerlei. Doch seit zu Ostern die ersten Nädchen und Frühlingsblumen mitgebracht wurden, regen sich die freundlichen Hände draußen und regelmäßig zur Besuchszeit werden von liebender Hand die Sträußchen auf den kleinen Tischen zu Häupten der Patienten erneuert. Wohl gibt es viele, die der Genesung entgegenhoffen, die fremd in der großen Stadt sind und nach denen kein liebend Herz fragt, aber auch sie erleben aus den Frühlingszeichen anderer, daß die Lenzzeit da ist und daß Allmutter Sonne Wunder wirken kann. . . Und mancher wird auch ungeduldig um diese Zeit. Die Pflicht zum Schaffen für seine Lieben regt sich. Sind doch dem Proletarier zumeist nur wenige Monate des Jahres hierfür vergönnt. Wie möchte er gern die Arme rühren, um Brot zu suchen für Frau und Kind und sich des Sonntags im duftenden Waldgrün zu sonnen. Und mancher möchte mit der Liebsten über's Feld gehen und was des Lenzes Drängen der Wünsche noch mehr reißt. Gemach, gemach, auch diese Zeit wird kommen. Herz und Liebe, Mut und Vogelstang, alles steht bereit, doch für den einzelnen in sehr ungünstigem Maße. . .

Eine Vermittlung, die der Polizei aufgetragen worden war, hat wieder einmal ein sehr merkwürdiges Ergebnis gehabt. In Schöneberg hatte ein Schneider Z., ein 33-jähriger, nicht mehr arbeitsfähiger Mann, der deutliche Zeichen von Geisteschwäche aufwies, am 30. März früh um 1/2 Uhr seine Wohnung verlassen, um spazieren zu gehen. Als er den ganzen Tag wegblieb und zu seinen besorgten Angehörigen auch am Abend noch nicht zurückkehrte, begab sich um 10 Uhr sein Sohn zum nächsten Polizeibureau, um den Vater als Vermittelt zu melden. Ihm antwortete ein Beamter, man könne Z. doch nicht sofort als Vermittelt ansehen, erst müsse man noch abwarten, ob er nicht selber sich wieder einfänden werde. Da der alte Mann auch in der Nacht nicht heimkam, so meldete der Sohn das am Morgen auf demselben Polizeibureau, und ein anderer Beamter, der jetzt anwesend war, notierte es. Z. kam auch am nächsten Tage nicht und blieb vermißt. Der Sohn gab am dritten Tage auf dem Polizeibureau die Kennzeichen des Vermittelten genau an, und er überreichte dann auch noch eine Photographie, doch die Polizei konnte auf seine von Zeit zu Zeit wiederholten Nachfragen immer nur antworten, daß der Vater noch nicht ermittelt sei. Endlich am 3. Mai kam zu Frau Z. ein Schuhmann und meldete, es sei glücklich, Z. im Friedrichshain-Krankenhaus zu ermitteln, wo er freilich schon am 18. April leider gestorben sei. Der Sohn ging sofort zum Krankenhaus, und hier erkannte er an dem ihm vorgelegten Weibern des Verstorbenen, daß es sich in der Tat um seinen Vater handelte. Im Aufnahmebureau erfuhr er, daß Z. am 30. März das Obdach der Stadt Berlin aufgesucht hatte und fünf Tage später von dort nach dem Friedrichshain-Krankenhaus gebracht worden war. Der Beamte des Aufnahmebureaus erzählte, Z. habe angegeben, daß er schon seit September nicht mehr mit seiner Frau zusammenlebe, und habe den Wunsch geäußert, un-

bekannt zu bleiben. Daß Z. getrennt von seiner Frau gelebt hätte, ist unrichtig; er hat bis zum letzten Tage bei ihr gewohnt. Es scheint, daß man im Krankenhaus den Geisteszustand des alten Mannes nicht erkannt und seine Angaben unbesehen hingenommen hat. Ob er im Krankenhaus zunächst seine Personalien verschwiegen oder ob das Aufnahmebureau seine Angehörigen nicht benachrichtigen zu sollen gemeint hat, das entzieht sich unserer Kenntnis. Nur das steht fest, daß am 3. Mai, als die Angehörigen endlich von seinem Verbleib erfuhren und sich im Krankenhaus einfanden, die Personalien des Verstorbenen dem Aufnahmebureau bereits bekannt waren. Fragen muß man, warum die Polizei erst so spät in die Lage gekommen ist, der Familie den Vermittelten als gefunden zu melden. Sie wußte seine Personalien, sie war über seine besonderen Kennzeichen unterrichtet, sie hatte auch seine Photographie. Man sollte meinen, daß Z., als er am 5. April vom Friedrichshain-Krankenhaus aufgenommen worden war, hier in kürzester Frist als der Vermittelte hätte erkannt werden müssen. Aber er lag an zwei Wochen im Krankenhaus, er starb schließlich dort und wurde auf Kosten der Stadt als Armer beerdigt — und noch immer erfuhren die Angehörigen nichts über seinen Verbleib, noch immer mußte er ihnen als unermittelt gelten. Was mag wohl zwischen dem 18. April und dem 3. Mai sich ereignet haben, daß nun erst die Ermittlung plötzlich gelang, jetzt, wo der Vermittelte längst unter der Erde lag! Das alles ist wirklich so rätselhaft, daß das Verlangen der Angehörigen nach einer Aufklärung sehr berechtigt erscheint.

In der Frage der Vereinigung von Schöneberg mit Wilmsdorf haben sich die beiden Leiter der Verwaltung, Herr Oberbürgermeister Habermann und der erste Bürgermeister Dominikus vor einigen Tagen auf folgenden Standpunkt geeinigt:

„Aus sachlichen Gründen halten wir im Interesse beider Gemeinden eine Vereinigung von Schöneberg und Wilmsdorf nach wie vor für wünschenswert, glauben jedoch, daß nach dem Stande der Verhandlungen zurzeit eine Vereinigung nicht erreichbar sein wird, und halten es deshalb, um das freundschaftliche Verhältnis beider Gemeinden nicht durch einen einseitigen Abbruch der Verhandlungen der Gefahr einer Trübung auszusetzen, für richtig, die Fortführung der Verhandlungen bis auf weiteres zu vertragen.“

Der Magistrat von Schöneberg hat gestern im obigen Sinne beschlossen.

Zu dem Duell in der Jungfernhöhe wird mitgeteilt: Die Leiche des gefallenen Leutnants a. D. Wilhelm v. Saffron und Oberstrafen ist auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft vom Amtsgericht Berlin-Mitte beschlagnahmt und vom Paul Gerhardt-Stift nach dem Schauhaus gebracht worden. Dort soll sie obduziert werden.

Eine alte Schwimlerin, die schon im Herbst vorigen Jahres Berlin und die Vororte unsicher machte, tritt jetzt von neuem auf. Es ist eine Frauensperber, die es auf adölose Dienstmädchen abgesehen hat. Nachdem sie sich Namen und Wohnung der Dienstherrschaft ausgekundschaftet hat, folgte sie den Mädchen bei Einfaßung, spritzte sie auf der Straße an und schwindelt ihnen vor, daß sie soeben Seidenstoffe bei der Hausfrau abgeliefert habe. Diese habe augenblicklich nicht genug Kleingeld gehabt, um sie bezahlen zu können, und habe sie angewiesen, sich den Betrag von dem Mädchen geben zu lassen. Auf diese Weise hat die Gaunerin, die etwa 26 Jahre alt, nur klein und unterseht ist und jetzt einen gelblich grauen Mantel trägt, Mädchen bis zu 13 M. abgenommen.

Platiniebstahl im Zentrum der Stadt aufgetreten. In einer Juwelengroßhandlung erbeuteten sie für ungefähr 1200 M. Platin, draht, der 3 Millimeter stark und mit Iridium besetzt ist.

Straßenbahnunfälle. Am Donnerstag mittag gegen 12 Uhr verfuhr der 35-jährige Radfahrer Pels an der Ecke der Birken- und Putschstraße mit seinem Zweirad die Straßenbahngleise unmittelbar vor dem herannahenden Motorwagen 2340 der Linie 7 zu passieren, wurde jedoch vom Vorderperren ergriffen und so bestig zu Boden geschleudert, daß er einen Schädelbruch erlitt. Der Verletzte mußte nach dem Krankenhaus Raabit übergeführt werden. — Am selben Tage geriet gegen 2 Uhr nachmittags der vierjährige Hans Schneppe, Kurfürstenstraße 15/16 bei seinen Eltern wohnhaft, vor dem Hause Kurfürstenstraße 16 unter den Schutzrahmen des Motorwagens 84 der Linie A. Das Kind hatte versucht, unmittelbar vor dem in schneller Fahrt befindlichen Wagon die Schienen zu kreuzen. Mit Hilfe von Passanten wurde das Fahrzeug angehoben und der Kleine, der eine Leuchtlampe am rechten Bein, am rechten Auge und Hautabwühlungen davongetragen hatte, herabgelassen. Nach Anlegung eines Notverbandes konnte der Knabe in die elterliche Wohnung gebracht werden. — Am Donnerstag abend gegen 7 Uhr wollte ein Fräulein Gertrud Reiner vor dem Hause Röhstraße 74 den Damm überschreiten, bemerkte jedoch nicht, daß der Motorwagen 1825 der Linie 51 herannahende. Fräulein R. wurde umgestoßen und kam neben dem Wagon zu liegen. Die Verunglückte trug bei ihrem Sturz eine starke Kopfwunde davon, so daß sie nach Anlegung eines Notverbandes nach dem Elisabethkrankenhaus übergeführt werden mußte. — Ein leichterer Unfall trug sich gegen 7 Uhr abends vor dem Hause Müllerstraße 53 zu. Dort wurde Herr Paul Banih, Müllerstraße 60 wohnhaft, von dem Motorwagen 1962 der Linie 28E, dessen Warnungssignale er nicht beachtet hatte, ungerissen und erlitt eine leichte Kopfwunde. — Der so oft gerügten Unfälle, den Straßenbahn kurz vor in Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen zu kreuzen, fiel am Donnerstag der Radfahrer Ernst Waldhorn, Dankelmannstraße 17, zum Opfer. Der Fahrer fuhr auf der Charlottenburger Brücke in schnellem Tempo vor dem Motorwagen 280 der Linie T zwischen den Schienen, bremste plötzlich stark ab und wurde so vom Vorderperren des Straßenbahnwagons erfasst. W. kam zu Fall und trug starke Hautabwühlungen am Kopf davon, so daß er auf der nahegelegenen Unfallstation verbunden werden mußte.

Das Unglück in der Soldiner Straße, bei dem das Kind eines Briefträgers in die Panke fiel und ertrank, hat sich nach uns heute gemachten Mitteilungen von Augenzeugen anders abgespielt als wir gestern auf Grund einer Zeitungskorrespondenz berichteten. Das in die Panke gefallene Kind ist von einem Herrn Kleinschmidt heraufgeholt und über den dort stehenden Zaun einer Frau übergeben worden. Dieser Frau lief der Hilfsweihensteller Papensfuß nach, indem er ihr sagte, daß sie das aus dem Wasser gegogene Kind verkehrt auf den Armen halte. Der mit seinem Herrn in der Nähe sich befindliche Hund, ein Vox, sprang den der Frau nach-eilenden Papensfuß im Rücken an, hat ihn aber nicht erheblich verletzt.

Die polnischen Räuber, die jahraus jahrein hier in Berlin durchreisenden Landknechten auslauerten, um sie auszulündern, sind auch jetzt wieder an der Arbeit. Gestern war ein polnischer Arbeiter, der sich auf der Durchreise nach Ausland befand, auf dem Schlesischen Bahnhof so unvorsichtig, sich zwei Landknechten gegenüber zu rühnen, daß er über 400 M. bei sich habe. Die beiden schlossen nun gleich Freundschaft mit ihm und schleppten ihn so lange von einer Kneipe in die andere, bis er an Bier und Schnaps genug hatte. Dann nahmen sie ihn unter die Arme, führten ihn nach dem

Barochial-Kirchhof in der Friedenstraße und setzten sich dort mit ihm auf eine Bank. Als er eingeknickt war, stießen sie dem Landknecht das Portemonnaie mit einigen 90 Mark aus der Tasche. Das andere Geld konnten sie nicht finden, weil er es in die Weste eingeknickt hatte. Zwei andere Kerle, die die Bierreise noch mitgemacht hatten, warteten unterdessen, um unter Umständen mit eingreifen zu können. Als jetzt die Fledderer mit der Beute verschwinden wollten, sahen sie sich plötzlich Kriminalbeamten gegenüber, die der Gesellschaft heimlich gefolgt waren. Diesen gelang es, zwei Mann von der Bande, die Arbeiter Hermann Leiwandowski und Franz Rudolva, festzunehmen, während die beiden anderen entliefen.

Aus der Frauenbewegung.

Kindersklaven in Europa resp. Deutschland.

In einer öffentlichen Volksversammlung, die von der „Deutschen Gesellschaft für Mutter- und Kindesrecht“ in den „Arminshäfen“ einberufen worden war, sprach Henriette Arendt über „Kindersklaven in Europa“.

Sie gab einen kurzen Überblick über die Findelhäuser mit ihren Drehscladen, das erste derselben wurde 787 unter Innocenz III. in Mailand begründet, von dort aus verpflanzten sie sich nach Italien, Frankreich und später auch nach Deutschland, und die besten solcher Findelhäuser habe Rußland, Spanien und Frankreich aufzuweisen gehabt. 1338 sei in Siena sogar von hoher Herrschaft für die von ihren Angehörigen zahlreich ins Leben gesetzten Kinderlein ein Familienfindelhaus eingerichtet worden.

Daß es sich bei dem Vortrage Henriette Arendts in der Hauptsache um den Schutz der unelichen Kinder und ihrer meist unglücklichen Mütter handelt, lag klar zutage, und so kam sie denn auch in kurzen Sätzen auf das moderne Elend der Kinder der Liebe, oder wie sie in Frankreich heißen, der Kinder des Vaterlandes, oder wie man in Italien sagt, der Kinder der Madonna, zu sprechen.

Gerade im Zeitalter des Kindes, welcher Benennung geradezu als Hohn bezeichnet werden müsse, hätten es die Kinderlein am schlechtesten. Allerdings nicht die Kinder, die ehelich geboren, oft einer übertrieben Verärgelung anheimfielen, sondern die Keimlinge der Armen, die Vater- und nur zu oft auch Mutterverlassenen. Das Schlimmste aber sei, daß es einen wohlorganisierten Kinderhandel gebe, den zu bekämpfen die Referentin sich als Ziel gesetzt habe. Daß ein Mädchenhandel bestehe, wisse die Welt, sie habe Front dagegen gemacht. Der Kinderhandel bestehe genau so, spiele sich direkt unter unseren Augen ab. Und trotz der Vormundschaftsgerichte, trotz der Kinderrettungsgesellschaften, trotz der Waisenträte sei dieses Kinderelend vorhanden und erwiesen, aber es werde ignoriert, wenigstens bis heute, durch die Behörden.

In Deutschland seien die Merkmale des Kinderhandels deutlich erkennbar in den sogenannten Adoptionsannoncen usw., usw., wo sie alltäglich oft zu Tausenden in den bekanntesten größten Zeitungen und Zeitschriften (bürgerliche Die Redaktion.) ständen. Die Referentin ist jahrelang diesen Annoncen auf der Spur gewesen und hat ihr fürchterliches Material über Kinderwech hauptsächlich daraus entnommen, sie hat selbst solche Scheinannoncen veröffentlicht, und es würde ihr unbeanstandet gelungen sein, Tausende von unglücklichen Kindern zu verschadern, ohne daß ihr irgendwo oder irgendwer da hindern in den Weg getreten sein würde. Also der Beweis für den in Deutschland getriebenen Kinderhandel sei da. Kinder würden, sagte Schwester Arendt, im großen und ganzen zu vier verschiedenen Zwecken gehandelt: 1. Um sie zu Engeln zu machen, quasi als Befreiung für die uneheliche Mutter. 2. Verkauft oder verschenkt man Kinder, um sie los zu sein, keine Verantwortung weiter dafür zu haben. Dem ersten besten Gauner oder jeder Gaunerin werden sie überlassen. 3. Existiere ein Kinderhandel zu Unzuchtswegen, es sei ihr von einwandfreier Seite mitgeteilt worden, daß Kinder von fünf Jahren an, man schaudert, in Vorbeile geliefert würden, trotzdem solche Kinder einen gesetzlichen Vormund hätten. 4. Kauft und verkauft man Kinder zu gewerblichen Zwecken, man macht sie zu Gauklern, zu Bettlern, verunstaltet sie zu Krüppeln usw., usw. Es gebe in Leipzig, Berlin und anderen deutschen Städten Institute, die 2-3000 solcher armer Kinder pro Jahr zu verschicken imstande seien. Daß deutsche Kinder ins Ausland kämen, stehe fest. (Eine Augenzeugin bestätigte, daß sie solche in Peking, Marokko und Tunis angetroffen.) Ein Bettler habe hier an der Weidenammer Brücke durch so ein armes Bettelkind Tageseinnahmen bis zu 20 M. Zwar verbiete der § 361 Ziffer 4 das Vermieten solcher Kinder. Aber wo ist die Kontrolle? Daß offiziell noch Kinderaktionen vorlämen, habe der „Vorwärts“ erst noch 1909 nachgewiesen. Daß sei charakteristisch! Umstößt daß die christlichen Missionare Heidenkinder bekehrten, sollten sie sich lieber um die unehelichen deutschen Kinderlein kümmern. Die Fürsorge für diese armen Wesen dürfe nicht der Privatfürsorge überlassen bleiben, sondern der Staat habe endlich hier einzuschreiten. Das Frauenstimmrecht könne, wenn es endlich errungen, auch auf diesem Gebiete Wunder wirken. Ein unermesslicher Volksjahrgang gehe so alljährlich in grauenhaftester Weise verloren. Das weiße Sklaventum der Kinder müsse ein für allemal beseitigt werden. So Henriette Arendt. Was sie in weiten Zügen über den allgemeinen europäischen Kinderhandel brachte, soll hier nicht weiter ausgeführt werden, es überbot alles aus Deutschland Erwähnte noch bei weitem.

Die nachfolgende Diskussion, in der fast nur sozialdemokratische Redner, ein Vertreter der Kinderschutzkommission, Genosse Waldbach-Ranasse, Genosse Redakteur Davidsohn und andere zu Worte kamen, schien den bürgerlichen Leiterinnen der Versammlung gar nicht zu gefallen. Besonders als Genosse Davidsohn mit dem einzig vernünftigen, praktischen Vorschlag kam, die deutschen Zeitungen, die sich nicht scheuten, solche Schandinserate zu begünstigen, die geradezu den Kinderhandel zur Blüte führen, zu melden, zum wenigstens gegen ein solch verheerendes Inzeratenwesen als Leser und Abonnent der Blätter Front zu machen, wandte Frau Adèle Schreiber-Arieger sich gegen sozialdemokratische Schlagwörter, mit denen man auf die Waise einzuwirken suche. Das Eintreten der deutschen sozialdemokratischen Reichstags- und Landtags- und Stadtabgeordneten sowie der sozialistischen Blätter wird doch wohl vorläufig noch mehr Gutes für die unglücklichen Würmchen deutscher Unkultur versprechen, als die Arbeit der „Deutschen Gesellschaft für Mutter- und Kindesrecht“, deren gute Absichten wir sicher nicht in Frage ziehen, aber ihre bürgerlichen Vertreterinnen können nun einmal nicht aus ihrer Haut heraus. Das bedingen die gesellschaftlichen Verhältnisse.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Mittwoch, den 17. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c, Vortrag von Frau Wally Zepier über: „Sozialismus und Individualismus“. Gäste, Männer und Frauen willkommen. — Am Himmelfahrtstage: Ausflug nach Wilhelmshagen. Besuch des Grabes von Klara Müller. Näheres wird noch bekanntgegeben.

Abstimmungen, und wer weiß denn, wie der Vorsitzende mit dem verbedeten Zettel gestimmt? — Lange Gesichter. — Zudem durfte der verhinderte Vorsitzende die Wahl nicht vornehmen, das mußte nach der Geschäftsordnung durch den Alterspräsidenten geschehen. — Noch längere Gesichter. — Wieder greift alles nach der Geschäftsordnung. — — — Koeder ist empört: Das konnten Sie doch früher sagen! Er verschwindet. Nun bestiegt der Alterspräsident das Podium. Er versichert, sachlich präsidieren zu wollen. Grauer bemerkt: Das glauben wir, darum werden Sie jetzt die geschäftsordnungswidrige Sitzung schließen und eine außerordentliche Versammlung zwecks Vornahme der Wahl einberufen. — Der Alterspräsident: Meine Herren! Nach den Worten des Herrn Grauer muß ich die Sitzung schließen. — Ein homerisches, befreiendes Gelächter durchbraust das Haus. Alle Stadtverordneten springen auf, verlassen den Saal. Ratlos schaut der Präsident umher; schließlich merkt er doch: ihm und seinen Freunden schwimmen die Felle fort. — —

Waldershof.

Bei der Wahl von zwei Gemeindefürsorge wurden am Donnerstag durch die Gemeindevertretung mit Hilfe unserer Genossen gewählt: Ingenieur Müller und Oberlehrer Matthes mit 10 Stimmen gegen Eisenbahnvorsteher Kuffoff und Gerichtsdirektor Hameln, welche fünf Stimmen erhielten. Die Gewählten gehören der liberalen Partei an.

Weißensee.

Eine frige Flucht vor dem Ledigenheim infanzieren die Mitglieder der alten Fraktion in der letzten Baukommissionsitzung. Den Anfang machte der Vorsitzende der Fraktion, Herr König, der in der letzten Zeit ganz auffällig wenig Zeit übrig hat, sein ihm von der Wählerschaft aufgetragenes Amt zu bekleiden. Herr König war in früheren Zeiten ein warmer Anhänger des Ledigenheims. Seine Sympathie für dasselbe mußte er jedoch aufgeben,

wenn er sich nicht den Vorständen des Grundbesitzervereins verschmerzen wollte. Er hat denn auch durch seinen Weidenburger Zeitungsdirektor öffentlich belunden lassen, daß er kein Anhänger des Ledigenheims mehr sei. Seine neue Ansicht dokumentierte er dadurch, daß er sofort bei Beginn der Beratung des Gegenstandes den Saal verließ. Ein weiteres Mitglied, Herr Langsch, und ein Bürgerdeputierter liehen sich erst das vorliegende Projekt in seinen Einzelheiten vom Saal vorzuführen und hierauf verließen auch sie — unter dem Vorwand, keine Zeit mehr zu haben — die Sitzung. Leider waren die Mitglieder der neuen Fraktion ganz der Sitzung fern geblieben, so daß sich nur unsere drei Genossen Feulert, Kossiele und Laubmann sowie der Bürgermeister und der Saalrat entschlossen, das vorliegende Projekt der Gemeindevertretung zur Annahme vorzulegen. Die bürgerlichen Herren besaßen nicht einmal den traurigen Mut, sich für oder gegen das Projekt auszusprechen. Hinter den Kulissen und in ihren geschlossenen Vereinigungen werden sie ihren „Mit“ rühmen und den Beifall der Gleichgesinnten finden. In der Gemeindevertretung werden unsere Genossen über ein solches Verhalten unabweisend ihre Meinung zum Ausdruck bringen.

Potsdam.

Für eine friderizianische Woche macht die „Direktion der deutschen Heimatspiele“ (Karl Delmar und Gert Hartenau-Zhiesl) in der Lokalpresse Stimmung. Sieben volle Tage sollen zur Feier des 200. Geburtstages Friedrich des Großen in Potsdam patriotische Veranstaltungen stattfinden. Dazu sind friderizianische Paraden, Festzüge der Potsdamer, Berliner und Charlottenburger Gewerbe und Innungen, Wasserparaden in blumengeschmückten Gondeln nach Sanktrow und Pfaueninsel, Vorstellungen, Waldspiele und Festspiele im Naturtheater („Der eiserne Heiland“) usw. usw. vorgesehen. Der Plan ist so schön ausgedacht, daß man im Anschluß an die englische Gründungsfeier hofft, den gewaltigen Strom internationaler Festteilnehmer, der sich über den Kontinent ergießt, mit Beilichtheit zum

Besuch noch hier zu ziehen. Die Gesamtkosten werden 150 000 M. betragen und sollen durch Eintrittsgelder gedeckt werden. Den zu erwartenden erheblichen Ueberschuß will man S. M. (nach dem Aufruf!) zur Verfügung stellen. Natürlich sollen auch Soldaten mitwirken. — Delmar und Hartenau-Zhiesl, die haben wirklich in Potsdam noch gefehlt. Vielleicht ziehen aber beide patriotischen Arrangements doch betrübt von dannen.

Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich gestern vormittag auf der Chaussee zwischen Baumgartenbrück und Potsdam. Die Ehefrau des Vierfahrers Berlin aus der Neuen Luisenstr. 23b hatte sich vor mehreren Tagen mit ihrem achtjährigen Sohn Richard zur Teilnahme an einer Beerdigung nach Kammerode begeben. Gestern traten Mutter und Kind dem Rückweg von Kammerode nach Potsdam zu Fuße an. Infolge des langen Marsches ermüdete der Knabe und am Chauffeurstand ruhten beide aus. Von Werder her kamen leere Mistwagen des Regiments Gardebataillon. Die Mutter hat einen der Führer des Wagens, ihr Kind aufzunehmen. Der Soldat wollte der Bitte der Mutter willfahren und hob den Knaben auf den Wagen. Im selben Augenblick zogen die Pferde des Gespanns an, der Wagen setzte sich in Bewegung, der Soldat verlor das Gleichgewicht, der Knabe entfiel ihm und stürzte zu Boden und die Räder des Wagens wälzten sich über den Brustkorb des Kindes. Sofort trat der Tod ein. Der Hilfsbereite erlitt dabei selbst eine Fußverletzung.

Jugendveranstaltungen.

Treptow-Baumschulweg. Sonntag, den 14. Mai: Spielhalle nach der Königsheide. Treffpunkt nachmittags 1 1/2 Uhr in Treptow, Riefholz-Grabenstraße, Baumschulweg im Jugendheim, Grunstraße 22. Die arbeitende Jugend wird um rege Beteiligung ersucht. Der Jugendausflug.



Billiger Anzug-Verkauf

Vollen Ersatz für den Mass-Anzug bietet meine fertige Herren-Bekleidung. Dauernd gute Fassung ist durch besondere technische Innenarbeit mit Rosshaar und guten Futterstoffen gewährleistet.

Jackett-Anzüge

Forster Buckskin mod. Farben	18.—	Kammgarnzwirn <small>gutr., sehr halt.</small>	32.—
Cheviotstoff grau und braun	22.—	Kammgarnzwirn <small>gutr. u. karirt</small>	34.—
Cheviotstoff mod. Melangen	25.—	Cheviotstoffe reinwollen, coul.	36.—
Cheviotstoff gut. Lanisair	27.—	Kammgarnstoff reinwollen	38.—
Noppen-Cheviot m. durchz. EH.	28.—	Maßstoffe gestreift und karirt	42.—
Diagonal-Cheviot m. Effekten	30.—	Anzugstoffe engl. Art.	46.—

Die Herstellung erfolgt in eigenen Grossbetriebe, der Einkauf der Stoffe unter Ausschaltung des Zwischenhandels direkt in den ersten deutschen Fabriken, die für die Güte der Stoffe einstehen.

Wasch-Anzüge in Leken und Halbkleiden
6.— 8.— 10.— 12.— 14.— 16.—

Flanell-Anzüge reinwollen und halbwollen
12.— 14.— 16.— 22.— 27.— 34.—

Gottlieb Weiss

Schöneberg, Hauptstrasse 161 Ecke Stubenrauchstrasse u. Kaiser-Friedrichstrasse

Damenmäntel-Fabrik **Paul Linck** Rixdorf, Reuterstr. 63
an der Kaiser-Friedrich-Strasse

Moderne
Kostüme
Mäntel
Jackette
Röcke

Legen Sie Wert auf
Reelle
Damenkonfektion?

Meine Fabrikate sitzen ohne Aenderung und sind sauber gearbeitet

Mass-Anfertigung.

Durch Ersparnis der teuren Ladenmiete
ausserordentlich
billig

Aufruf! Die schönsten Herren

Anzüge, Paletots, Ulster, Gesellschafts-Anzüge, einzelne Hosen, wenig gebraucht, auch elegante neue Herren-Garderobe, bekommt man am billigsten und gut passend nur im Monats-Garderobenhaus von Luft & Burger, 19, Mariannenstr. 19. Kein Laden. Straßenbahn wird vergütet. Verbindung von überall. Vorzeiger dieses Inserats erhält bei jedem Einkauf 5 Proz. Streng reelles Geschäft.

Stets fertig am Lager:

Jackett-Anzüge

24⁵⁰ 29⁵⁰ 34⁵⁰ 38⁵⁰
42⁵⁰—75 Mk.

Ulster

einreihig verarbeitet
27⁵⁰ 30 32 36⁵⁰ 40
45 50—75 Mk.

Paletots

25⁵⁰ 27⁵⁰ 29⁵⁰ 32 38 42
46 52 56 60—80 Mk.

Gummi-Mäntel Marke Anglesia Mk. 25⁵⁰
Marke Poseidon Mk. 34⁵⁰
wasserdicht und wetterfest.

M. Schulmeister,

Spezialhaus für Herren- u. Knaben-Konfektion,
Berlin, Dresdenerstr. 4, Kottbusser Tor.



Erstklassige, schicke Ulster und Paletots

nach Maß von Mark 33—58.
Als Spezialität empfehle meine 3 wunder-vollen

Schlager-Anzüge

nach Maß zum Preise von Mark 48,00—58,00—68,00 in künstlerischer Vollendung des Sitzes.
Große Läger in deutschen und englischen Stoffen.
Teilzahlung nach Uebereinkunft.

M. KATZ

Schneidermeister
Dresdener Str. 76 II.
Tel. Amt IV 12170
nahe Thalia-Theater
II. Geschäft:
Schöneberg, Hauptstr. 158 I.
Telephon VI. 14278.

Freiswerte Sommer-Kleider

aus gutem reinwoll. Popeline mit eleganter Stickerei in allen modernen Farben von . . . 24 M. an

Woll-Museline-Kleider

schwarz-weiß und farbig, gestreift und gemustert, hell und dunkel, 18 M. neueste Fassons . . . von

Vornehme Modell-Kleider

aus eleganten leicht wollenen, seidnen u. halbschönen Stoffen. früher 75—120 M. jetzt . . . 42, 60, 75, 98 M.

Grauerkleider

von . . . 20 M. an

Beinen-, Batist-, Voile- und Stickerei-Kleider, Neuesten

9, 11⁵⁰, 15, 16⁵⁰, 21 M.

3000 Kostümröcke

aus prima Seilwoll, regenechten Stoffen englischer Art, schwarz-weiß und blau-weiß gestreiften Stoffen, aus leichten hellen und dunkelgrauen Geväse Kammergarn-Stoffen, a. halbar, Alpaka, einfarbig und gestreift, schwarz, marine oder grau 5, 7, 9, 10, 12, 15, 18, 22⁵⁰, 27 M.

Elegante Tuch-Röcke

16⁵⁰, 24, 33, 48 M.

Beinen-Röcke

3, 4, 5, 6, 7, 9, 12 M.

Beinen-Jackett-Kleider

10⁵⁰, 13⁵⁰, 22⁵⁰ M.

Beinen-Paletots

von 7⁵⁰ M. an

Blusen, enorm billig

in tausendfacher Auswahl.

Kleid „Lucie“ aus prima reinwoll. 28⁵⁰ M. Mousseline

Unsere Konfektion bietet durch Verarbeitung erstklassiger Stoffe und Zusätzen vollständige Garantie höchster Reellität!

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstrasse, Ecke Lindenstrasse
2 Häuser vom Dönhofsplatz 13 Schaufenster
Sonntags geöffnet

Linke's Fleisch-Zentrale

Hermannplatz 4.

Rüdenfett	5 Pf.	45—50 Pf.
Brustrippchen		46
Schulterblatt, bei 5 Pf.		60
Schinken		65
Wand		55—60
Suppenfleisch		65—80

Bauernschlachtwurst	5 Pf.	1,50 M.
Wettwurst		65 Pf.
bei 5 Pf.		60
Zwiebel- und Gächliche		45
Leberwurst		1,10—1,45 M.
Prima Brotenschmalz		65 Pf.
bei 5 Pf.		58

Täglich frische, prima Wiener und Breslauer.
Zum Pfingstfest große Auswahl in Hammelfleisen.

Sie sparen

Viel Geld

wenn Sie Tuche, Maß- und fertige Anzüge bei der Tuchgesellschaft, Berlin, Kottbusser Damm 16—17, Amt 4, 11 979, kaufen. Dort können Sie in größter Ruhe alles besichtigen und wird Ihnen bereitwilligst ohne Kaufzwang alles gezeigt und erklärt. Dort bekommen Sie für jeden Preis, jede Gestalt, jeden Stand und jeden Geschmack. Dort brauchen Sie Rücksichten nicht abzunehmen, wenn Sie nicht vornehmen sitzen. Dort bekommen Sie Ihr bares Geld zurück, wenn Ihnen ein Einkauf nicht gefällt, dort wird Ihnen der Verkäufer mit Rußem ohne Kaufverpflichtung ins Haus geschickt. Maßanzüge, sehr vornehm, von 32—35. Fertige Anzüge, sehr hübsch und haltbar, von 10 M. an. Knaben-Anzüge 1,50 M. an. Ein großer Posten zurückgesetzter Herren- und Burschen-Anzüge bedeutend unterm Preis. Blaue Monteurjacketen 0,90. Hoßen 0,80. Palettsittel 1,30. Hemderritttel 1,80.

Die Reichstagswahlen

Die Bedorftenden können nicht verhindern, daß sich das Leihhaus „Vesuv“ Wilmerdorfer Str. 113—114 früher Rantstr. 56 durch seine extra billigen Preise einen immer größeren Kundencreis erwarbt.

Spezialität: Monatsgarderobe.

Damenkleider, Betten, Wäsche, Uhren, Goldwaren, enorm billige Preise.
Vorzeiger dieser Annonce erhält bei einem Einkauf von 10 M. — 50 Pf.

Täglicher Verkauf von Auktion erhaltener Pfänder. Große Auswahl in Gelegenheitskäufen neuer Sommerpaletots, Ulster, Reiselagergerode.

Spezialhaus für Photographie
Paul Loewe, Dresdener Str. 2,
Hochbahnstation Kottbusser Tor.
Großes Lager in Apparaten u. Bedarfsartikeln.

Ringfreie Papiere.
Postkarten 10 Stück 25 Pf.

Übernahme aller photographischen Arbeiten. Tel. IV 10645

Goldene Medaillen

Carl Zobel

Köpenicker Str. 121 (Eckhaus) Michaelkirchstr. 9-10 (Eckhaus)

Beste Herren- und Knaben-Moden

fertig und nach Maß. Alle Größen, auch für korpulente wie schlanke Herren, in reichster Auswahl vorrätig. Volle Garantie für jedes bei mir gekaufte Kleidungsstück. Der gute Ruf meiner Firma bürgt für gewissenhafte und billige Bedienung.

Beste Paßform. Sehr billige, aber feste Preise.

Werkstätten im Hause. 9 Schaufenster.

Sehr große Auswahl in- und ausländischer Stoffe für Maßanfertigung. Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet. — Ankleidezimmer in allen Abteilungen. — Der neue Katalog gratis und franko.

Anzüge, Ulster, Paletots fertig von 18 M. an.

Toupets, Locken, Zöpfe

billigste Bezugsquelle. Nur reelle Ware.

O. Kafka, Rixdorf, Erkstr. 3.

Monats-Garderobe!

Jackett-Anzüge, Paletots, Wechro-Anzüge etc., wenig getragen, aus feinsten Stoffen angefertigt, kaufen Sie am billigsten u. besten im Monats-Garderobenhaus Grad, Prinzenstr. 8. Kein Laden! Bitte auf Hausnummer zu achten. Straßenbahn wird vergütet.

Bumpen,

Bohr, Sandfilter, Drahtgefächte kaufen Sie billigst bei

Wolf,

Wohnschufer 17/19 (Kottb. Brücke), Charlottenburg, Aniebedstr. 6/7 (Rau).

Berliner UJK-TTO

Rixdorf-Berlin, Ullmstr. 7/8

Schneidmützen u. Schürzen . . . 65 Pf.
Rehlerhüten, Schürz u. Ramm 70 Pf.
Hüdenreit 50 Pf.
Stirnkleid 25 Pf.
Schmorfleil 95 Pf.
Suppenfleisch 60 Pf.
Hiet und Roastbeef 1.—
Kalbsentee u. Bieressig . . . 90 Pf.
Hammelfleis u. Rücken . . . 90 Pf.
5 Pf. gemischte Wurst . . . 8 u. 4.—

Charlottenburg, Lüthower Str. 5a

am Rathaus

Charlottenburg

F. Kunsmann Wallstr. 1
Moderne Uhren u. Goldwaren

Bekannt als beste und billigste Bezugsquelle für Herren-Hüte in jeder Verislagung ist

Radloff, Charlottenburg, Berlin Str. 51.

Begründet 1875.

Hüte

in allen Preislagen.

R. Weidner, Hutmacher,

Prinzenstr. 57, an der
Fahrgeld wird vergütet.

Moderne Herren- und Jünglings-Anzüge - Ulster - Paletots

von M. 15.— bis M. 50.—
Hosen von M. 2,²⁵ bis M. 16.—
Große Auswahl — bekannt vorzügliche Paßform und Haltbarkeit.

Posten zurückgesetzter Anzüge sehr billig.

Adolf Raitzig

Frankfurter Allee 107.

8 Anzug-Tage

Ausnahme-Angebote

Herren-Anzug	1- u. 2-reihig, in modernen Farben und Mustern . . . M.	17.50
Herren-Anzug	1- u. 2-reihig, braun Cheviot mit Streifen M.	21.50
Herren-Anzug	1- u. 2-reihig, vornehmste Ausführung M.	27.—
Herren-Anzug	1- u. 2-reihig, Kammgarn, sehr haltbare Qualität M.	30.—
Herren-Anzug	letzte englische Neuheit M.	36.—

Burschen- u. Jünglings-Anzüge in den neuesten Mustern. Moderne und vornehme Passform von M. **10⁵⁰**

Günstigste Kaufgelegenheit für den Pfingst-Bedarf

S. JOSEPH

Schöneberg, Hauptstr. 1, Ecke Grunewaldstr.

Lieferanten der Konsumgenossenschaft

Vornehme tadellose Maßarbeit

aus nur guten ausgeprobten Stoffen und Zutaten liefern zu mäßigen Preisen unter Garantie des Sitzes

Leske & Lehrer

Herren- und Knabenbekleidung

fertig und nach Maß

Kottbuser Damm 78

Anzug nach Maß von Mark **38.—**

Paletot nach Maß von Mark **36.—**

Hose nach Maß von Mark **8.50**

Ulster nach Maß von Mark **38.—**

Um eine tadellos gute Verarbeitung bewirken zu können, bitten wir, des großen Andranges wegen, uns Pfingstbestellungen schon jetzt zu machen. Unsere Auswahl in prachtvollen Stoffneuheiten des In- und Auslandes sind unerreicht dastehend. Sämtl. Sachen werden in eigenen großen Betriebswerkstätten von ersten Arbeitskräften angefertigt.

Der reich illustrierte **Pracht-Katalog** mit Angabe der neuesten Mode ist erschienen. — Die Zusendung erfolgt auf Wunsch kostenlos.

Lieferanten der Konsumgenossenschaft

Im eigenen Interesse!

Wer seinen Bedarf an

Herren- u. Knaben- Bekleidung

einkaufen will, für den empfiehlt es sich, das im Jahre 1879 gegründete Spezial-Geschäft

Julius Lindenbaum

Berlin O, Große Frankfurter Straße 141, Eckhaus der Fruchtstraße.

aufzusuchen, welches seit der Wiederübernahme am 1. April d. J. mit

vollständig neuem, modernem Warenlager eingerichtet ist. Für streng reelle und sachgemäße Bedienung bei billigsten, aber streng festen Preisen bürgt der langjährig bekannte gute Ruf meiner Firma

Spezial-Abteilung für Maßanfertigung

Großes Lager in- und ausländischer Stoffe

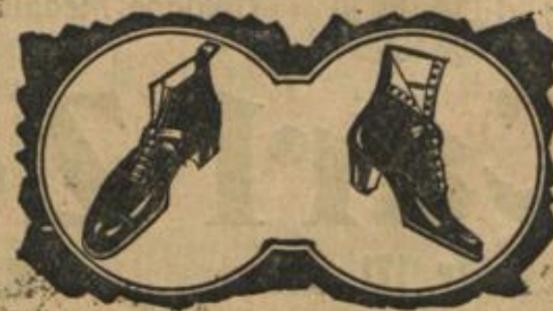
Pfingst-Aufträge frühzeitig erbeten.

Berufs- und Arbeiter-Bekleidung in großer Auswahl!

Unsere grosse

Braune Woche

beginnt Sonnabend, 13.-20. d. Mts.



Damen-Stiefel

6.50 7.80 8.50 9.50 10.50 11.50

Herren-Stiefel

8.50 10.50 11.50 12.50 13.50

Halb-Schuhe

6.50 6.90 7.25 8.50

Aug. Theodor Werner

Schöneberg, Haupt-Strasse □ Steglitz, Albrecht-Strasse

Vornehme Maß-Anfertigung

Vornehme Maß-Anfertigung